

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 52

Dezember 2004



Foto Martin Schönfeld

Die Hugo-Preuß-Brücke in Berlin

Die Rückkehr eines historischen Namens

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.:
030/263989039, Fax: 030/263989060

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

Christine Fischer-Defoy: Statement zum Symposium über die Topographie des Terrors am 9. Juli 2004	S. 4
Pressestimmen zur "Topographie des Terrors"	S. 5
Frankfurter Rundschau 12. Juli 2004	S. 5
Neue Zürcher Zeitung 26. Juli 2004	S. 6
Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. November 2004	S. 9
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Presseerklärung, 25. November 2004	S. 11
Martin Schönfeld: Von der Schwierigkeit, Hugo Preuß' zu gedenken – Berliner Stra- ßenumbenennungen in der Weimarer Republik	S. 12
Die Debatte um eine Hugo-Preuß-Straße in Berlin 1927	S. 15
Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 24. März 1927	S. 16
Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 7. April 1927	S. 28
Die Debatte um eine Hugo-Preuß-Straße in Berlin 1928	S. 37
Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1928	S. 37
Hugo Preuß – Biographische Daten	S. 42
Eine Gedenktafel für Paul Hildebrandt	S. 44
Norbert Michalski: Arthur Wellmann – Ein Bildhauer im Dienste der NSDAP	S. 47
Renata Stih: Vorstellung des Kunstprojekts der NGBK "Die Kunst des Sammelns – Flick in Berlin"	S. 51
Claudia v. Gélieu: Sie gab Frauen eine Stimme – Nachruf Gerda Szepansky	S. 54
Ruth Federspiel: Ausstellungsankündigung "Wir waren Nachbarn"	S. 56
Ein Kalender für das Jahr 2005	S. 60

Redaktion: Martin Schönfeld

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Beim Blick auf das Titelbild des Mitgliederrundbriefes werden sich viele fragen: Was hat eine in den Jahren 2003/2004 neu errichtete Brücke mit dem Verein Aktives Museum zu tun?

Keine Sorge, der Mitgliederrundbrief ist noch nicht zum Informationsdienst der Stadtentwicklungsverwaltung geworden. Aber der Verein Aktives Museum hat sich im Frühjahr 2004 dafür eingesetzt, dass die am historischen Ort über dem Humboldthafen errichtete Brücke einen Namen erhält, der dort schon von 1928 bis 1933 galt: Hugo-Preuß-Brücke. Durch eine Unterschriftensammlung und einen Protest gegen die bereits beabsichtigte Neubenennung Humboldthafenbrücke konnte der Verein Aktives Museum zusammen mit der Hugo-Preuß-Gesellschaft bei der Senatorin für Stadtentwicklung erreichen, dass die Namensbenennung der Weimarer Republik ins Berliner Stadtbild zurückkehrt. Denn aus dem Stadtraum getilgt worden war der Name Hugo-Preuß-Brücke 1933 durch die Nationalsozialisten. Wir freuen uns sehr, dass damit eine der wenigen Setzungen der Weimarer Republik für den Autor der Weimarer Verfassung in die Berliner Öffentlichkeit zurückkehrt. Welche Debatten 1927 bis 1928 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung um den Namen Hugo Preuß geführt wurden, dokumentieren wir in unserem Rundbrief ausführlich.

Der Verein Aktives Museum bereitet unterdessen tatkräftig seine nächste große Ausstellung vor, die ab September 2005 Biografien von verfolgten Berliner Stadtverordneten dokumentieren wird. Zu den verfolgten Stadtverordneten Berlins gehörte auch der Wissenschaftler und Pädagoge Paul Hildebrandt. Seiner gedachte nun der Bezirk Pankow von Berlin mit einer Gedenktafel an seiner früheren Wirkungsstätte, dem Schliemann-Gymnasium in der Gleimstraße. In Bild und Text dokumentieren wir diese neueste Gedenktafel.

Unser Rundbrief Nummer 52 wirft auch einen Blick darauf, wie seit 1933 der öffentliche Stadtraum zu einem Repräsentationsfeld der nationalsozialistischen Diktatur umgeformt wurde. Das verdeutlicht ein Beitrag über den Bildhauer Arthur Wellmann und seinem Denkmal für den damaligen Bülowplatz.

Die Stille auf dem Gelände der "Topographie des Terrors" hat ein Ende gefunden. Baufahrzeuge und Baugeräte sind zurückgekehrt und stimmen mit ihren Geräuschen tatkräftig in das Konzert des Großstadtlärms ein. Doch sind es keine Mischmaschinen, sondern Presslufthammer und Abrissbirne, die nun den Ton angeben. Bevor ein neuer Wettbewerb für ein Dokumentationszentrum der "Topographie des Terrors" ausgeschrieben wird, werden die Treppentürme und Kelleranlagen des zwischen Architekturkunst und Bürokratie verunglückten Zumthor-Baus entfernt. 13 Millionen Euro sind damit im märkischen Sand nutzlos vergraben worden. Immerhin, so heißt es, soll der Abriss nur 160.000 Euro kosten.

In Vorbereitung einer neuen Ausschreibung führte die Stiftung "Topographie des Terrors" am 9. Juli 2004 eine öffentliche Anhörung durch. Auch der Verein Aktives Museum, vertreten durch seine Vorsitzende Dr. Christine Fischer-Defoy, formulierte auf dem Hearing im Martin-Gropius-Bau seinen Standpunkt. Die Ansprache von Christine Fischer-Defoy dokumentieren wir in unserem Rundbrief.

Schließlich erinnern wir mit diesem Rundbrief an Gerda Szepansky, die uns eng verbunden war. Sie ist im August 2004 gestorben. Wir werden sie sehr vermissen.

Unseren Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr 2005.

Wir bitten alle Mitglieder, den **Mitgliedsbetrag 2005 erst ab Januar 2005 zu überweisen**. Die Mitgliedsbeiträge sind für Einzelmitglieder € 55,-, Einzelmitglieder ermäßigt € 27,50, für Vereine und Organisationen € 165, ermäßigt € 82,50.

Natürlich nehmen wir auch gerne Spenden entgegen. Wie üblich sind alle Mitgliedsbeiträge und Spenden voll steuerlich absetzbar. Bei onlinebanking bitte Spendenbescheinigung anfordern.

Statement zum Symposium über die Topographie des Terrors am 9. Juli 2004

Meine Damen und Herren,

ich spreche heute hier als Vertreterin einer Bürgerinitiative, die an den Auseinandersetzungen um das Gestapo-Gelände seit über 20 Jahren beteiligt ist: Der Verein "Aktives Museum" wurde im Juni 1983 unter anderem mit dem Ziel gegründet, bürgerschaftlich Einfluss auf den 1. Gestaltungswettbewerb für das Gelände zu nehmen. Seit der Gründung der Stiftung Topographie des Terrors vertreten wir dieses bürgerschaftliche Engagement in den verschiedenen Stiftungsgremien. Auch ich habe noch einmal Rückschau gehalten und in unserer Broschüre zu diesem ersten Wettbewerb Erinnerungswertes und Denkwürdiges über den Umgang mit dem **Gestapo-Gelände** gefunden:

"Dieser Ort, dessen halbzerbombte historische Zeugnisse wie so vieles der Kahlschlagmentalität deutscher Nachkriegszeit zum Opfer gefallen ist, könnte einmal der einzige noch verbliebene Fleck sein, auf dem ein Nachgeborener die Möglichkeit haben wird, zu erkennen, was sich in diesem mondänen, von internationalen Avantgarde-Architekten entwickelten Neubaugebiet mit samt Repräsentationsbauten hoher Kultur einmal befand. Vielleicht wird er nur noch hier darauf hingewiesen werden können, dass zwischen dem Jetzt und dem Gestern Öde lag." (Roland Stelter in der Broschüre des "Aktiven Museums" 1983 über das Gelände).

Der große Besuchererfolg der jetzigen Ausstellung entlang der Niederkirchnerstraße bestätigt diese alten Überlegungen: Erst recht heute, wo das umliegende Quartier repräsentativ instand gesetzt ist, zieht dieser "Schandfleck", wie ihn der damalige Regierende Bürgermeister Diepgen Mitte der 1980er Jahre nannte, gerade wegen seiner Unaufgeräumtheit und seinen verbliebenen historischen Spuren Besucher magisch an.

Dieser Charakter des Geländes muss zumindest in Teilen erhalten bleiben. Wir haben im 2. Wettbewerb gegen den Zumthor-Entwurf gestimmt, weil wir uns einen behutsamen Umgang mit dem Gelände wünschten. Es sollte – und soll noch immer – ein Denk-Ort entstehen, der nicht nur die Geschichte des NS-Apparates sondern auch deren Verdrängung nach 1945 spürbar werden lässt. Soll heißen: Nicht nur von den Robinienwäldchen und Schuttbergen, sondern auch vom Scheitern des zweiten Wettbewerbes von 1993 sollten an irgend einer Stelle des Geländes Spuren sichtbar bleiben. Denn es dokumentiert die Schwierigkeiten, die auch noch heute bestehen, wenn es darum geht, sich der Taten und der Täter in diesem Lande zu erinnern. Das Scheitern des 2. Wettbewerbs war nicht nur eine Frage der Architektur, sondern vor allem eine der Politik.

Zum Gebäude: Die Stiftung braucht ein Dach über dem Kopf, eine Behausung auf dem Gelände, die den erforderlichen Funktionen entspricht, die Raum für Gespräche, Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Recherchen bietet. Sie darf aber das Gelände nicht symbolisch überfrachten und sollte dessen Charakter als "Offene Wunde", von der wir schon bei der Gründung des "Aktiven Museums" vor 21 Jahren sprachen, weitgehend unangetastet lassen. Darüber würden sich auch all die Nachtigallen freuen, die mittlerweile auf dem Gelände heimisch geworden sind und unsere Mahnwache am 8. Mai diesen Jahres mit ihrem wundersamen Konzert begleiteten.

Vordringlich ist, dieses Gelände so rasch wie möglich wieder öffentlich zugänglich zu machen und mit wechselnden Ausstellungen bis zur Fertigstellung eines wie auch immer gearteten Neubaus zum Sprechen zu bringen. Begreifen wir das Desaster mit Zumthor auch als eine Chance, das gesamte Gelände zurück zu erobern und zum Experimentierfeld für unterschiedlichste Formen der Dokumentation und Ausstellungspräsentation zu nutzen. Das können Open-Air-Ausstellungen oder Präsentationen in den wieder zugänglichen Küchenkellern sein, aber auch Hörstationen an markierten Stellen der früheren Gebäude auf dem Gelände. Hierbei kann die Stiftung weitere Erfahrungen im Umgang mit Besuchern und Nutzern sammeln, die dann in eine neue Ausstellungskonzeption im neuen Hause einfließen können. Auch dazu noch ein Blick zurück nach vorne in unsere Broschüre von 1983. Dort heißt es: "Das Gelände, die jahrzehntelan-

ge Verdrängung seiner Geschichte und sein zentraler Gegenstand, die Darstellung der Verbrechen der Machtzentrale des NS, erfordern, dass hier nicht durch eine endgültige Ausstellung Geschichte scheinbar bewältigt wird. Es muss ein kontinuierlicher Arbeitsprozess organisiert werden, der Erinnerungsarbeit für die Gegenwart fruchtbar macht."

Und noch eine Anmerkung zur **künftigen Arbeitsstruktur**: Wir begrüßen es sehr, dass der Bund uns hinsichtlich des Neubaus von den Trickereien der Berliner Senatsbauverwaltung befreit und selbst die Federführung für das Baugeschehen übernommen hat, und wir freuen uns über die Ankündigung von Christina Weiss, dass nun der Stiftung und den Nutzeranforderungen mehr Gehör verschafft werden soll. Dies muss jedoch institutionalisiert und die kompetente Mitsprache der Stiftung im künftigen Bauverfahren fest verankert werden. Die Stiftung muss, wenn nicht rechtlich möglich, so doch faktisch und im Selbstverständnis aller Beteiligten, Bauherr des Neubaus sein.

Gerade an diesem Ort, der von verbrecherischen Machtstrukturen, von Karrieresucht und Opportunismus erzählt, fordere ich als Vertreterin der Bürgerinitiativen Mitbestimmung des bürgerschaftlichen Engagements, Offenheit und Transparenz, gegenseitiges Vertrauen und auch gelegentlichen öffentlichen Streit, damit das künftige Gebäude wirklich unser gemeinsames Haus wird.

Dr. Christine Fischer-Defoy
Vorsitzende des Vereins Aktives Museum

Pressestimmen zur "Topographie des Terrors"

Frankfurter Rundschau 12. Juli 2004

Ulrich Clewing: Nach Zumthor – Zur "Topographie des Terrors"

(...) Neue Erkenntnisse, gewagte Thesen, der aktuelle Forschungsstand, nichts davon war zu hören, als die Stiftung "Topographie des Terrors" am Freitag in den Martin-Gropius-Bau einlud, um über den tatsächlich vertrackten Themenkomplex "Historischer Ort und historische Dokumentation – Bauen für die Topographie des Terrors" zu debattieren. Renommierte Professoren, die Berliner Bausenatorin, Abgeordnete des Bundestages, ein Abteilungsleiter aus dem Kanzleramt, der für Kulturstaatsministerin Christina Weiss sprechen sollte; Sie alle waren erschienen, alle ausgewiesene Fachleute auf ihrem Gebiet, alle mit einem Redemanuskript in der Tasche, und dennoch war der Text immer derselbe.

(...) Als ein Neuanfang nach dem Ausscheiden des Schweizer Architekten Peter Zumthor war dieses öffentliche Kolloquium angekündigt worden. Tatsächlich war es ein Tiefpunkt in der an Tiefpunkten nun wirklich nicht armen Entstehungsgeschichte des Dokumentationszentrums auf dem Gelände der ehemaligen Terrorzentrale des NS-Regimes in der Berliner Wilhelmstraße.

Zu Beginn des Symposiums rekapitulierten die geduldigen Initiatoren und langjährigen Fürsprecher der "Topographie des Terrors" noch einmal die Entwicklung, von der Wiederentdeckung des Areals über die provisorische Ausstellung zur 750-Jahr Feier Berlin 1987 bis hin zu den sich verstetigenden Konzepten und Wettbewerbsergebnissen der frühen neunziger Jahre. An sich hätte Reinhard Rürup, (...), ein Denkmal für seine unerschütterliche Langmut verdient. Statt dessen plädierte der ehemalige wissenschaftliche Direktor der Stiftung, der mit einem drastischen Schritt, seinem Rücktritt im März dieses Jahres endlich Bewegung in die verfahrenere Angelegenheit gebracht hatte, einmal mehr vehement dafür, an der 1990 beschlossenen Präsentationsform festzuhalten.

Die Publizistin Stefanie Endlich wiederum, auch sie eine Mitstreiterin der ersten Stunde, beschwor die Politiker, die Neuausschreibung für den Ausstellungsbau trotz des Zeitdrucks besonnen und ohne Eile anzugehen, während Andreas Nachama darauf hinwies, dass das Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft des Gropius-Baus, Finanzministeriums und Berliner Abgeordnetenhauses seine Bedeutung vor allem deshalb erlangt habe, da es einer der wenigen authentischen Orte sei, der erhalten geblieben ist – und zwar nicht nur der NS-Zeit, sondern auch der Nachkriegszeit, als hier in Gestalt der Verwahrlosung respektive eines Übungsplatzes für Fahrschüler die geballten Banalität einzog, wie um die Spuren der Schreckensherrschaft in größtmöglicher Verkehrung der Umstände vollends zu verwischen.

Konsensgespräche

Das alles war längst bekannt – dass es dennoch erwähnt wurde, hatte etwas beinahe Schmerzhaftes an sich. Es war nicht der einzige Moment, an dem man sich an einem anderen Ort wünschte. Schmerzhaft war es auch, mitansehen zu müssen, wie einhellig der abwesende Architekt in dieser Runde als alleiniger Verursacher der Malaise ausgemacht wurde. Nur die kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Landesparlament, Alice Ströver, wagte es, andere Namen zu nennen, die in dem Zusammenhang nicht vergessen werden sollten, etwa den des Senatsbaudirektors Hans Stimmann, der stellvertretend für die Bauverwaltung über all die Jahre ein bestürzend schwaches Bild abgegeben hatte.

Und so blieb am Ende trotz der Konsens-Reden doch noch erstaunlich viel Spielraum für Missverständnisse und künftige Friktionen. Nur so pars pro toto: Knut Nevermann übermittelte aus dem Kanzleramt die Absicht, den neuen Wettbewerb international auszuschreiben – ein Vorhaben, bei dem sich den Pragmatikern in der Stiftung ob der absehbaren Monumentalität des Verfahrens schon jetzt die Nackenhaare aufstellen. Da fruchtete es auch wenig, dass Nevermann versprach, keine Entscheidung gegen den Willen der Historiker zu fällen. Die nämlich wollen, dass zukünftig jede Entscheidung mit ihnen gefällt wird. Ein kleiner, aber möglicherweise essentieller Unterschied. 2008, das sagte Nevermann auch noch, könnte der Neubau der "Topographie des Terrors" fertiggestellt sein. Nach allem, was bisher geschah, liegt dabei die Betonung eindeutig auf dem Konjunktiv.

Neue Zürcher Zeitung 26. Juli 2004

Peter Reichel: Gedächtnisort anderer Art – Ein Neuanfang der "Topographie des Terrors"

Erst trat der wissenschaftliche Leiter des für Berlin geplanten Dokumentationszentrums "Topographie des Terrors" zurück, dann wurde – nach jahrelangem Hin und Her – der Entwurf des Architekten Peter Zumthor zur Makulatur erklärt. Der Neuanfang, über den nun diskutiert wird, sollte die Besonderheit des Ortes (dort standen die Zentralen der Gestapo und der SS) konzeptionell stärker berücksichtigen.

Bund und Berliner Senat haben sich nun festgelegt. Die Treppentürme des "genialen, aber unrealisierbaren" Zumthor-Baus werden abgerissen. Das Gelände südlich der heutigen Niederkirchner und früheren Prinz-Albrecht-Strasse 8, seit langem teils Freilichtdokumentation, teils Biotop, teils ruhende Baustelle und Containerprovisorium, bekommt eine dem historischen Ort und dem geschichtspolitischen Rang der "Topographie" angemessene Gestaltung. Das neue Zauberwort heisst "dienende Architektur". Damit ist der negativ definierte, immobile Zustand der letzten Jahre beendet. Aber das ist nur der erste Schritt. Es muss nun öffentlich darüber debattiert und auch substanzuell definiert werden, was dort geschehen soll, architektonisch und dokumentarisch-inhaltlich, zumal die wissenschaftlichen und juristisch-politischen Diskussionen um Gewaltverbrechen und Schuld, um Täter, Opfer und Zeugen, auch um das Verhältnis von Justiz, Historiographie und Erinnerungspolitik weitergegangen sind.

"Terrorzentrale"

Zu wenig ist bisher im öffentlichen Bewusstsein verankert, warum dieser einstige Sitz der Befehls- und Verwaltungszentrale des nationalsozialistischen Terrorapparates der nationale "Gedächtnisort" der Bundesrepublik Deutschland schlechthin ist – und nicht etwa die Neue Wache oder das seiner Fertigstellung entgegenwachsende Holocaust-Mahnmal. Wie kein zweiter könnte er daran erinnern, dass der demokratisch-parlamentarische Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland die Wiederherstellung (und Verbesserung) jener politischen Ordnung ist, die das nationalsozialistische Unrechtsregime 1933 beseitigt hat. Diese "Negation der Negation", wie Ernst Fraenkel die politische Philosophie des Grundgesetzes charakterisiert hat, ist der dominante, für die Bonner wie für die Berliner Republik geradezu konstitutive und auch geschichtspolitisch massgebliche Bezug. Daraus leiten sich der überragende Rang dieses Ortes in der gebauten Erinnerungskultur Deutschlands ab und auch sein politischer Bildungsauftrag.

Insofern greift der Aufruf zum Minimalismus des Berliner Stadthistorikers Dieter Hoffmann-Axthelm – "Lasst das Gelände sprechen!" – zu kurz. Es geht um mehr als um das Gelände als das vermeintlich wichtigste Ausstellungsstück. Der authentische Ort, die Aura seiner Archäologie mögen den erlebnishungrigen Geschichtstouristen anmieren. Die "Topographie" hat dort vor allem eine Beweissicherungspflicht und einen Aufklärungsauftrag zu erfüllen. Nicht weniger und nicht mehr. Insofern verträgt dieser Ort weder eine Fetischisierung zu einer Art "heiligen Brache" noch eine Ästhetisierung durch aufwendige architektur- oder denkmalkünstlerische Überbauung. Ein zweiter Gesichtspunkt kommt hinzu. Der Ort, an dem sich nur noch wenige materielle Überreste einer darstellbaren, aber schwer verständlichen Vergangenheit finden, muss eine Geschichte erzählen, die Geschichte der Täter und der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, die dort geplant, für das von Hitlerdeutschland besetzte Europa koordiniert und dort in geringem Umfang auch ausgeführt wurden ("Hausgefängnis"). Diese Aufgabe gewinnt an Dringlichkeit, wenn man sich die Asymmetrie im Ensemble der drei zentralen hauptstädtischen Erinnerungsorte vor Augen hält. Es herrscht darin ein gut gemeintes, aber doch nicht unbedenkliches Übergewicht zugunsten der – jüdischen – Opfergeschichte ("Holocaust-Mahnmal", Jüdisches Museum). Aber auch in der Erinnerungspolitik zählt nicht allein die gute Gesinnung. Die Fehler, die bei der hastigen und gedankenlosen Umgestaltung der Neuen Wache gemacht wurden, haben sich ebenso gerächt wie die im Ansatz verfehlt bürgerschaftliche Initiative des "Holocaust-Mahnmals".

Wissenschaft und Öffentlichkeit

Yad Vashem ist nicht übertragbar, am allerwenigsten auf Deutschland. Bei allem Respekt gegenüber Peter Eisenman und seinem Werk: Wenn künstlerische Formsprache sich nicht im bloss Spektakulären und Beliebigen verlieren, sondern sinnbildend sein will, dann hat ein Friedhofähnliches Stelenfeld seinen Ort über den Massengräbern der in Polen gelegenen einstigen Vernichtungslager, aber nicht im Zentrum Berlins. Wer sich einmal nach Treblinka begeben und die sepulkrale Architektur der polnischen Künstler Francisek Duszenko und Adam Haupt mit ihren Spuren sichernden Betonschwellen und Tausenden von Granitblöcken gesehen hat, dem wird diese Differenz sofort einsichtig.

In Berlin wurden die jüdischen Deutschen diskriminiert, ausgegrenzt, vertrieben und deportiert. Darauf verweisen – in Synagogen, an S-Bahnhöfen und anderswo – Erinnerungszeichen hohen denkmalkünstlerischen Anspruchs. Ihren gemeinsamen Bezug haben sie im Entscheidungszentrum des "Verwaltungsmassenmordes" (H. Arendt), in der "Topographie", die deshalb auch keine Gedenkstätte ist. Der gedächtniskulturelle Aspekt mit seinem affektiven und denkmalästhetisch-expressiven Vergangenheitsbezug ist dort nachgeordnet. Ihre spezifischen Aufgaben der Aufklärung und Deutung erfüllt die "Topographie" im Grenzbereich von politischer Kultur und Wissenschaft, also in einem Handlungsfeld, das durch Moral und Erkenntnis bestimmt wird.

Unterstrichen wird dieser öffentliche Auftrag durch jenes oft beklagte Problem des "Transfers" zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Öffentlichkeit. Diese verlangt in der Befriedigung ihres Geschichtsbedarfs nach inhaltlicher Eindeutigkeit, nach Vereinfachung realgeschichtlicher Komplexität und nicht zuletzt nach emotional-anrührender, unterhaltsamer Information. Der Ge-

schichtwissenschaft sind diesbezüglich enge Grenzen gezogen. Dieses Dilemma ist des Öfteren sichtbar geworden, insbesondere aber bei den beiden weltweit erfolgreichen Hollywood-Produktionen, dem "Holocaust"-Fernsehfilm und "Schindler's List", die ein Millionenpublikum erreichten. Die Vermittlungsformen eines auch visuell erfahrbaren Dokumentations- und Lernortes wie der "Topographie" erfüllen insofern eine kaum zu überschätzende Brückenfunktion, über die Jahr für Jahr einige hunderttausend Menschen erreicht werden.

Ihr überragender geschichtspolitischer Rang resultiert schliesslich noch aus einer dritten Überlegung. Wie kein anderer Ort muss die "Topographie" als eine aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgegangene und später auch staatlich geförderte Institution des kulturellen Gedächtnisses vor allem die Vermittlung einer tat- und täterbezogenen Darstellung des Judenmords sicherstellen. Die nachwachsenden Generationen wollen und sollen aber auch wissen, woher die Täter kamen, wie sie in den Vernichtungslagern und den Mordaktionen der mobilen Einsatzgruppen zu Massenmördern wurden und nach 1945 in nicht geringer Zahl in die bürgerliche Gesellschaft zurückkehrten und zu Wohlstand und Reputation kamen. Indem die "Topographie" die Vor- und Verlaufsgeschichte des nationalsozialistischen Unrechtsregimes thematisiert und zugleich auch dessen "zweite Geschichte", also die bis in unsere Tage reichende politisch-justizielle und politisch-kulturelle Auseinandersetzung mit dieser Erblast, kann und muss sie je zeittypische Blickverkürzungen im öffentlichen Geschichtsbild korrigieren. Und die sind nicht von der Hand zu weisen.

Die Aufgabe

Seit langem ist die Tendenz zu beobachten, in der Dramaturgie der populären Holocaust-Erzählung nicht die Vorgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, sondern das Ende zu betonen, die Rettung der Überlebenden, den Neuanfang – und die Rückkehr Deutschlands in die westliche Zivilgesellschaft. Diese, Optimismus weckende Neigung zur Unterbelichtung der "Tätergeschichte" wird noch deutlicher, vergewagt man die jüngsten Debatten und Medienspektakel um "Bombenkrieg" und "Vertriebenenzentrum", in denen einmal mehr das deutsche Opfer-Selbstbild bekräftigt wird. Das zweite Beispiel ist die Herauslösung des Judenmords aus der deutschen Geschichte durch eine längst vollzogene Globalisierung der Gedenkkultur und eine Inflationierung des Holocaust-Begriffs. Immer mehr bedrohte ethnische Minderheiten und gefährdete soziale Gruppen adaptieren diesen längst universalen Topos, um in der Konkurrenz um Opferstatus und Opferanerkennung auf ihre Leidensgeschichte aufmerksam zu machen.

Die "Topographie des Terrors" muss diese Entwicklungen selbstverständlich beachten und thematisieren. Vor allem aber muss sie gegen alle relativierenden, reduktionistischen und revisionistischen Deutungen ihren Auftrag und Ausgangspunkt definieren und öffentlich dokumentieren: Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen sind nicht zwangsläufig, aber auch nicht zufällig in Deutschland bzw. in den von ihm besetzten Teilen Europas geschehen. Wer verstehen will, was das heisst, muss immer wieder die eine, vor allem für Deutsche beunruhigende Doppelfrage stellen: warum Hitler nicht verhindert werden konnte und warum die Gewaltverbrechen gerade in Deutschland geschehen sind. Darüber hinaus sollte die "Topographie" den Judenmord mit den anderen Völkermorden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit konfrontieren und in das Jahrhundert der Moderne und der Barbarei einordnen. Sie würde uns dann nicht nur erlauben, Berlin und Auschwitz als die beiden wichtigsten deutschen Gedächtnisorte zu verstehen, sie könnte womöglich unser Bewusstsein schärfen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation überhaupt.

Peter Reichel ist Professor für historische Grundlagen der Politik an der Universität Hamburg. Zuletzt erschien von ihm das Buch "Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater" (Verlag Carl Hanser, München 2004).

Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. November 2004

Heinrich Wefing: Topographie des Terrors – Jetzt aber zügig

(...) Am Donnerstag hat das Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, es nehme eine Verfassungsbeschwerde des Schweizer Architekten nicht zur Entscheidung an. Eine Kammer des Ersten Senats vermochte nicht zu erkennen, warum die im Mai nach Jahren fruchtloser Zusammenarbeit, erfolgte Kündigung von Zumthors Architektenvertrag durch das Land Berlin zu einer "ehrverletzenden Rufschädigung" führen solle, wie Zumthors Anwalt behauptet hatte.

Zudem monierten die Richter, der Architekt hätte sich zunächst an die unteren Instanzen wenden müssen, ehe er Karlsruhe zu Hilfe rufe. Das mag formalistisch argumentiert sein, ist aber eine Erlösung: Wie vernagelt muß ein Baumeister sein, der vor dem höchsten Gericht die Verwirklichung eines Entwurfs durchzupauken versucht, den niemand mehr will: die Nutzer nicht, die Bauherren nicht und auch nicht die Stadtöffentlichkeit?

Ab ins Archiv

Zumthors Entwurf also wandert ins Archiv der Plangeschichte, Abteilung ungebaute Monumente, (...). Am Montag soll der "Rückbau" der drei bereits fertigen Treppentürme beginnen. Berlin und der Bund, der das Projekt jetzt an sich gezogen hat, nachdem er jahrelang nur zahlte und griesgrämig zuschaute, haben es plötzlich eilig. Schon Anfang Februar soll ein neuer, europaweiter Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden für das Areal, auf dem einst die Terrorzentralen der Nationalsozialisten ihren Sitz hatten. Die Grundlinien dieser Ausschreibung sind im Sommer während eines öffentlichen Symposions und zweier nichtöffentlicher Kolloquien mehr festgelegt denn diskutiert worden; an den Details feilt gerade das Bundesbauministerium. Wo einst Grübeleien und reflektierte Vorsicht herrschten, galoppiert jetzt der Pragmatismus.

Man kann die Trennung von Zumthor als Befreiung empfinden, der seither waltenden gehetzten Eile aber dennoch mißtrauen. Ist wirklich nur ein anderer Architekt nötig, ein neuer Bauplan? Ist nicht jetzt die allerletzte Gelegenheit, noch einmal gründlich darüber nachzudenken, was denn Funktion und Programm der "Topographie" sein sollen, des wichtigsten deutschen Erinnerungsortes an die Täter?

Es ist viel Zeit vergangen

Die Stiftung geht auf eine Bürgerinitiative aus West-Berliner Tagen zurück. Seither aber ist viel Zeit vergangen, die Mauer ist verschwunden, und auch das Gelände an der Niederkirchnerstraße ist längst nicht mehr der verwahrloste, wie aus der Zeit gefallene und gerade deshalb verstörende Ort im Schatten der Mauer, am Ende Berlins, in der Mitte der geteilten Welt, wie er Ende der siebziger Jahre wiederentdeckt wurde. Er ist für die Bauarbeiten an Zumthors Treppenkuben durchwühlt worden, die Spur des Fundaments für die nie gebaute Halle zerfurcht das Grundstück, und selbst wenn nun alle Spuren dieses Scheiterns getilgt würden, ließe sich doch nicht die einstige Verwunschenheit rekonstruieren.

Denn wie die Stadt hat sich auch die "Topographie des Terrors" selbst verwandelt. Aus den improvisierten Anfängen ist eine Stiftung geworden, die mit ihren Ausstellungen, Tagungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen enormes Renommee gewonnen hat. Sie beschäftigt sechzehn Mitarbeiter, verfügt über eine Bibliothek mit 17.000 Bänden, bietet tausend Führungen im Jahr und zählt dreihunderttausend Besucher. Damit aber stellt sich unvermeidlich die Frage, ob denn das offene Feld der "Topographie" tatsächlich immer noch das "erste Exponat der Ausstellung" ist.

Auf das Grundstück fixiert

Dieser Gedanke mag ehemals, in den Anfängen, notwendig gewesen sein, als die frühen Aktivisten nichts anderes vorzuweisen hatten als das Grundstück, auf dem Schutthügel und Robinienwäldchen wuchsen und ganz langsam auch die Erinnerungen. Während aber, dank der Forschungen der Stiftung, nach und nach das Wissen um den Ort zunahm und sich ganz allgemein die Täterforschung entfaltete, trat die Brache neben dem Martin-Gropius-Bau nicht etwa in den Hintergrund - ihre gleichsam negative Aura schien an Kraft zu gewinnen.

Wer im Juli dem jüngsten Symposium zugehört hat, der mußte den Eindruck gewinnen, einige derer, die seit mittlerweile fast drei Jahrzehnten bei der "Topographie" mittun, seien auf das Grundstück geradezu fixiert. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet diese Haltung in der Absicht, nun auch noch die letzten Mauerreste, die in den fünfziger Jahren der "Tiefenentrümmerung"

des Grundstücks entgingen, freizulegen. Was aber, außer marodem Beton und rissigen Backsteinen, steht dort zu entdecken? Und würde, wer sie vielleicht eines Tages sieht, tatsächlich besser die Terrornetze verstehen, die von hier aus über ganz Europa ausgeworfen wurden?

Kein Gedächtnisparcours

Niemand will der Stiftung das Grundstück streitig machen. Aber die Fixierung auf das Gelände, die inhaltsleer gewordene Forderung, es möge "zum Sprechen gebracht" werden, führen jetzt, da die Stiftung nach fruchtlosen Bauqualen sich noch einmal ihrer selbst vergewissern muß, nicht weiter. Was die "Topographie des Terrors" braucht, sind Räume für ein Forschungs- und Dokumentationszentrum, nicht einen NS-archäologischen Gedächtnisparcours. Dies um so mehr, als sich auch die Gedenkstättenlandschaft Berlins tiefgreifend gewandelt hat und weiter im Wandel steckt. Das Jüdische Museum ist eröffnet, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas geht der Vollendung entgegen. Und vieles deutet darauf hin, daß Bund und Berlin das Nebeneinander der Erinnerungsorte demnächst neu ordnen wollen.

Erwogen wird offenbar, die "Topographie" institutionell mit der Mahnmal-Stiftung zusammenzuführen. Im kommenden Frühjahr nämlich werden die Arbeiten am Mahnmal abgeschlossen sein. Dann ist nicht nur die Hauptaufgabe der "Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas" erfüllt, die zur "Errichtung" des Stelenfeldes gegründet wurde; es stellt sich auch die Frage, wer den unterirdischen "Ort der Information" wissenschaftlich anspruchsvoll betreiben kann. Zudem wird annähernd zur selben Zeit Hans-Erhard Haverkamp, der derzeit die Geschäfte der Mahnmal-Stiftung führt, in den Ruhestand treten. In der Bundeskulturverwaltung wurde daher eine Weile überlegt, das Jüdische Museum mit dem Betrieb des "Ortes der Information" zu beauftragen. Dessen Direktor aber, Michael Blumenthal, so ist zu hören, sträubt sich gegen dieses Ansinnen.

Vielversprechende Kooperation

Vielversprechender scheint daher die Kooperation, vielleicht gar institutionelle Verschmelzung von Mahnmal-Stiftung und Stiftung Topographie. Um sich die Option auf eine solche Fusion zu erhalten, haben die Gremien der "Topographie" auch die Entscheidung über die Nachfolge von Reinhard Rürup aufgeschoben. Statt den Posten des wissenschaftlichen Direktors, der seit Rürups entnervtem Rückzug Ende März vakant ist, dauerhaft neu zu besetzen, hat der Stiftungsrat beschlossen, den Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Peter Steinbach, bis Ende 2005 kommissarisch mit der Wahrnehmung der Aufgaben zu betrauen. Das ist ziemlich genau der Zeitraum, der für eine Fusion nötig wäre.

Nichts wäre dann naheliegender, als unter dem institutionellen Dach einer solchen Großstiftung auch alle anderen Gedenkstätten zu versammeln, die in Berlin die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und deren Opfer pflegen; das Haus der Wannsee-Konferenz etwa, die künftigen Denkmale für die ermordeten Sinti und Roma, für die Opfer der Euthanasie und der Homosexuellen-Verfolgung, wohl auch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und die Neue Wache.

Vielleicht bereits im Vorgriff auf solche Pläne hat das Land Berlin unlängst die "Topographie" gebeten, sich um das als Gedenkstätte geplante Zwangsarbeiterlager Schöneweide zu kümmern; auch dafür wäre gewiß Platz in einer Großstiftung. Deren innere Berechtigung bestünde in der Aussicht, die Arbeit der Gedenkorte so aufeinander zu beziehen, daß in ihrem Zusammenwirken etwas von dem Krebsartigen, Allgegenwärtigen des nationalsozialistischen Terrors erkennbar würde, der alle Teile der Gesellschaft durchdrungen hat. Und kein Name wäre für einen solchen Gedenkstätten-Verbund angemessener, wenn auch in einem neuen, weiteren Sinn, als der alte: "Topographie des Terrors".

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – Neubeginn für Topographie des Terrors

25.11.04

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung obsiegt im Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Architekten Peter Zumthor. Dem Neubeginn beim Internationalen Dokumentations- und Begegnungszentrum Topographie des Terrors steht nun nichts mehr im Wege.

Der am 12.11.2004 erhobene Verfassungsbeschwerde und dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung des Architekten Peter Zumthor war der Beschluss des Landgerichts Berlin vom 10.11.2004 sowie des Kammergerichtes vom 11.11.2004 vorangegangen, bei denen das Land jeweils bestätigt wurde. Kern des Antrags des Beschwerdeführers vor dem Bundesverfassungsgericht war eine von ihm vorgetragene Verletzung seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch die Entfernung der Treppentürme. Eine derartige Grundrechtsverletzung wurde vom Bundesverfassungsgericht nunmehr nicht angenommen. Nach Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts kann mit dem Abtragen der auf dem Gelände stehenden Treppentürme begonnen werden. Senatorin Ingeborg Junge-Reyer begrüßte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes.

Im Falle eines Weiterbaus des Zumthor-Entwurfes wäre – so die Darlegungen der Stadtentwicklungsverwaltung vor Gericht – der Sinn der Gedenkstätte überhaupt und die Aufgabe der Stiftung nachhaltig in Frage gestellt. Eine weitere Verzögerung der Erschließung des historischen Ortes würde der Stiftung Topographie des Terrors schweren Schaden zufügen und das Ansehen des Landes Berlin in seiner Ernsthaftigkeit mit der Auseinandersetzung der NS-Tätergeschichte nachhaltig schädigen. Die Argumentation der Senatsverwaltung wurde von der Stiftung Topographie des Terrors und der Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch die Kulturstaatsministerin – unterstützt. Im Mai hatten die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien entschieden, auf Grund des bestehenden Kostenrisikos, den Zumthor-Entwurf nicht zu verwirklichen. Ein Stehenlassen der Türme hätte eine Neugestaltung des Geländes in nicht vertretbarer Form erschwert.

Bis zum 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung von der NS-Herrschaft und des Kriegsendes, soll das gesamte Gelände wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Um das Gelände bis dahin in einen dem Anlass angemessenen Zustand zu bringen, müssen die Vorbereitungen nunmehr unverzüglich fortgesetzt werden. Der Abriss der Treppentürme wird deshalb nächste Woche beginnen.

Presseerklärung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Von der Schwierigkeit, Hugo Preuß' zu gedenken

Berliner Straßenumbenennungen in der Weimarer Republik

Nach der Hugo-Preuß-Brücke wird wohl nicht häufig gefragt worden sein. Eine Brücke ist ein Ort der Passage und kein Treffpunkt. Da gibt es keine Institutionen, die unter dieser Adresse firmieren, kein Straßenbahnschaffner ruft diesen Namen aus. Aber dennoch ist der Name "Hugo-Preuß-Brücke" nicht unwichtig. Er ist eine der wenigen Namensverleihungen, die während der Weimarer Republik in Berlin für führende Repräsentanten der Demokratie vergeben wurden. Und obwohl es nur ein Brückename ist, hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung 1927-1928 um den Namen Hugo Preuß ihre heftigste Debatte geführt. Denn eigentlich wollten die Initiatoren eine richtige Straße nach Hugo Preuß benennen und damit dem Autor der Weimarer Verfassung ein würdiges Zeichen im historischen Zentrum von Berlin setzen. Doch Hugo Preuß' mit einem Straßennamen zu gedenken, erwies sich schwieriger als geplant. Von Debatte zu Debatte verkürzte sich der vorgesehene Straßenzug, dann wurde ein Ufer auserkoren bis schließlich nur noch eine Brücke blieb. Ein beispielhafter Fall, der die Beharrlichkeit des Gewohnten demonstriert. Dabei hätte Hugo Preuß (1860-1925) in seiner Geburtsstadt Berlin sehr wohl einen repräsentativeren Ort verdient. War er doch seit 1895 Stadtverordneter, seit 1910 unbesoldeter Stadtrat und arbeitete an der Formulierung des Groß-Berlin-Gesetzes mit. (vgl. Biografie auf S. 42) Er war eine wichtige Persönlichkeit für die Entwicklung Berlins zu einer modernen Großstadt.

Die Gegner der Straßenumbenennung für Hugo Preuß erkannten wohl sehr richtig, dass ein Straßename nicht bloß ein beliebiger Name ist. Ein Straßename beinhaltet jeweils auch – im Falle einer Person – jene Werte, die mit dieser Person verbunden sind. Da zunächst die Luisenstraße zur Disposition stand, musste die gewünschte Umbenennung auch als ein Angriff der Demokratie auf die verbliebenen Symbole der Monarchie verstanden werden. Das konnte nicht zugelassen werden und mobilisierte die Abwehrkräfte der Konservativen. Denn im Unterschied zu topographisch entstandenen Straßennamen verband sich der Name Luisenstraße mit der königlichen Stadterweiterung am Beginn des 19. Jahrhunderts, und natürlich auch mit der lieblichsten Ikone des preußischen Herrscherhauses. Dieser Straßename war eine bewusste Setzung und keine beiläufige, wie sich etwa Straßennamen im Mittelalter von ihrer Ortsgebundenheit herleiteten.

Mit einer solchen Beiläufigkeit von Straßennamen ist es aber vorbei, wenn der städtische öffentliche Raum als ein Herrschaftsraum verstanden und zur Repräsentation der verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte genutzt wird. Dann bekommen Straßennamen eine zweite Bedeutungsebene. Denn nun bezeichnen sie nicht nur einen Ort, sondern weisen durch den Bedeutungszusammenhang des Namens auch auf den Namensgeber und seine Intentionen hin. Der möchte zum Beispiel die verschiedensten Mitglieder seiner weit gestreuten königlichen Familie auf den Straßenschildern seiner Stadt wiederfinden. Dem einfachen Bürger wurde damit gewissermaßen die ständige Präsenz einer herrschenden Familie vor Augen gehalten, so dass sich Fragen nach einer Legitimation der öffentlichen Ausstellung dieser Namen am besten erst gar nicht entwickelten.

Die Straßenumbenennung ist eine erste Setzung, die – wie schon vermerkt – ganz beiläufig aus konkreten Zusammenhängen heraus erfolgen kann. Diese erste Setzung kann aber auch, besonders in einem planmäßig entwickelten Stadtbereich, ein bestimmtes Bedeutungsfeld erzeugen und damit zur Stilisierung eines Stadtraums, seiner gesellschaftspolitischen Aufladung wesentlich beitragen. Solche ersten Setzungen können Bestandteile einer komplexen Inszenierung eines städtischen Bereiches sein.

Eine Straßenumbenennung dagegen ist eine bewusst vorgenommene Entgegensetzung. Sie drückt aus, dass der vorherige Name nicht genügte. Damit wird ein älterer Bedeutungszusammenhang durch einen neuen Bedeutungsgehalt ersetzt. Je stärker der öffentliche städtische Raum mit politischen Bedeutungen oder Zusammenhängen konnotiert ist, desto eher wird die Straßenumbenennung zu einem demonstrativen politischen Akt. Auch wenn der neue Name

keinen offensichtlichen oder verdeckten politischen Bezug aufweist, so kann die Umbenennung auch dann in den Bereich einer demonstrativen öffentlichen Setzung gehören: Die Budapester Straße wurde 1925 nicht in Friedrich-Ebert-Straße umbenannt, um einen Gegensatz zur ungarischen Hauptstadt zum Ausdruck zu bringen, sondern um den Namen des ersten demokratisch gewählten Präsidenten der ersten deutschen Republik am zentralen innerstädtischen Ort in der Öffentlichkeit allgemein zu verankern. Dennoch kommt dieser Umbenennung ein demonstrativer Charakter zu. Auch die anderen, während der Weimarer Republik nach führenden Repräsentanten der Republik umbenannten Straßen – Rathenauallee (1925-1933 Grunewald), Stresemannstraße (1930-1935 und seit 1948 Mitte/Kreuzberg) – stehen in einem solchen Zusammenhang. Banal ausgedrückt: Mit ihnen sollte der neue Geist der neuen Demokratie in das Stadtbild fließen.

Der demonstrative Charakter einer solchen Umbenennung ist weitaus stärker, wenn der Folge-Name hinsichtlich seines Bedeutungsgehaltes in gesellschaftlicher oder politischer Opposition zum Vorgängernamen steht. Das gelang in der Weimarer Republik, im Berliner Stadtzentrum eigentlich nur an einem Orte: Seit dem 2. August 1926 hieß der Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude Platz der Republik. Die demokratischen Parteien, besonders die Sozialdemokraten, hatten sich um diese Umbenennung seit dem 8. März 1923 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vergeblich bemüht. Eine Mehrheit für ihren Vorschlag konnten sie erst in der Sitzung am 4. Februar 1926 mit 122 zu 81 Stimmen erringen. Der kommunistische Abänderungsantrag, den Platz sogleich Platz der Revolution zu nennen, scheiterte in der gleichen Sitzung.

Solcherlei direkte Oppositionen durch Umbenennungen verfolgten in der Weimarer Republik besonders die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Dabei erfuhren die Vorschläge der KPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung stets eine Ablehnung, wie zum Beispiel am 29. September 1927, als ihr Dringlichkeitsantrag zur Umbenennung des Wilhelmplatzes in Saccovanzetti-Platz mehrheitlich abgelehnt wurde. (Dringlichkeitsantrag vom 5.9.1927)

Die Sozialdemokraten dagegen waren mit ihren Initiativen zunächst erfolgreicher. Allein die Umsetzung der Beschlüsse erfolgte nicht. So berichtete der Vorwärts am 6.4.1928 stolz, dass die Charlottenburger Bezirksversammlung elf von den Sozialdemokraten initiierte Umbenennungen beschlossen hatte. Beispielsweise sollte der Friedrich-Karl-Platz (heute Mierendorffplatz) in Ferdinand-Lasalle-Platz umbenannt werden und aus dem Gustav-Adolf-Platz (heute Klausener Platz) sollte der Cassirer-Platz werden. Auf den Berliner Stadtplänen wurden diese und andere neue Namen nie gedruckt. Denn die Benennung oder Umbenennung lag nicht in der autonomen Entscheidung der Stadt Berlin und seiner Bezirke, sondern war auch genehmigungspflichtig durch das preußische Staatsministerium. Die Beharrlichkeit eines solchen Apparates wird die allzu forschen Initiativen der SPD schon zu verhindern gewusst haben. So konnte dann auch der konservative Berliner Lokal-Anzeiger am 1. April 1928 zufrieden resümieren: "Nach der städtischen Verfassung kann der Magistrat die Beschlüsse der Bezirksämter beanstanden. Er macht jetzt von diesem Recht Gebrauch und erklärt, daß die historischen Straßennamen nicht ohne weiteres beseitigt werden dürfen, sondern daß er sich gegenüber den Wünschen des Bezirksamts die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehält. Das ist ein bemerkenswerter Beschluß, dem das Bürgertum wohl zustimmen kann. Allzuviel darf man freilich von dem linkseingestellten Magistrat hierbei nicht erwarten. Aber die schlimmsten Auswüchse radikaler Unduldsamkeit dürften wohl beseitigt werden." (Berliner Beobachter: Berlin muß sparen. Abstriche am Etat. Straßenreinigung und Straßenbau. Die städtischen Wälder. Aber Geld für Straßentaufen. In: Berliner Lokal-Anzeiger, 1.4.1928)

Es hat den Anschein, dass erst die einmütig in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Umbenennung einer Straße nach Friedrich Ebert 1925 den zuvor erfolglos gebliebenen Initiativen zur Benennung von Straßen nach führenden Repräsentanten der Weimarer Demokratie eine Wende gab. Vielleicht bedurfte es aber auch einfach einer größeren zeitlichen Distanz zum vorherigen System. 1923 (8. März) lehnte die Berliner Stadtverordnetenversammlung eine sofortige Straßenumbenennung nach Matthias Erzberger (1875-1921) und Walther Rathenau (1867-1922) noch glatt ab. Allein dem Namen Rathenau wurde in Aussicht gestellt: "einen neuen gro-

ßen Straßenzug nach dem verstorbenen ([sic] Minister Walter Rathenau zu benennen" – ohne eine konkrete Ortsangabe. Immerhin fand das im Januar 1925 im Ortsteil Grunewald mit der Rathenaullee auch statt, die seit Oktober 1933 Taubertstraße heißt.

Mitte der 1920er Jahre drängte aber noch ein ganz anderes Problem der Berliner Straßennamen verstärkt auf die Tagesordnung der Lokalpolitik. Nach Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin 1920 gab es 2240 Straßennamen in der Stadt, die mehrfach vorkamen. Spitzenreiter waren dabei die 27 Bahnhofsstraßen (heute nur noch 9), 25 Berliner Straßen (heute nur noch 9) und 21 Bismarckstraßen (heute nur noch 5). Um den ständigen Verwechslungen zu entgehen, setzte die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss ein, der Vorschläge für Umbenennungen ausarbeiten sollte. Was eigentlich so vernünftig erscheint, kollidierte dennoch auf vielen Ebenen mit den Kräften der Beharrlichkeit. Obwohl diese beabsichtigten Umbenennungen frei von jeder ideologischen Motivation waren, scheiterten sie vielfach auf ganzer Linie. So lehnte die Bezirksversammlung Zehlendorf in ihrer Sitzung am 9. Mai 1928 die vom Magistrats-Ausschuss ausgearbeiteten 158 Umbenennungsvorschläge für den Bezirk "einmütig" ab. (Berliner Lokal-Anzeiger 10.5.1928. Der Berliner Lokal-Anzeiger hatte am 8.5.1928 gemeldet, dass von der vorgesehenen Umbenennung in den Ortsteilen betroffen waren 104 Straßennamen in Zehlendorf, 33 in Wannsee, 16 in Dahlem und 5 in Nikolassee.) Man war in Zehlendorf nur bereit, diejenigen Straßen umzubenennen, die innerhalb des Bezirkes mehrfach vorkamen oder sich mit einem nahe angrenzenden Bezirk doppelten.

So blieb in der Weimarer Republik eigentlich alles beim alten. Nur vier Umbenennungen, die durch Name oder Begriff eindeutig auf die Demokratie wiesen, blieben Fremdkörper im überwiegend noch monarchisch geprägtem Stadtbild. Der fünfte Name, der der Hugo-Preuß-Brücke, konnte sich in der breiten Öffentlichkeit nur schwer verankern. Er blieb eine Marginalie, eine bedeutungsvolle.

Mit dem Januar 1935 waren alle diese "republikanischen" Straßennamen längst aus dem Stadtbild verschwunden, zuletzt die Stresemannstraße. In einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß nutzten die Nationalsozialisten die demonstrative Straßenumbenennung als einen öffentlichen politischen Akt der symbolischen Inbesitznahme des Stadtraums. Dabei setzten sie durchaus auch die alten Namen wieder ein, wie zum Beispiel die Rückbenennung Königsplatz verdeutlicht. An anderen Orten nahmen sie aber auf historisch geprägte Namen keine Rücksicht. Das Medium Straßename nutzten sie ungeniert als ein ideologisches Instrument, die gewünschten Namen durch ihren alltäglichen Gebrauch in die Köpfe der Allgemeinheit einzuhämmern.

Gerade weil die wenigen "republikanischen" Straßennamen von den Nationalsozialisten aus dem Stadtbild entfernt wurden, ist es umso beachtenswerter, wenn nun mit der Hugo-Preuß-Brücke ein solcher Name nach Berlin zurückkommt. Und deshalb ist diese Geschichte der 1920er Jahre auch für den Verein Aktives Museum ein wichtiges Thema.

Wir dokumentieren die Debatten um Straßennamen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Jahre 1927 bis 1928, weil sie verdeutlichen, wie schwer es in der Weimarer Republik war, für führende Repräsentanten der Demokratie eine öffentliche Repräsentanz zu schaffen. Gerade der Fall Hugo Preuß zeigt auf, dass eine solche öffentliche Repräsentanz der Demokratie immer stärker beschnitten wurde, bis schließlich nur noch eine Brücke als Namensträger übrigblieb. Dieses Beispiel ist ein Symptom dafür, dass die Demokratie und die demokratischen Kräfte Ende der 1920er Jahre bereits im Rückzug waren.

Martin Schönfeld

Wer mehr über die Berliner Straßennamen in der Weimarer Republik erfahren möchte, liest am besten:

Maoz Azaryahu: What is to be remembered: The struggle over street names in Berlin, 1921-1930. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte Bd. XVII 1988 S. 241-257.



Die Straßenumbenennung als ein demonstrativer politischer Akt: Umbenennung der Friedrich-Ebert-Straße in Hermann-Göring-Straße am 12.9.1933

Foto: Landesarchiv Berlin

Die Debatte um eine Hugo-Preuß-Straße in Berlin 1927

108. Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu Ehren des verstorbenen Reichsministers und früheren Berliner Stadtrats Dr. Hugo Preuß anlässlich der Umbenennung von Straßen eine geeignete Straße in Hugo-Preuß-Straße umzubenennen.

Berlin, den 2. Februar 1926

Czeminski und Gen.

Quelle: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1926, S. 49.

190. Beschluß vom 4. März 1927 des Ausschusses zur Vorberatung der Anträge der Stadtv. Czeminski u. Gen. betr.

a) Umbenennung einer Straße in Hugo-Preuß-Straße – Drucks. 108 v. 26 –

b) Umbenennung der mehrfach vorhandenen Namen von Straßen und Plätzen Berlins – Drucks. 139 v. 26

Der Ausschuß empfiehlt der Versammlung folgende Beschlußfassung:

(...)

I. Zu a): Die Luisenstraße und die Neue Wilhelmstraße in Berlin-Mitte sind als ein Straßenzug anzusehen und in "Hugo-Preuß-Straße" umzubenennen.

Zu b): Der Magistrat wird ersucht, die in der anliegenden Liste aufgeführten [2240] Straßen und Plätze, deren Namen mehrfach vorkommen, umzubenennen und die Bezirksämter um Vorschläge zu ersuchen. Dabei ist mit denjenigen Straßen zu beginnen, bei denen die Verwechslungsgefahr am größten ist, weil sie

1. entweder vielfach vorkommen,
2. die Straße und Platz mit gleichem Namen in verschiedenen Stadtgegenden liegen,
3. oder in einem Bezirk mehrfach vorkommen.

Hierbei wird der Magistrat ferner ersucht, den Bericht des Ausschusses den Bezirksämtern zuzuleiten.

II. Die Versammlung beschließt, den Ausschuß bestehen zu lassen und ihn zu beauftragen, die von den Bezirksämtern eingehenden Vorschläge zu prüfen.

Berichterstatter Stadtv. Dr. Caspari.

Quelle: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1927, S. 135.

Amtlicher stenographischer Bericht über die

Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 24. März 1927.

Punkt 4 der Tagesordnung: (...)

II. Beratung der Anträge der Stadtv. Czerninski [1] u. Gen.

a) betr. Umbenennung einer Straße in **Hugo-Preuß-Straße** – Drucks. 108 v. 26

b) betr. **Umbenennung** der mehrfach vorhandenen Namen von **Straßen und Plätzen Berlins** – Drucks. 139 v. 26 u. 190.

Berichterstatter ist Herr Kollege Dr. Caspari [2]. Ich bitte ihn, vorzutragen.

Berichterst. Stadtv. Dr. Caspari (V.) [Deutsche Volkspartei DVP]: Meine Damen und Herren! Dem Ausschuß sind zwei Anträge überwiesen worden, die an sich nicht übermäßig viel miteinander zu tun haben, nämlich die Benennung einer Straße nach dem verstorbenen Reichsminister Hugo Preuß und die Umbenennung der mehrfach in Berlin vorhandenen Namen von Straßen und Plätzen.

Die Versammlung hat geglaubt, daß, wenn die Straßen ausgewählt werden, die umzubenennen sind, gleichzeitig ein Vorschlag für die Hugo-Preuß-Straße gemacht werden soll. Dem ist der Ausschuß auch gefolgt.

Er hat zunächst an Hand des Verzeichnisses der Straßen und Plätze Berlins, das vom Tiefbauamt herausgegeben worden ist, die gesamten Straßen und Plätze durchgeprüft und diejenigen festzustellen versucht, bei denen eine Umbenennung geboten erscheint.

Ich darf gleich vorausschicken, daß der Ausschuß zunächst den Versuch gemacht hat, zu unterscheiden zwischen solchen Straßen und Plätzen, bei denen die Umbenennung dringend ist, und zwischen solchen, bei denen sie weniger dringend ist. Je mehr die Verhandlungen fortschritten, um so mehr hat sich gezeigt, daß eine solche Unterscheidung tatsächlich nicht durchführbar ist, daß auch durchschlagende Gesichtspunkte dafür, was nun als dringlich anzusehen ist und was nicht, tatsächlich nicht gefunden werden konnten. Es kam hinzu, daß die Zahl der Straßen und Plätze, deren Umbenennung von den Ausschußmitgliedern als dringend angesehen wurde, so groß war, daß an eine wirklich schleunige Behandlung der Angelegenheit gar nicht zu denken war. Es ist von vornherein klar, wenn Sie sich das Verzeichnis, das Ihnen mit der Drucksache 190 zugegangen ist, ansehen, daß es sich auch nur in beschränktem Maße nicht ausführen läßt, sondern es kann in dieser Sache nur allmählich fortgeschritten werden. Es muß den Bezirksämtern überlassen bleiben, in welchen Fällen sie eine besonders schleunige Behandlung der Angelegenheit wünschen, welche Namen sie als erste zur Umbenennung vorschlagen und wie sie weiter fortgehen wollen.

Der Ausschuß hat geglaubt, dabei nur einige Richtlinien geben zu sollen. Er schlägt deshalb vor, daß man mit denjenigen Straßen beginne, die sehr häufig vorkommen, das sind z.B. die Berliner Straßen, die Bahnhofstraßen usw. Dann sollen diejenigen kommen, wo Straßen und Plätze mit gleichen Namen in verschiedenen Stadtgegenden liegen, wie Bülowstraße, Bülowplatz, Koppenstraße, Koppenplatz, Luisenstraße und Luisenplatz usw. Die Fälle sind sehr leicht noch zu vermehren. Dabei hat sich tatsächlich herausgestellt, daß das Verkehrsbedürfnis es erfordert, daß man Straßen und Plätze mit gleichen Namen auch in derselben Gegend findet. Es kommen im Verkehr die größten Schwierigkeiten vor. Nicht nur Briefe laufen verkehrt, sondern auch Personen suchen u.U. die Plätze an ganz verkehrten Stellen. Sie fühlen sich dann enttäuscht, wenn sie da hinkommen. Dann schließlich sollen diejenigen Straßen und Plätze genommen werden, die mit ihrem Namen in einem Bezirk mehrfach vorkommen, weil doch damit zu rechnen ist, daß in längerer oder kürzerer Zeit auch die Oberpostdirektion in Berlin das nun mal vorhandene

Groß-Berlin nicht mehr ignorieren wird, sondern sich auch mit seinen Bezeichnungen langsam dem anpassen wird, was in der politischen Gemeinde nun mal geschehen ist.

Wenn ich noch ganz kurz darauf eingehen darf, nach welchen Grundsätzen die Straßennamen bestehen gelassen sind, so möchte ich folgendes vorausschicken: Man ist davon ausgegangen, daß man nach Möglichkeit die Straßennamen bestehen lassen soll, die eine historische Bedeutung haben. Solche historischen Namen finden sich selbstverständlich in erster Linie in dem Kern des alten Berlin, dann in dem ebenso alten, vielleicht noch älteren Spandau und in der auch alten Stadt Cöpenick. Alle andern früheren Vororte, auch Charlottenburg, stehen an Alter demgegenüber erheblich zurück und mußten bei ihren Wünschen auf Straßennamen ausscheiden.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß, je jünger die Vororte sind, sie um so weniger Phantasie bei der Wahl ihrer Straßennamen entwickelt haben. Wir haben einen Vorort Lichtenrade, der hat auch nicht einen Namen in seinen Straßen, der nicht in den umliegenden Vororten Tempelhof, Mariendorf – innerhalb desselben Bezirks – auch vorkommt. Es wird nichts helfen, der Bezirk Tempelhof wird daran gehen müssen, Lichtenrade von Grund aus umzubenennen, wenn dabei auch uns lieb gewordene Namen wie Wilhelmstraße, Friedrichplatz usw. den Weg alles Fleisches gehen müssen. Es sind nur sehr wenige Vororte, z.B. Dahlem, wo Namen gewählt worden sind, die wirklich mit dem eine Verbindung haben, was da einmal früher gewesen ist, mit der Landschaft, in der sie entstanden sind.

Wir haben dann weiter angeregt, daß da, wo historische Bezeichnungen bestanden haben, die im Laufe der Zeit weggefallen sind – das gilt besonders für die alten Dorfauen -, auf die alten historischen Bezeichnungen zurückgegangen wird. Z.B. hat man in Lichtenberg ja die unglaubliche Torheit gemacht, die alte Dorfau in dem Augenblick in Möllendorfstraße umzutaufern, wo es Stadt wurde, weil man geglaubt hat, daß mit einer Großstadt die Erinnerung an das alte Dorf Lichtenberg sich nicht mehr wohl vertrage. Es erschien uns deshalb zweckmäßig, daß man auf die alten Namen zurückging und sie unterscheidet durch die Bezeichnungen Lichtenberger Dorfau, Tempelhofer Dorfau, Wilmersdorfer Dorfau usw. Dann kommt man dem nahe, was wir erstreben, daß man im allgemeinen die historischen Namen gibt, die einmal da waren. Dann mußte man sich danach richten, wo innerhalb einer Gemeinde in einem bestimmten Bezirk Namen gleicher Art verwendet worden sind. Man hat z.B. in dem alten Westend durchweg die Straßen mit Bäumen einer Gattung bepflanzt und danach die Straßen benannt: Ahornstraße, Lindenstraße usw. Selbstverständlich hat man die Namen an dieser Stelle belassen und da, wo irgendwelcher Zusammenhang mit der Landschaft nicht bestand, sie gestrichen. Wieder an anderen Stellen hat man Kompositionsviertel geschaffen. In Siemensstadt hat man in einem Viertel die Namen von Technikern, Physikern usw. gewählt. Wir sind nach Möglichkeit bestrebt gewesen, diese Zusammenhänge zu belassen. Allerdings sind wir auch nach dieser Richtung hin angegriffen worden. Es ist nämlich gesagt worden, bei solchen Zusammenhängen zwischen Ahornstraße, Lindenstraße usw. könnten gerade Verwechslungen vorkommen, in dem man aus Versehen statt nach der Lindenstraße nach der Ahornstraße geht. Es schien uns aber richtig, es so zu lassen, wie es in den alten Gemeinden gewesen ist. Denn schließlich ist es doch unzweckmäßig, wenn man die Buchenstraße bei der Ahornstraße sucht und sie dann schließlich am Nollendorfplatz findet.

Das sind die Grundideen, von denen wir ausgegangen sind, aus denen der Beschluß hervorgegangen ist, den wir Ihnen vorgelegt haben. Ich möchte aber noch hinzufügen, daß der Magistrat uns heute noch eine Eingabe der Handelskammer in Abschrift übermittelt hat, in der die Handelskammer zu diesen Vorschlägen Stellung nimmt und der Ansicht ist, daß die Umbenennung der mehrfach vorkommenden Straßennamen verkehrliche Bedenken habe, daß die Bedenken aber nicht so groß wären, um ausschlaggebend zu wirken gegenüber den Bedenken, die einer allgemeinen Umbenennung entgegenstehen bezüglich der Kosten und auch aus anderen Gründen.

(...)

Das ist das, was ich zu diesem Antrage zu sagen habe. Es bleibt dann noch die Benennung der Hugo-Preuß-Straße, und da ist auf Grund eines Vorschlages beschlossen worden, den Straßenzug Neue Wilhelmstraße und Luisenstraße "Hugo-Preuß-Straße" zu nennen, und zwar hat man geglaubt, eine Straße nehmen zu müssen, die in Beziehung stand zu dem Lebenswerk Hugo Preuß, das doch gegipfelt hat in dem Entwurf der Weimarer Verfassung. Dieser Entwurf ist entstanden in dem alten Reichsamt des Innern in der Wilhelmstraße. Die Wilhelmstraße selbst umzubenennen, ist natürlich nicht möglich. Der Name "Wilhelmstraße" hat seine besondere Bedeutung im Inlande und im Auslande. [3] An sie schließt sich aber die Neue Wilhelmstraße an, für die kein besonderes Bedürfnis vorliegt, und dann die Luisenstraße, die im Charité-Viertel liegt und geeignet ist, einen historischen Namen zu führen.

Es ist dagegen eingewendet worden, daß die Luisenstraße nach der Königin Luise benannt worden ist. Diese historische Beziehung ist aber unbedeutend. Im Jahre 1835 hat man einen ganz bestimmten Komplex von Straßen, die damals neu hergestellt waren, nach Mitgliedern der königlichen Familie, die damals lebten, benannt und die Königin Luise nicht anders behandelt wie Prinzen, die keine wesentliche historische Bedeutung haben, wie Albrecht, Karl usw.

Wenn wir die Luisenstraße belassen hätten, hätten wir den Luisenplatz in Charlottenburg streichen müssen. Der Ausschuß war aber der Ansicht, daß wenn man dem Andenken der Königin Luise eine Straße und einen Platz widmen will, dann der Luisenplatz in Charlottenburg jedenfalls der gegebenere ist, da das Charlottenburger Schloß mit dem Schloßpark sich dort befindet. Deshalb bestehen auch vom historischen Standpunkt aus gar keine Bedenken gegen diese Umbenennung, was auch von den Sachverständigen, deren Mitwirkung der Ausschuß sich zu erfreuen hatte, von Herrn Pnlover und Herrn Martin vom Verein für die Geschichte Berlins, anerkannt wurde. Herr Martin hatte zunächst Bedenken, die aber, wie ich schon sagte, aus dem Wege geräumt worden sind.

Ich habe Ihnen deshalb im Auftrage des Ausschusses zu empfehlen, den Anträgen, wie sie in der Drucksache 119 niedergelegt sind, stattzugeben.

Stadtv. Merten [4] (D.) [Deutsche Demokratische Partei DDP]: Meine Damen und Herren!

Sie werden mir nachfühlen, daß wir der Versammlung und dem Magistrat außerordentlich dankbar sind, wenn eine Straße im alten Berlin, in der City, im Regierungsviertel mit dem Namen "Hugo-Preuß-Straße" benannt wird. Wir glauben auch, daß die Neue Wilhelmstraße sehr zweckmäßig und geeignet dafür ausgewählt ist. Ob es aber notwendig ist, die Luisenstraße mit in die neue Straße einzubeziehen, ist meinen Freunden etwas zweifelhaft, zumal in den Kreisen der Bevölkerung, der Geschäftsleute sowohl als auch der Eigentümer, in der Luisenstraße

(Zuruf: Geschäftsleute?)

– jawohl – sich eine lebhaftige Bewegung dagegen geltend macht.

Deswegen möchte ich bitten, zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig ist, die Benennung "Hugo-Preuß-Straße" nur auf die Neue Wilhelmstraße zu beziehen.

Stadtv. Siegfried [5] (W.) [Wirtschaftspartei]: Meine Damen und Herren!

Meine politischen Freunde stehen auf folgendem Standpunkt:

(Zuruf bei den Kommunisten: Heil!)

Dem ersten Teil der Vorlage stimmen wir grundsätzlich zu. Wir sind sogar sehr zufrieden, daß eine Straße von der Bedeutung der Luisenstraße gewählt worden ist, um einen Namen hier im Straßennetz zu verewigen, der eine ganz besondere Bedeutung in unserer Republik hat. Es ist der Name eines Mannes, den wir zu schätzen und zu ehren wissen. Es soll ja auch bekanntlich eine Ehrung sein.

Was nun aber den zweiten Teil der Vorlage bedeutet, meine Damen und Herren, so müssen wir auf Grund der wirtschaftlichen Notlage erklären, daß das zurzeit nicht möglich ist. Wir verschließen uns der besonderen Schwierigkeiten nicht, die es für die Post und für die Absender von Briefsachen bedeutet, bei den Straßennamen, die mehrfach vorhanden sind, noch hindurchzufinden, müssen aber doch diese kleinen Schwierigkeiten in Kauf nehmen in bezug auf die Kosten, die es verursacht. Nicht allein, daß man von einer Summe von 2 Millionen spricht, die allein der Stadtsäckel herauszugeben hat, sondern für die Geschäftsleute, für die ich ja vor allen Dingen hier spreche, ist es eine Belastung, die man nicht hoch genug bewerten kann, wenn man bedenkt, was alles damit verbunden ist. Telephonbücher, Adreßbücher, vor allen Dingen auch die vorhandenen Drucksachen im Geschäftsleben, alles das muß umgearbeitet werden.

(Stadtv. Hoffmann: Gummistempel!)

Die Kosten sind also so enorm, daß wir auf dem Standpunkt stehen; wir lehnen den zweiten Teil der Vorlage ab, möchten aber gewissermaßen als Entgegenkommen noch das eine sagen, es kann das nur in langsamer Entwicklung geschehen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wollen wir ja!)

Vielleicht sucht man erst die bedeutendsten, die wichtigsten heraus. Wenn aber hier davon gesprochen wird, das *eo ipso* sofort a tempo einzuführen, so ist das natürlich eine vollständige Unmöglichkeit.

Ich möchte dann noch zu der anderen Sache sprechen, und da spreche ich im Namen meiner Parteifreunde. Wenn Sie beabsichtigen, die byzantinischen Namen [6] zu beseitigen, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß davon für uns gar keine Rede sein kann. Diese Namen sind so mit der historischen Entwicklung unserer Stadt verbunden, daß man mit ihrer Beseitigung unbedingt einen großen Teil unserer wunderbaren Geschichte, unserer Geschichte der Stadt Berlin aus der Vergangenheit streicht. Das verdient Berlin nicht, und das verdient auch die große Vergangenheit Berlins nicht.

(Stadtv. Hoffmann: Das war gut gesagt!)

Stadtv. Koch [7] (DN) [Deutschnationale Volkspartei DNVP]: Meine Damen und Herren!

Es wird Ihnen ebenso gehen, wie es mir geht, daß Ihnen nicht ganz klar geworden ist, was eigentlich byzantinische Namen von historischer Bedeutung in Berlin sind. Meines Wissens gibt es keine Straße von Byzanz hier in Berlin und keine Straße, die irgendwie ähnlich an diesen Namen anklingt. Was der Herr Vorredner gewollt hat, das war ganz etwas anderes.

Lassen Sie mich hier der Reihe nach gehen. Ich habe ja den ganzen Verhandlungen im Unterausschuß und im Ausschuß als Vorsitzender beigewohnt. Es ist eine überaus schwierige Arbeit gewesen, die wir da zu betreiben hatten. Es handelte sich doch nicht bloß um eine Durchsicht der Namen, die 30fach und mehr in Berlin vorkommen, sondern um die Durchsicht sämtlicher Straßennamen und Platznamen von ganz Groß-Berlin. Auch meinen Freunden ist es dabei klar geworden, daß eine große Anzahl von Namen, die umänderungsbedürftig sind, beseitigt werden muß. Wir gehen allerdings nicht so weit, wie der Ausschuß vorschlägt, wollen aber heute keine besonderen Anträge stellen, sondern, da wir in jeder Beziehung für eine größere Dezentralisation sind, stimmen dem Ausschußantrage durchaus zu, daß zunächst einmal die Bezirksämter gehört werden sollen unter Hinzuziehung der Bezirksversammlungen und daß sie in ihrem Bezirk selbst die nötigen Vorschläge zu machen haben.

Des längeren hat den Ausschuß die Frage beschäftigt, ob eine Straße in "Hugo-Preuß-Straße" umbenennen ist und ob vielleicht für diese Umbenennung eine Möglichkeit vorhanden wäre.

(Stadtv. Baartz [8]: Eine qualifizierte Mehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, es haben sich nachher schwere Bedenken dagegen erhoben, zwei Straßenzüge, die Luisenstraße und die Neue Wilhelmstraße in "Hugo-Preuß-Straße" umbenennen. Der eine Grund und das eine Bedenken ist – wir Deutschnationale machen ja aus unserm Herzen keine Mördergrube –, daß wir Hugo Preuß nicht für einen so bedeutenden Staatsmann halten, daß sein Bild in der Geschichte schon unbedingt feststeht. Wir halten die Zeit noch nicht für gekommen, wo bereits ein Urteil darüber abgegeben werden kann, daß Hugo Preuß ein Staatsmann gewesen ist, dessen Name in Berlin verewigt werden kann, soweit man bei den Straßennamen in Berlin bei der wechselnden Mehrheit der Republik überhaupt von einer Verewigung reden kann.

(Bei den Deutschnationalen: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Wir Deutschnationale stehen auf dem Standpunkt, daß das Werk, das Hugo Preuß in der Reichsverfassung geschaffen hat, bisher bis in die linke Seite des politischen Lebens hinein so scharfer Kritik unterworfen ist, daß dieses Lebenswerk oder das stärkste Werk von Hugo Preuß nach Ihrer Meinung noch nicht genügend sich ausgewirkt hat. Wir Deutschnationale stehen auf dem Standpunkt, daß wir die neue Reichsverfassung in keiner Beziehung, aber auch in gar keiner, irgendwie in Parallele stellen können mit dem großen Werk Bismarcks in der alten Reichsverfassung.

(Lachen links.)

Nun unmittelbar in der Gegend, in der Bismarck gewirkt hat, Hugo Preuß als gleichwertigen Komponente [8a] in einem Straßennamen zu verewigen, das scheint uns denn doch nicht ganz angebracht zu sein,

(Rechts: Sehr gut!)

ebenso unangebracht, wie uns der Antrag der Kommunisten unangebracht erschien, den sie scheinbar heute nicht den Mut haben, hier wieder vorzubringen, die Siegesallee in "Hugo-Preuß-Straße" umbenennen.

(Stadtv. Hoffmann [9]: Ministerallee mit auswechselbaren Köpfen!)

(Heiterkeit.)

– Herr Hoffmann, Herr Hoffmann, seien Sie vorsichtig mit solchen Zwischenrufen, es könnte Ihnen sehr unangenehm werden, an gewisse Zeiten erinnert zu werden. –

(Stadtv. Hoffmann: Für die Kopflösen ist es schwer!)

Für welche Kopflöse?

(Stadtv. Hoffmann: Die jetzt darin sind!)

Meine Damen und Herren! Ich will sachlich bleiben trotz der Zwischenrufe des Herr Adolf Hoffmann.

(Zuruf links: Das ist schwer!)

Zweitens haben wir eine Reihe praktischer Bedenken. Gerade aus der Neuen Wilhelmstraße heraus sind schon jetzt so lebhaft Widersprüche erfolgt gegen diese Umbenennung, daß an diesen Widersprüchen nicht vorübergegangen werden kann. Ich will nur ein Beispiel herausheben:

In der Neuen Wilhelmstraße befindet sich das Büro der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel mit der Reichsunfallversicherungsstelle. 80 Betriebe sind an dieses Amt angeschlossen. Bedenken Sie, was allein für solch eine einzige Behörde dazu gehört, was für Kosten aufgewendet werden müssen,

(Zuruf links: Ein Gummistempel genügt!)

um die sämtlichen Unterlagen für ihren Geschäftsverkehr umzuändern. Das gilt ebenso für die übrigen Gewerbetreibenden, für den Handel und für die Wirtschaft.

Wenn hier fortdauernd dazwischen gerufen wird "Gummistempel", so sind Sie ja ein bißchen für die Uniformierung in der neuen Republik. Es läßt sich aber, Herr Hoffmann, nicht alles einfach durch einen Gummistempel – auch in der Republik nicht – erledigen.

(Stadtv. Hoffmann: Dann nehmen Sie die Siegesallee, da brauchen Sie keinen!)

– Meine Damen und Herren! Es ist ja noch kein solcher Antrag gestellt worden, die Kommunisten wollen ja mit dem Antrage nicht heraus. –

Meine Damen und Herren! Was die übrigen Umbenennungen anlangt, so habe ich festgestellt, daß es sich, wenn wir diese ganze Sache zum Beschluß erheben, um mehr als 2000 Straßen handeln würde; die einen anderen Namen bekommen. Es scheint meinen Freunden nicht notwendig zu sein, in allen Fällen mit Änderungen vorzugehen. Die Post wird ja, wie von dem Herrn Berichterstatter erwähnt worden ist, auch weiter darauf bestehen, daß in der Aufschrift auch das Bestellpostamt mit genannt wird. Es kann für die Post eine Verwechslung gar nicht vorkommen, wenn die Anschrift auf dem Briefe richtig ist, und die Berliner haben sich recht schnell daran gewöhnt, das Postamt überall hinzuzuschreiben. Etwas anderes ist es, wenn in demselben Verwaltungsbezirk zwei-, dreimal derselbe Name in den einzelnen Ortsteilen vorkommt. Darüber mögen die Bezirksämter und die Bezirksversammlungen entscheiden. Aber eine solche Umwandlung, wie sie der Ausschuß, selbst auf eine ganze Reihe von Jahren verteilt, vorschlägt, verursacht der Stadtverwaltung eine übermäßig große Masse von Kosten, die in keinem Verhältnis steht zu dem Erfolge, der erreicht wird.

Wir stimmen dem Ausschußantrage zu, daß das ganze Material, das uns zugewiesen worden ist, den Bezirksämtern übergeben werden soll zur eingehenden Prüfung und ausführlichen Berichterstattung. Wir werden dann allerdings das merkwürdige Schauspiel erleben, daß wir wiederum von den 20 Bezirksämtern eine große Anzahl von Doppelbenennungen bekommen werden. Denn ich nehme als selbstverständlich an, daß eine ganze Anzahl von Bezirken es sich zur besonderen Ehre anrechnen wird, eine Straße in eine Trotzkistraße oder Leninstraße umzuwandeln.

(Zuruf links: Kochstraße!)

– Die gibt es schon, die ist gar nicht nötig. Aber eine Langestraße gibt es auch schon. –

(Heiterkeit.)

(Zuruf: Dann machen wir eine Lange-Koch-Straße, die ist ein bißchen länger!)

Meine Damen und Herren! Wir stimmen also dem zu, daß das gesamte Material den Bezirksämtern zugeleitet wird. Wenn Sie aber versuchen werden, auch in den Bezirken aus diesem rein fachlich geformten Antrage der Sozialdemokratischen Partei, den wir im Ausschuß behandelt haben, eine Gelegenheit ergreifen zu können, und politische Demonstrationen an Straßenschildern vorzunehmen, dann werden Sie natürlich dem lebhaften Widerspruch auf unserer Seite begegnen.

(Zuruf bei den Kommunisten: Haben Sie aber Angst!)

Nein, wir haben gar keine Angst. Wir haben nur die Sorge darum, daß der Stadt Berlin überflüssige Kosten verursacht werden. Denn daß die Stadtverordnetenversammlung und die Mehrzahl der Bezirksämter immer dasselbe Gesicht tragen werden wie heute, das ist gänzlich ausgeschlossen. Darum möchten wir nicht doppelte und dreifache Kosten haben und möchten der Mühe überhoben sein, die Straßennamen, die die gegenwärtige Mehrheit umwandelt, nachher nochmals umwandeln zu müssen.

(Stadtv. Hoffmann: Nicht prophezeien!)

Ich richte an den Magistrat und an die Bezirksämter namens meiner Freunde die Bitte, wenn Sie schon die Straßennamen umändern, es dann wenigstens so zu machen, daß sie auswechselbare Schilder anbringen.

(Rechts: Bravo!)

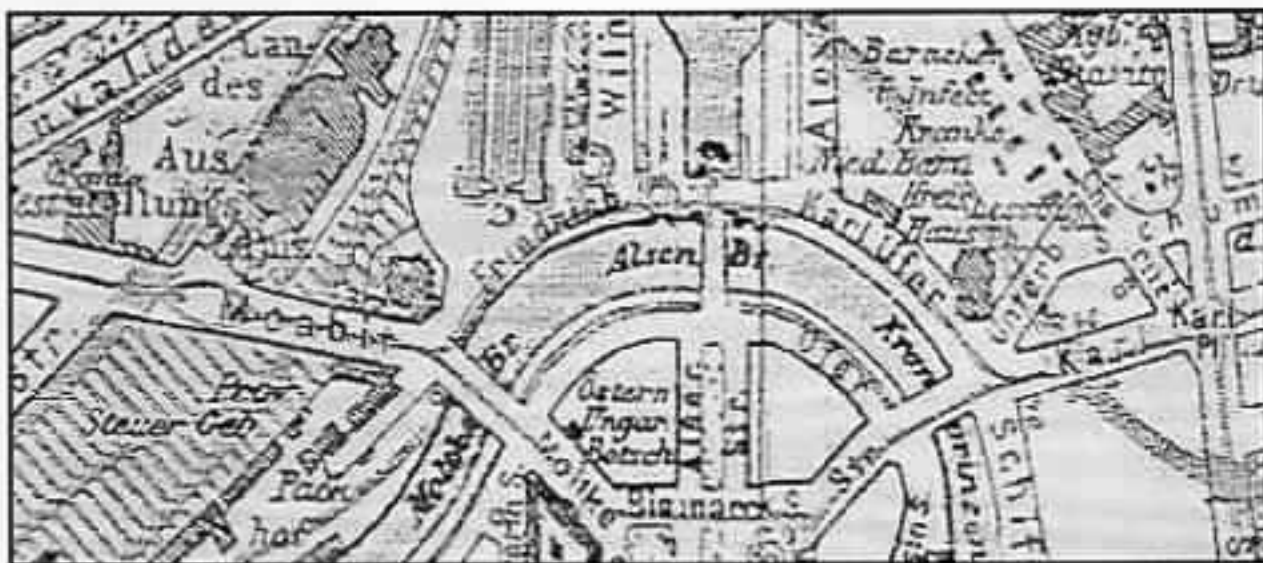
(Heiterkeit.)

Stadtv. Baartz (K.) [Kommunistische Partei Deutschlands KPD]: Meine Damen und Herren!

Das Problem der Straßenumbenennungen ist kein neues Problem. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in diesem Ausschuß nicht zum ersten Male mit diesem Problem. Nichtsdestoweniger glaube ich im Namen meiner Freunde sagen zu müssen, daß die Art und Weise, wie hier versucht worden ist, das Problem zu lösen, uns der Lösung keinen Schritt näher gebracht hat. Es kreierte der Berg und gebar ein Mäuslein. Die Arbeit, die der Unterausschuß in seinen vielen Sitzungen leistete, war eine rein büromäßige Arbeit des Heraussuchens der doppelt benannten Straßen und Plätze. Eine Diskussion über diejenigen Straßen und Plätze, die herausgesucht und umbenannt wurden, konnte nicht stattfinden, weil die Mehrheit des Ausschusses angesichts dieser bürokratischen Fülle von Arbeit sich darüber einig geworden war, in keine Debatte sich einzulassen, die über den Rahmen des rein Bürokratischen hinausgeht.

Ich glaube, wenn dieser Beschluß im Ausschuß nicht gefaßt worden wäre, dann wäre noch weniger zustande gekommen. Es ist Tatsache, daß es in Berlin über 2000 Straßen gibt, die ebenso benannt sind wie andere, unter ihnen die mehrfachen Benennungen in den von den beiden Vorrednern bereits genannten Zahlen. Das ist die eine Sache, die ich zu dem Problem der Straßenumbenennungen zu sagen habe.

Etwas anderes zu der Art, wie die Angelegenheit jetzt erledigt werden soll: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Berlin als Mittelpunkt des Deutschen Reiches selbstverständlich eine Stadt ist, deren Verkehr in Ordnung sein muß. Wenn Sie nun immer, wie jetzt, bei Gelegenheit der Etatsberatung bereits wieder und bei den Haushaltsberatungen später noch hören werden, daß Berlin eine arme Stadt sei, eine Stadt, die unwirtschaftlich arbeitet, eine Stadt, die überhaupt am Boden liegt, so sind diese Sorgen der Finanzie



Drei Brückennamen im Wandel der Zeiten: Karte 1920 Alsenbrücke oben
 Karte 1930 Hugo-Preuß-Brücke mitte
 Karte 1938 Admiral-Scheer-Brücke unten

rung nicht unsere Sorgen. Meine Freunde lehnen es ab, auf solche Dinge einzugehen, wie sie bei allen möglichen passenden und unpassenden Gelegenheiten angebracht werden. Aber es verlohnt sich, in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß das Verhalten der verschiedenen Instanzen und Körperschaften, der verschiedenen Bevölkerungsteile Berlins zur Straßenumbenennung eine typische ist. Man klagt über Unwirtschaftlichkeit, man klagt über Geldknappheit und Armut Berlins, der Berliner Geschäftswelt, der Handels- und Industrielwelt und wagt es nicht, mit einem Schlage einmal eine Aenderung zu treffen, die geeignet ist, zu ihrem Teile zu einer Hebung der Wirtschaft beizutragen.

Wir sehen darin nichts Besonderes. Es ist das ein Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaft, daß sie versucht, raubbaumäßig, raubbauartig herauszuholen aus dem Vorhandenen, was herauszuholen ist, ohne Plan, ohne Voraussicht auf das, was einmal kommen wird. Sie haben z. B. zur Frage der Straßenumbenennungen das Urteil der Industrie- und Handelskammer vom Juli 1925 gehört, das Urteil, das im ersten Satze feststellen muß: "Vom reinen Verkehrsstandpunkt ist es nur zu bedauern, daß die Entwicklung infolge eines gewissen Mangels an Voraussicht und Einheitlichkeit zu dem heutigen Mißstande der zahlreichen Doppelbenennungen von Straßen und Plätzen usw. gekommen ist."

Wenn in einem weiteren Abschnitt diese Industrie- und Handelskammer aus dem kleinlichsten Bedenken, aus Bedenken, die oft an den Haaren herangezogen sind, feststellt, daß z. B. die Angabe des Postamts bei der Benennung von Straßen immer nötig sein würde, daß die Kosten ungeheuer hohe sein würden, daß die vielen Postämter, Katasterämter und sonstigen Behörden gezwungen sein würden, gewissermaßen alles auf den Kopf zu stellen, wenn man diese kleinlichen Gesichtspunkte, sage ich, dann auf der andern Seite hört, so wundert man sich nicht, daß es mit der kapitalistischen Wirtschaft, auch mit der Berliner Form dieser Wirtschaft nicht weitergehen kann. Das ganze Gehabe, das ganze Getue ist planlos, ziellos. Es denkt niemand daran, zu organisieren, um zu etwas anderem zu kommen. Das ist eben ja der Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsform.

Darüber hinaus liegen die Widerstände nicht zum geringen Teil bei den Bezirksämtern. Es verlohnt sich auch, darauf mit einem Satz einzugehen. Die Vorlage, die den Stadtverordneten zugewandt ist, d. h. die lange Liste der Straßen, die jetzt geändert werden müssen, kommt in die Hände von Bezirken, die gar nicht im Ernst daran denken, ihre Straße umzubenennen. Ich habe hier eine Anzahl Auszüge aus früheren Gutachten der Bezirke, wie sich die Bezirke zur Umbenennung auch nur eines geringen Teils der im Bezirk mehrfach gleichbenannten Straßen gestellt haben. Das Bezirksamt Spandau malt z. B. eine unerhört hohe Summe an die Wand, um ja bei seiner alten Straßenumbenennung bleiben zu können. Das Bezirksamt Spandau bezeichnet als Kostensatz die Summe von 100 Millionen Mark für die Straßenumbenennung.

(Geächter)

"Höher geht's nimmer!" sagt der Süddeutsche. Abgesehen von einem solchen Grund, wie er vom Bezirksamt Spandau hier herangezogen worden ist, kommt das Bezirksamt Charlottenburg z. B. zu folgender Formulierung. Es war aufgefordert worden, die Sophienstraße umzubenennen aus diesem oder jenem Grunde, der jedem Menschen, der über den Verkehr schon einmal nachgedacht hat, ohne weiteres klar sein muß. Das Bezirksamt lehnt das mit einem Schreiben ab: "Wir haben keine Veranlassung, unsere Sophienstraße – unsere Sophienstraße – umzubenennen, auch nur eine andere Bezeichnung vorzuschlagen. Der Notwendigkeit einer Beseitigung von Doppelnamen innerhalb desselben Verwaltungsbezirks können wir uns allerdings nicht verschließen." Andere Bezirke: Wilmersdorf, Schöneberg, Pankow, Weißensee, sie alle wenden sich gegen eine Straßenumbenennung. Und wo etwas von Straßenumbenennung zu spüren ist, geht das hand in hand mit einer Charakterisierung der Zeit, die das Proletariat, die Schaffenden in der Berliner Bevölkerung, herbeisehnen. In den Arbeiterbezirken ist man von selbst dazu gekommen, die unzähligen Berliner, Haupt- und sonstigen Straßen, die alles und nichts besagen, zu beseitigen. Dort hat man Vorschläge gemacht, allerdings einfach mit dem Erfolge, daß die Aufsichtsbehörde diese Vorschläge abgewiesen hat. Wir sind also der Meinung, daß, wenn die Vorschläge jetzt an die Bezirksämter kommen, ihnen dort ein Erbgebräbnis erster Klasse beschieden sein wird. Die Stimmen, die hier in der Stadtverordnetenversammlung noch sehr vorsichtig laut werden, die diese und jene Bedenken um die Straßenumbenennung hier tönen lassen, werden sich – Sie haben es aus den Worten des Herrn Pastor Koch wegen der Anlieger der Luisen- oder Wilhelmstraße schon gehört – lawinenartig in der Zahl vermehren und werden schließlich wieder einmal das ganze Objekt in den Papierkorb wandern lassen. Wir haben keine Furcht davor, daß man uns nun wieder als Bilderstürmer usw. bezeichnen wird. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß wir es waren, die in sehr genauer Arbeit bemüht waren, den sachlichen Gründen gerecht zu werden, daß ich mich bemüht habe, den Zusammenhängen zwischen dem alten Berlin und dem alten Spandau, dem alten Berlin und dem alten Cöpenick, die wirklich geschichtlicher Art sind, sachlich Rechnung zu tragen. Daß das gelungen ist, ist, wie einer meiner Vorredner schon sagte, ein Verdienst der Herren Sachverständigen, die mitgewirkt haben. Es handelt sich hier nicht um Bilderstürmerei, wenn wir verlangen, daß hier ganze Arbeit gemacht wird. Wir verlangen im Interesse des Verkehrs, der Verkehrssicherheit und der Verkehrsschnelligkeit eine Umbenennung der Straßen, und wir können nicht einsehen, daß die Arbeit, die damit geleistet wird, vollkommen unproduktiv ist, wenn wir uns auch nicht



Drei Brücken im Wandel der Zeiten:

- oben: Alsenbrücke vor 1898 (Repro nach Weirland 1994, Wasserbrücken in Berlin)
- mitte: Hugo-Preuß-Brücke / Admiral-Scheer-Brücke 1934 (Foto: Landesarchiv Berlin)
- unten: Hugo-Preuß-Brücke 2004, die Einweihung ist für April 2005 geplant (Foto: Martin Schönfeld)

darüber täuschen, daß eine wirklich durchgreifende Aenderung auch auf diesem Teilgebiete der Wirtschaft erst das siegreiche Proletariat schaffen wird.

Nun zu dem von Herrn Pastor Koch bereits erwähnten Antrag der Kommunisten, die Siegesallee zu Punkt 2 dieses Antrages als "Hugo-Preuß-Straße" umzubenennen. Es war doch so, verehrter Herr Pastor Koch, daß im Ausschuß sich niemand so recht einig war, welche große und berühmte Straße man mit dem Namen des noch größeren und berühmten Hugo Preuß benennen sollte,

(Gelächter rechts.)

und da habe ich den sehr bescheidenen Vorschlag gemacht, eine Straße zu nehmen, die in der Nähe des Platzes der Republik und der Friedrich-Ebert-Straße liegt, damit dort alles zusammen ist.

(Heiterkeit.)

was sich durch die Weimarer Verfassung kennzeichnet, was sich kennzeichnet durch den Artikel 48 der Reichsverfassung, was sich kennzeichnet durch den Faschistenaufmarsch am 8. Mai, was sich kennzeichnet durch Betriebsfaschismus in Reinkultur. Wir haben keine Veranlassung, nicht zu zeigen, was diese Verfassung wert ist. Wir würden dafür stimmen, wenn man damit einverstanden wäre, die Siegesallee in ihrer heutigen Form als Hugo-Preuß-Straße zu benennen. Ein besseres Charakterbild kann man der heutigen Republik nicht geben.

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Stadtv. Adolf Hoffmann (S.) [Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD]: Meine Damen und Herren! Ich rege mich natürlich über die Hugo-Preuß-Straße nicht auf. Ich habe nur bedauert, daß hier von demokratischer Seite, die ein Interesse daran hat, nach Preuß eine Straße zu benennen, vorgeschlagen wurde, nur die Wilhelmstraße zu nehmen und die Luisenstraße herauszulassen, weil ja dazu viele Proteste gekommen waren. Mir ist das nicht recht klar. Die Luisenstraße kann man als Geschäftsstraße am allerwenigsten bezeichnen. An der einen Seite liegt die Charité, auf der anderen Seite die Tierarzneischule, dann folgen noch einige Kliniken usw. an Geschäften sind eigentlich in der Luisenstraße nicht viel zu finden. Sie sehen aber, die einen wollen die Neue Wilhelmstraße nicht, die andern die Luisenstraße nicht. Wir haben dem zugestimmt, was verlangt wurde, die Luisenstraße und die Neue Wilhelmstraße zu einer Hugo-Preuß-Straße zu vereinen, weil wir den Luisenplatz in Charlottenburg haben, und nach unsern Grundsätzen Plätze und Straßen, wenn sie beide vorhanden sind, zusammenzuliegen haben und nicht in ganz verschiedenen Vierteln. Wir hätten die Luisenstraße jedenfalls gestrichen und ihr überhaupt einen andern Namen gegeben. Aus dem Grunde wäre es hier wirklich nicht besonders aufregend, daß man nun diese beiden Straßenzüge mit einem Namen zusammenfaßt. Hören Sie die Chauffeure, hören Sie die Droschkenkutscher an. Sie wünschen, was überhaupt jeder Mensch will, daß eine Straßenlinie möglichst einen einheitlichen Namen besitzt und nicht durch drei oder vier Namen auseinandergerissen wird. Das ist einfach zur besseren Orientierung, besonders für Fremde, dringend notwendig.

Wir haben keine Straßennamen vorgeschlagen, weil wir meinten, es sei das Recht der Bezirke, neue Namen zu nennen, neue Namen vorzuschlagen. Wir haben aber dagegen einen Einspruch zu erheben, wenn hier gesagt wird, daß jetzt die Handelskammer wegen der Kosten gegen die Umbenennung protestiert. Die Handelskammer ist es gewesen, die zuerst das Verlangen der Umbenennung gestellt hat.

(Bei den Sozialdemokraten): Sehr richtig!

die zuerst die Anregung gegeben hat, die an die frühere Versammlung hier energisch das Ersuchen gerichtet hat, endlich Ordnung zu schaffen und die Umbenennung der vielen sich in Berlin wiederholenden Straßen vorzunehmen. Jetzt tun wir es, jetzt stellt sich die Handelskammer wieder andersrum ein.

Ueber Herrn Kollegen Koch kann ich mich nicht besonders wundern. Man ist ja von der Seite nichts anderes gewöhnt. Herr Stadtverordneter Koch ist es gewesen, der als Vorsitzender des Ausschusses für alles gestimmt hat, was wir hier vorlegen, der alles mit vertreten und alles mit verlangt hat. Und heute hören wir, daß das Gegenteil der Fall ist, daß er nun Bedenken bekommen hat. Der Ausschuß hat ein volles Jahr getagt. Am 18. März ist er hier eingesetzt worden. Der Ausschuß hat seine Arbeit, die nicht leicht war, gründlich durchgeführt, soweit er de Auftrag dazu hatte, alle Namen herauszusuchen, die doppelt oder 10- oder 20- oder gar 30fach vorhanden waren. Wir hatten nur einen Auftrag, eine Straße zu bezeichnen, die Hugo-Preuß-Straße heißen sollte. Sonst hatte der Ausschuß keinen Auftrag, eine andere Straße umzubenennen. Das ist ja nach Lage der Sache auch selbstverständlich. In den einzelnen Bezirken sind die Vorschläge zu machen, zu denen dann die Stadtverordnetenversammlung oder der Ausschuß Stellung zu nehmen hat.

Es werden nun hier die Kosten der Drucksachen der Geschäftsleute vorgeschützt. Ich habe mich da gerade über Herrn Kollegen Koch gewundert. Ja, wie oft geschieht denn so etwas. Es ist jetzt erst wieder bei dem neuen Fernsprechbuch vorgekommen, daß die Fernsprechämter vollständig umgeändert wurden. Da muß auch der Gummistempel nachhelfen. Schließlich haben die Geschäftsleute doch nicht Drucksachen auf längere Zeit da zu liegen, diese werden doch sehr bald aufgebraucht. Die neuen werden dann eben mit der neuen Firma gedruckt. Das ist etwas so einfaches, daß solche Einwendungen ebenso hinfällig

sind, als wenn Spandau von hundert Millionen spricht. Da haben sie wahrscheinlich noch die Millionen, die mal im Julisturm [10] gelegen haben sollen, vor Augen gehabt und da ist ihnen das Flimmern gekommen. Die Ausgabe wird so gering sein, da sie sich ja auch nicht auf einen Monat, auf ein halbes Jahr oder ein Jahr verteilt. Die Sache ist ja überhaupt nicht so schnell möglich, und wird nicht so schnell vor sich gehen. Es wird wahrscheinlich ein Teil der Bezirksämter wieder gleiche Namen vorschlagen bei den Neubenennungen, wo dann auch wieder Wandel geschafft werden muß. Wenn Herr Koch sich aber als Prophet hierher stellt und ankündigt, daß beim nächsten Mal dann eine andere Mehrheit eintreten könnte, die wieder andere Namen nennen würde, so möchte ich sagen: Herr Koch, ich glaube, Sie sind ein schlechter Prophet. Ich hoffe, daß beim nächsten Mal hier eine Mehrheit herauskommt, die noch gründlicher aufräumt, als es jetzt schon möglich war.

(Stadtv. Koch: Wo soll denn die herkommen?)

– Das werden Sie ja erleben. –

Vorst. Haß [11]: Ich möchte zunächst noch einen Antrag bekannt geben. Die Herren Baartz und Genossen haben folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, bei Gelegenheit der Straßenumbenennung alle Straßennamen innerhalb Groß-Berlins, die an das frühere monarchistische Regime erinnern, durch andere der neueren Zeit entsprechende zu ersetzen.“

Herr Stadtverordneter Dr. Caspari hat das Wort.

Stadtv. Dr. Caspari (V.): Meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst auch einen kleinen Antrag einbringen. Es handelt sich um zwei Fälle, die mir bei der Durcharbeitung entgangen waren. Der eine Fall betrifft die Rathenauallee in Grunewald, die gestrichen werden soll wegen der Verwechslungsgefahr mit der Rathenaustraße in Oberschöneweide, während wir sonst Straßen und Alleen vielfach belassen haben. Der Bezirk Wilmersdorf legt Wert auf die Beibehaltung dieses Namens, weil diese Allee gerade an der Stelle oder dicht an der Stelle ist, wo Rathenaus Haus stand und an der er ermordet worden ist.

Das zweite ist die Fritschstraße in Steglitz. Diese Straße war nur einmal vorgekommen, während es außerdem eine Fritschestraße, also ganz etwas anderes, in Charlottenburg gibt. Diese Fritschstraße ist eine Privatstraße innerhalb eines Beamtenwohnungsvereinsgeländes, die nach dem Förderer dieser alten Beamtsiedlung benannt worden ist. Der Herr lebt noch, er ist 83 Jahre alt und würde es schmerzlich empfinden, wenn man jetzt den Namen umändert.

Ich möchte nun nur ganz kurz ein paar Worte sagen. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu früheren Verhandlungen über Straßenumbenennungen ist im Ausschuß jede politische Debatte fortgefallen. Wir haben uns dort rein fachlich über die Dinge unterhalten, und es war erfreulich, daß auch bei einer solchen Gelegenheit, wo evtl. die politische Leidenschaft aufgepeitscht werden konnte, das im Ausschuß unterblieb, und ja auch hier im wesentlichen unterblieben ist, trotz des Antrages, den der Herr Kollege Baartz gestellt hat. Wenn man damit das vergleicht, was wir früher bei ähnlichen Gelegenheiten hier erlebt haben, so muß man sagen, die Dinge haben sich auch hier konsolidiert.

(Stadtv. Baartz: Wenn die Sache erst zu den Bezirken kommt, dann geht es ja erst los!)

Meine Damen und Herren! Zu dem Antrage, eine Straße Hugo-Preuß-Straße zu benennen, möchte ich sagen: es hat doch wirklich keinen Zweck, die Weimarer Verfassung gegen die Verfassung von 1871 oder umgekehrt auszuspielen. Die Verfassung von 1871 war zweifellos für ihre Zeit eine ganz außerordentliche Leistung, und das Deutsche Reich hat unter ihr sehr gut leben können. Ihr besonderer Vorzug lag in ihrer außerordentlichen Schmiegsamkeit, die für die fortschreitende Unitarisierung nicht die geringste Hinderung brachte. Wie aber die Weimarer Verfassung auch gewertet werden mag und wie sie in Zukunft entwickelt werden mag, – daß der ursprüngliche Schöpfer dieser Verfassung, der, der den ersten Entwurf gemacht hat, damit in die deutsche Geschichte eingegangen ist, darüber kann doch kein Zweifel sein.

(Sehr richtig!)

Wenn man von der Weimarer Verfassung sprechen wird, und das wird man unbedingt in Deutschland und über Deutschland hinaus oft tun, dann wird der Name Hugo Preuß dabei genannt werden. Darüber kann gar kein Zweifel sein, und deshalb glaube ich, daß auch derjenige, der an der Weimarer Verfassung vieles zu tadeln hat und der überzeugt ist, daß diese Verfassung in vieler Beziehung verbesserungsfähig und –bedürftig ist, das Verdienst anerkennen wird. Daß diese Verfassung in vieler Beziehung verbesserungsfähig und –bedürftig ist, darüber glaube ich, ist man sich jetzt ziemlich einig. Es ist auch gar nicht anders möglich bei einem Werk, das in einer so schweren Zeit entstanden ist, das tatsächlich ein Notwerk gewesen ist und das nun schon bei wesentlich veränderten Verhältnissen eine lange Reihe von Jahren besteht. Ich meine, das ändert an dem Verdienst derjenigen, die damals an der Verfassung gearbeitet haben, nicht das geringste.

(Sehr richtig! – Bravorufe.)

Ich kann auch nicht finden, daß die doch nicht so überaus zahlreichen Anwohner der Luisenstraße und der Neuen Wilhelmstraße dadurch besonders gestört werden. Im übrigen möchte ich sagen; das, was der Herr Vertreter der Wirtschaftspartei gesagt hat, trifft doch nicht zu, daß jetzt jemand die Idee hat, daß nun innerhalb eines halben Jahres etwa die sämtlichen Straßen, die im Verzeichnis vorhanden sind, umgeändert werden. Das ist ja technisch gar nicht möglich. Also, die Herrschaften bekommen Zeit, sich allmählich in die veränderte Sache hineinzufinden. Aber an manchen Stellen ist eine Änderung unter allen Umständen erforderlich. Es geht nicht mit der Blumenthalstraße in Berlin O und der Blumenthalstraße in Berlin W. Wer soll denn das unterscheiden? Es geht nicht mit den 50 Bahnhofstraßen, mit den ebenso vielen Berliner Straßen usw., auch wenn man gewöhnt ist, sein Postamt immer hinzuschreiben. Ich habe Ihnen ja den Fall von mir erwähnt. Ich schreibe immer mein Postamt, und es kommen doch dauernd solche Verwechslungen vor.

Die Kosten sind, wenn die Sache sich etwa auf 10 Jahre verteilt – damit muß man schließlich rechnen –, weder für die Stadt noch für die Beteiligten so hoch, daß sie nicht getragen werden können. Ich glaube, wenn der Magistrat nach Anhörung der Bezirksämter jetzt allmählich an diese Sache herangeht, dann wird er sich um den Berliner Verkehr verdient machen.

(Beifall bei der D.(eutschen) Volkspartei.)

Vorst. Haß: Die Beratung ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Kollege Koch das Wort.

Stadtv. Koch (DN.) (persönliche Bemerkung): Meinem verehrten Gegenkämpfer, Herrn Adolf Hoffmann, möchte ich erwidern, daß ihm sonach geradezu ein bißchen das Gedächtnis zu verlassen scheint. Er irt sich ganz bedeutend, wenn er annimmt, daß ich im Ausschuß für alle diese Anträge gestimmt habe. Im Unterausschuß haben wir sogar wie gar nicht abgestimmt. Ein Unterausschuß ist auch gar nicht dazu berufen, Abstimmungen vorzunehmen.

(Zuruf des Stadtv. Hoffmann.)

sondern nur das Material für den Ausschuß vorzubereiten. Aber im Hauptausschuß habe ich persönlich gegen diese Anträge gestimmt. Also, Herr Hoffmann hat sich in dieser Beziehung geirrt, was ja schon öfter vorgekommen sein soll.

(Zuruf des Stadtv. Hoffmann.)

Vorst. Haß: Wir kommen zur Abstimmung. Darf ich Ihnen sagen, wie ich abzustimmen gedenke. Ich bitte aber einen Augenblick um Aufmerksamkeit.

Zunächst kommt zu a) der Ausschlußbeschluß in Drucks. 190:

"Die Luisenstraße und die Neue Wilhelmstraße in Berlin-Mitte sind als ein Straßenzug anzusehen und in "Hugo-Preuß-Straße" umzubenennen."

Dazu liegt ein Abänderungsantrag des Herrn Merten und Parteifreunde vor:

"Es wird beantragt, den Beschluß des Ausschusses dahin zu ändern, daß nur die Neue Wilhelmstraße den Namen Hugo-Preuß-Straße erhält."

Dann liegen 3 Anträge zu dem Ausschlußbeschluß unter b) vor.

(Große Unruhe. – Glocke.)

Ich bitte aufzumerken. – Während der Ausschlußbeschluß –

(Dauernd Unruhe und Gespräche.)

Ich bitte doch zuzuhören.

(Glocke.)

– Herr Kollege Loewy [12], lassen Sie doch jetzt mal einen Augenblick das Reden sein! –

Während unter I b) der Ausschlußbeschluß will, dass grundsätzlich zugestimmt wird und die Bezirksämter um Vorschläge ersucht werden sollen, will der Antrag Lüdicke, Koch und der übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion folgendes:

"Der Magistrat wird ersucht, wegen der in der anliegenden Liste zur Umbenennung vorgeschlagenen Straßen und Plätze die Bezirksämter zu befragen und um Vorschläge zu ersuchen."

Dann liegt ein Abänderungsantrag der Herrn Schwarz und Parteifr. zu b) vor:

"Wir beantragen, im Verzeichnis der umzubenennenden Straßen zu streichen: Rathenau- und Fritschstraße."

Dann würde ich abstimmen lassen über den Beschluß des Ausschusses zu b) und dann über den letzten selbständigen Antrag, den Antrag der Herren Baartz u. Genossen:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, bei Gelegenheit der Straßenumbenennungen alle Straßennamen innerhalb Groß-Berlins, die an das frühere monarchistische Regime erinnern, durch andere der neueren Zeit entsprechende zu ersetzen."

Wird gegen diesen Abstimmungsmodus etwas eingewendet?

(Stadtv. Koch: Dann kommt noch III!)

Also wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst unter a) der Antrag Merten und Parteifreunde, nur die Neue Wilhelmstraße mit dem Namen Hugo-Preuß-Straße zu benennen.

Wer dafür ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun kommt der Ausschlußbeschluß zu a) der Drucksache 190.

Wer diesem Ausschlußbeschluß zustimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit der Versammlung. Der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Nun der Antrag Lüdicke, Koch und der übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion zu I b):

"Der Magistrat wird ersucht, wegen der in der anliegenden Liste zur Umbenennung vorgeschlagenen Straßen und Plätze die Bezirksämter zu befragen und um Vorschläge zu ersuchen."

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist nach meiner Ueberzeugung der erste Teil zu b) des Ausschlußbeschlusses gefallen.

(Rechts: Sehr richtig!) (Widerspruch links.)

Ich habe extra darauf aufmerksam gemacht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Schwarz und Parteifreunde, also die Rathenaustraße und die Fritschstraße zu streichen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Das erstere war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

(Unruhe. – Glocke.)

Ich bitte aber einen Augenblick um Ruhe.

Wir kommen nun zur Abstimmung unter II. Dazu liegt zunächst der Abänderungsantrag Baartz und Gen. vor, den ich vorhin verlesen habe. Ich glaube, ich brauche ihn nicht noch einmal zu verlesen.

(Zurufe.)

Schön, dann verlese ich ihn noch einmal.

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, bei Gelegenheit der Straßenumbenennungen alle Straßennamen innerhalb Groß-Berlins, die an das frühere monarchistische Regime erinnern, durch andere der neueren Zeit entsprechende zu ersetzen."

(...)

Nun kommt der selbständige Antrag des Herrn Baartz, den ich eben nochmals verlesen habe, den wir nun alle kennen. Wer diesem Antrage zustimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit der Versammlung. Der Antrag ist angenommen.

Nun ist der Antrag gestellt worden, gemäß § 19 der Geschäftsordnung eine dritte Lesung vorzunehmen.

Die Versammlung kann das nach § 19 beschließen, wenn Abänderungsanträge angenommen sind. Das ist der Fall. Wer also für eine dritte Lesung ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. Die dritte Lesung ist beschlossen.

Quelle: Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin Jahrgang 1927, Berlin 1928, S. 248-255.

Amtlicher stenographischer Bericht über die
Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 7. April 1927. 13. Sitzung

Vorst.-Stellv. Fabian [13]: (...)

Wir kommen dann zu Punkt 7 der Tagesordnung:

III. Beratung der Anträge der Stadtv. Czerninski u. Genossen

a) betr. Umbenennung einer Straße in Hugo-Preuß-Straße; – Drucks. 108 v. 26 u. 190a –

b) betr. Umbenennung der mehrfach vorhandenen Namen von Straßen und Plätzen Berlins – Drucks. 139 v. 26 u. 190b –

Das Wort hat Herr Merten.

(Zuruf des Stadtv. Loewy: Anträge sind eingegangen!)

Einen Augenblick, ich möchte noch einen Antrag bekanntgeben. Es ist der Antrag von den Herren Czerninski u. Gen. eingegangen:

„Zum Tagesordnungspunkt 7 wird beantragt, entgegen dem Beschluß zweiter Lesung zu I b erster Absatz: Die Rathenauallee und Fritschstraße wieder in das Verzeichnis einzufügen, zu I b zweiter Absatz: den Ausschlußbeschluß wieder herzustellen.“

Stadtv. Merten: Meine Damen und Herren!

Ich habe bereits in der zweiten Lesung dieser Vorlage namens meiner Freunde die Bitte ausgesprochen, mit dem Namen "Hugo-Preuß-Straße" nur die Neue Wilhelmstraße zu belegen und die Luisenstraße mit dem alten Namen zu belassen. Inzwischen sind die Gründe, die mich damals veranlaßten, das zu fordern, für uns nur noch stärker geworden. Ich will auf das eigenartige Vorkommnis, das wir mit der Eingabe der Charité erlebt haben, nicht eingehen.

(Zuruf: Na also!)

Ich habe auch darauf in meinen ersten Ausführungen gar nicht verwiesen. Was aber inzwischen stärker in die Erscheinung getreten ist, das ist das Interesse der dort ansässigen Industrien und Firmen an der Aufrechterhaltung des Namen "Luisenstraße".

In der Luisenstraße sind die Industrien entstanden und groß geworden, die die gesamte Chirurgie mit Instrumenten versorgen.

(Stadtv. Bamberg [14]: Sehr richtig!)

Das ist eine Industrie und eine Branche, die Sie sonst kaum irgendwo in Berlin so dicht aneinandergedrängt finden.

(Stadtv. Bamberg: Sehr richtig!)

Diese Industrien haben einen hervorragenden Ruf nicht bloß in Deutschland, sondern auch im Auslande. Mir ist von einem bedeutenden Manne gesagt worden, daß oft genug fremde Käufer nach Berlin kommen und nichts weiter wissen, als daß eine Firma Sowieso in der Luisenstraße ihr Domizil hat. Diese Industrien mit ihrem ganzen Renomee, mit ihrer ganzen Geschäftsausdehnung sind auf das engste verknüpft mit der Luisenstraße, und deswegen glauben die Fabrikanten, die Geschäfts- und Kaufleute, daß, wenn man den Namen "Luisenstraße" beseitigt, es nicht im Interesse der Stadt und nicht im Interesse einer so blühenden Industrie liegen würde, ganz abgesehen von den Einsprüchen, die aus den Kreisen der Grundbesitzer und aus den Kreisen der Gewerbetreibenden kommen werden.

Meine Damen und Herren, der Name Hugo Preuß in Ehren! Wir freuen uns und sind der Versammlung dankbar, wenn sie den Schöpfer der Reichsverfassung in dieser Weise im alten Berlin ehrt. Aber ich glaube, daß auch die Neue Wilhelmstraße allein die Ehrung voll zum Ausdruck bringt, und deswegen bitten wir, nehmen Sie in letzter Minute Rücksicht auf die berechtigten Interessen, die wir nicht willkürlich und über die Gebühr verletzen dürfen.

(Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Stadtv. Dr. Caspari (V.): Meine Damen und Herren!

Ich schließe mich zunächst den Ausführungen des Herrn Kollegen Merten vollinhaltlich an. Ich glaube, wenn der Vertreter der Partei, die Hugo Preuß doch schließlich am nächsten gestanden hat, damit einverstanden ist, daß nur die Neue Wilhelmstraße als Hugo-Preuß-Straße benannt wird, dann besteht für die Versammlung kein Anlaß, darüber hinwegzugehen und berechnete Interessen, die bei Geschäftsleuten in der Luisenstraße bestehen, zu ignorieren.

Ich habe weiter den Antrag gestellt, den Punkt III in den Beschlüssen zweiter Lesung zu streichen, in dem es heißt, daß alle an die Monarchie erinnernden Straßennamen [!] – oder so ähnlich heißt es – gestrichen werden. Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, würden wir zu unserem Bedauern gegen die gesamten Anträge stimmen müssen.

(Rechts: Sehr gut!)

Vorst.-Stellv. Fabian: Es ist der Antrag eingelaufen:
 "Im Beschluß 2. Lesung ist Punkt III zu streichen. Dr. Caspari u. Parteifr."
 Das Wort hat Herr Baartz.

Stadtv. Baartz (K.): Meine Damen und Herren!

Ueber die Bedeutung der Luisenstraße für die chirurgische Industrie solche Reden vom Stapel zu lassen, wie es hier vom Führer der Demokratischen Fraktion geschehen ist, bedeutet Politik zu einem Geschäft zu machen.

(Stadtv. Merten: Nanu, erlauben Sie mall)

Die Bedeutung der chirurgischen Industrie in der Luisenstraße ist die einer Reparaturwerkstatt für die längst nach Solingen und anderen berühmten Industrievororten verlegte Industrie.

(Zurufe bei den Demokraten.)

Damit ist nichts an der Geschichte der Luisenstraße, an der Geschichte dieser Geschäfte geändert. Wir nageln das nur fest, wir sind vollkommen uninteressiert, wie lang oder wie kurz Sie die Straße für Ihren Hugo Preuß benennen.

(Bei den Komm.[unisten]: Sehr wahr!)

Ich wollte nur einmal feststellen, wie Sie selber zu Ihrem Mann, zu Hugo Preuß stehen.

(Beifall bei den Komm.[unisten])

Stadtv. Koch (DN.): Meine Damen und Herren!

Zunächst werden sich wohl die Arbeiter der Industrien, die sich in der Luisenstraße aufgetan haben, bei dem Herrn Arbeiterführer Baartz dafür bedanken.

(Stadtv. Baartz: Wo sind Industrien in der Luisenstraße?)

daß er sie herabgesetzt hat zu Arbeitern, die in einer Industrie tätig sind, in der nur noch Reparaturen ausgeführt werden.

(Sehr richtig! rechts. – Zurufe bei den Komm.[unisten])

Wer gerade die Industrie in der medizinischen Wissenschaft, die sich in der Luisenstraße niedergelassen hat, kennt, der weiß, welche Weltbedeutung diese Industrie allmählich gewonnen hat.

(Zuruf bei den Komm.: Wo sind denn die Industrien in der Luisenstraße?)

In den Weltkatalogen der medizinischen Wissenschaften sind all diese Betriebe als in der Luisenstraße befindlich verzeichnet.

(Zuruf bei den Komm.: Verkaufsstellen aber keine Industrie!)

Meine Damen und Herren! Ferner aber habe ich darauf hinzuweisen, daß nicht nur von dieser Industrie, sondern auch aus weiten Kreisen der Bürgerschaft Einspruch erhoben worden ist. Man kann in der Stadtverordnetenversammlung nicht an einer Petition achtlos vorübergehen, die im Handumdrehen 5.200 Unterschriften erzielt hat.

(Hört, hört!)

Das ist die Petition aus dem Bezirk Friedrich-Wilhelm-Stadt. Alle diese Leute erheben dagegen Einspruch, daß die Luisenstraße – ohne zu Hugo Preuß Stellung zu nehmen – umbenannt werde. Man kann ferner nicht an einer Eingabe vorübergehen, wie der von der Charitédirektion,

(Zuruf bei den Komm.: Ist ja zurückgezogen!)

ich danke Ihnen für den Zuruf, wobei eine sehr seltsame demokratische Tatsache festgestellt werden kann und muß. Meine Damen und Herren! Die Charitédirektion hat von dem ihr zustehenden Petitionsrechte Gebrauch gemacht. Es war eine der ersten Freiheiten, eine der ersten demokratischen Freiheiten des Jahres 1848, daß den Preußen das Petitionsrecht verliehen wurde. Es ist dem demokratischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorbehalten gewesen, der Charitédirektion dieses Petitionsrecht zu nehmen.

(Hört, hört!)

damit auch das Recht der freien Meinungsäußerung, das der Charitédirektion durch die Reichsverfassung verliehen ist. Das ist ein echt demokratischer Zug dieses auch sonst durch seine seltsame Demokratie bekannten demokratischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Daraufhin hat die Charitédirektion, wie hier schon einmal durch Zuruf bestätigt worden ist, ihre Petition zurückgezogen. Aber die Tatsachen, die in dieser Petition angeführt waren, sind doch nicht aus der Welt zu schaffen.

(Rechts: Sehr richtig!)

und diese Tatsachen enthalten doch vor allen Dingen den Inhalt, daß die Charité auf das äußerste geschädigt wird.

(Zurufe.)

wenn sie sich mit einemmal nicht mehr in der Luisenstraße, wo sie seit hundert Jahren gelegen hat, sondern in der Hugo-Preuß-Straße befindet.

(Zurufe bei den Komm. – Glocke.)

Meine Damen und Herren, desgleichen hat dieser demokratische Kultusminister es fertig bekommen – Herr Adolf Hoffmann würde das nie gemacht haben –

(Heiterkeit.)

auch an die Tierärztliche Hochschule dasselbe Ansinnen zu stellen.

(Rechts: Hört, hört!)

Die Professorenschaft und der Rektor der Tierärztlichen Hochschule haben bis jetzt noch nicht Kotau vor dem demokratischen Minister gemacht und haben ihre Petition noch nicht zurückgezogen. Sie wagen es, gegenüber diesen Vertretern der Wissenschaft doch ihren Beschluß aufrecht zu erhalten. Nun, Sie werden von diesen Vertretern der Wissenschaft die Quittung darüber bekommen.

(Stadtv. Czerninski: Donnerwetter, unerhört!)

Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sich der Charité und der Tierärztlichen Hochschule auch noch andere in der Luisenstraße vertretene Korporationen angeschlossen haben. Insbesondere mache ich auch darauf aufmerksam, daß sich in der Luisenstraße das Langenbeckhaus befindet. Alle diese Institute sind gezwungen, sich aus parteipolitischen Gründen der Berliner Stadtverordnetenversammlung einfach umzustellen.

(Gelächter links. – Zurufe.)

Es kommt des weiteren hinzu, daß in dem Ausschuß, den ich geleitet habe, insbesondere im Unterausschuß, immer gesagt worden ist, daß alte historische Erinnerungen pflegsam behandelt werden sollen. Es gehört zu den alten historischen Erinnerungen, daß man bei der Luisenstraße und der Neuen Wilhelmstraße, gerade in dem Zusammenhange, diese Namen erhält. Meine Damen und Herren, wir schließen uns auch den Protesten, die aus der Neuen Wilhelmstraße gekommen sind, an und wiederholen heute noch einmal die Erklärung, daß wir die Bedeutung des Herrn Hugo Preuß als Mannes der Geschichte noch nicht so festgestellt sehen, wie es in den Kreisen der Demokraten gar zu gerne geschieht,

(Zuruf: Sie werden es niemals begreifen!)

(Glocke.)

denn das Verfassungswerk, weswegen er diese Straße verliehen bekommen soll, ist noch keineswegs abgeschlossen und steht geschichtlich in seiner Bedeutung noch nicht so fest, daß er an einer solch hervorragenden Stelle in dem Straßennamen genannt zu werden verdient.

(Rechts: Sehr wahr!)

Dann komme ich zu dem zweiten Antrage, der in dem Ausschuß abgelehnt worden ist. Wie Ihnen vielleicht noch nicht bekannt ist, handelt es sich bei diesem Antrage der Kommunisten darum, daß alle Straßen, deren Namen an das alte Regime erinnern,

(Zuruf links: Monarchistische Regime!)

die an das monarchistische Regime erinnern, auch umbenannt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Zum Ausschuß waren die Sozialdemokraten geteilter Ansicht.

(Zuruf bei den Soz. [aldemokraten]: Nein, es hat einer gefehlt!)

Z.B. Herr Loewy hat nicht gefehlt, der im Ausschuß gegen diesen Antrag gestimmt hat.

(Stadtv. Loewy: Enthalten!)

(Zuruf links: Immer die Wahrheit sagen!)

Also Herr Dr. Loewy bestätigt mir durch Zuruf, daß er sich der Abstimmung enthalten hat,

(Zuruf des Stadtv. Loewy.)

so daß der Antrag im Ausschuß nicht durchgegangen ist, sondern von den Kommunisten erst hier wiederholt werden mußte.

(Zurufe.)

Aber unter dem Druck des Fraktionszwanges, wie ich mich das vorige Mal überzeugen konnte, haben Herr Dr. Loewy und andere sich hier im Plenum nicht der Abstimmung enthalten, so daß dieser Antrag durchgegangen ist. Es ist etwas anderes, Meine Damen und Herren, wenn man hinter verschlossenen Türen gegen einen Antrag stimmt, dem man aus irgendwelchen Gründen nicht glaubt zustimmen zu können, weil er einem vielleicht nicht vernünftig genug erscheint. Anders ist es aber, vor der Tribüne der Öffentlichkeit als Sozialdemokrat diese aufrechte Gesinnung zu bewahren. Meine Damen und Herren, so ist der Beschluß das vorige Mal zustande gekommen, und ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß, wenn der Beschluß dahin erweitert wird, daß alle Straßen, die an das alte monarchistische System erinnern, umgenannt werden sollen, es sich dann in Groß-Berlin nicht mehr um 2000 sondern um mindestens 6000 Straßenumbenennungen handelt.

(Bei den Komm.: Da können Sie sich ungefähr einen Begriff davon machen!)

Da können Sie sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie das Stadtbild von Berlin nachher aussehen wird.

(Zuruf: Wie es früher vernutzt worden ist!)

(Unruhe. – Glocke.)

Meine Damen und Herren, Sie können beschließen, daß die alten historischen Erinnerungen aus den Straßennamen verschwinden, aber sie schaffen damit die Geschichte nicht aus der Welt.

(Rechts: Sehr wahr!)

(Zurufe bei den Komm.)

Wir erklären, daß wir nunmehr auch gegen die Beschlüsse des Ausschusses stimmen werden, auch gegen die Ueberweisung an die Bezirksämter, wenn Sie von der linken Seite diesen Beschluß aufrecht erhalten.

(...)

Wollen Sie sich dem Gewerbe gegenüber als Freunde erweisen, als die Sie sich manchmal in Worten zeigen, dann lassen Sie auch die Tat hier einmal folgen und nehmen Sie Abstand von diesen Beschlüssen, die Sie in der zweiten Lesung gefaßt haben.

Wir werden also dafür stimmen, daß das ganze Material den Bezirksämtern überwiesen wird, entsprechend dem von meinen Freunden gestellten Antrag. Sollte aber der Antrag der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Fraktion durchgehen,

(Zuruf links: Ist anzunehmen!)

in die Umbenennung auch diejenigen Straßen einzubeziehen, die ein monarchistisches Gepräge in ihrem Namen tragen, so stimmen wir gegen diesen ganzen Antrag und überfassen der Linken allein die Verantwortung für die Verschwendung von städtischen Mitteln.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

(Links: Hu, hu!)

Stadtv. Merten (D.): Meine Damen und Herren!

Man kann manchen Ausführungen des Herrn Kollegen Koch sehr wohl zustimmen. Diese Straßenschilderstürmerei hat wahrhaftig keinen Zweck in unserer Zeit, wo wir mit den Mitteln unserer Steuerzahler sehr sparsam und sehr vorsichtig umgehen sollten,

(Bei den Demokraten: Sehr richtig!)

(Zuruf bei den Komm.: Aber -- ?)

aber wenn der Herr Kollege Koch glaubt, eine Ehrung Hugo Preuß' sei für unsere Zeit noch nicht angebracht, weil das Urteil über die Persönlichkeit des Preuß --

(Zuruf links: Richtet sich nach der Einschätzung der demokratischen Freunde von Preuß!)

– Zu Ihnen komme ich noch! –

(Zuruf des Stadtv. Baartz.)

Wenn Herr Kollege Koch glaubt, die Zeit sei noch nicht gekommen, das Urteil über die Persönlichkeit von Preuß und die Würdigung seines Lebenswerkes stehe noch nicht fest, so wundert mich das doch einigermaßen. Wenn der Herr Preuß nichts weiter im Leben geleistet hätte, als die Weimarer Verfassung zustande gebracht, dann verdient er den Dank des lebenden und aller kommenden Geschlechter.

(Bravo!)

(Widerspruch rechts.)

Jawohl! Und dann, Herr Kollege Koch, ich will Ihnen noch etwas anderes sagen: Daß Sie mit der Verfassung nicht einverstanden sind, ist Ihr gutes Recht, daß Sie es aber heute so hinstellen, als ob es damals im Jahre 1918 überhaupt eine andere Möglichkeit gab, das Deutsche Reich und die deutsche Einheit zu erhalten, wie auf dem Wege der Verfassung, verstehe ich nicht. Das sollten Sie doch ehrlicher Weise zugeben.

(Zurufe links.)

Gerade deswegen sind wir, und mit uns, glaube ich, eine große Mehrheit der Versammlung, der Meinung, die Zeit für eine Ehrung von Hugo Preuß in dem – will ich mal sagen – bescheidenen Sinne, wie wir es vorhaben, ist wirklich gekommen.

(Stadtv. Baartz: Bloß Neue Wilhelmstraße!)

Ja! Nun, mein lieber Herr, Sie scheinen die sehr materielle Auffassung zu haben, daß die Ehrung um so größer ist, je länger die Straße, die man mit dem Namen eines Mannes benennt.

(Stadtv. Baartz: Ist furchtbar wurscht!)

Wenn Ihnen das "furchtbar wurscht" ist, dann verstehe ich nicht, warum Sie soviel Gewicht darauf legen, um Ihre nach Auffassung nicht ganz ausgereifte Auffassung hier zum Vortrag zu bringen. Darauf kommt es wahrhaftig nicht an, ob die Straße, die nach Preuß benannt wird, 20 oder 100 Häuser hat, sondern es kommt darauf an, daß es eine Straße ist, die im Innern der Stadt liegt, die unmittelbar auf die Wilhelmstraße mündet, in der Preuß einst sein Lebenswerk, das Werk der Weimarer Verfassung vollendete. Darauf legen wir Gewicht, und meine Freunde glauben, daß die Neue Wilhelmstraße in dieser Hinsicht ausreichend ist.

Nun muß ich mich aber noch etwas mit den wirtschaftlichen Ausführungen des Herrn Baartz befassen. Wie jemand die hervorragenden Geschäfte in der Luisenstraße, die einen Weltruf bei Gelehrten und Me-

diziniern in allen Kulturländern genießen, als "Reparaturwerkstätten" bezeichnen kann, ist mir in der Tat unerfindlich.

(Zurufe des Stadtv. Baartz.)

Herr Baartz, das kann ich nur darauf zurückführen, daß Sie entweder die Straße nicht kennen oder, wenn Sie sie schon mal gesehen haben, Sie damals noch in so jugendlichem Alter waren, daß Sie kein richtiges Bild, keine zutreffende Auffassung von den Geschäften gewinnen konnten.

(Stadtv. Baartz: Sie sind als Oberregierungsrat ein tüchtiger Schulmeister geblieben!)

Ich bin in der Lage gewesen, ein Menschenalter während meiner Berliner Tätigkeit in unmittelbarer Nachbarschaft der Luisenstraße zuzubringen und jede Entwicklung zu beobachten.

(Stadtv. Fritz Lange: Herr Merten, Herr Baartz war noch nicht in tierärztlicher Behandlung!)

Nein, mein Lieber. Diese Zeit, wo jemand aus der Versammlung mal tierärztlich behandelt wird, ist vielleicht nicht mehr fern, und dazu sucht man sich wahrscheinlich dann diejenigen aus, die die meisten viehischen Manieren haben.

(Rechts und bei den Demokraten: Sehr gut! Bravo! Sehr richtig!)

(Große Heiterkeit.)

Stadtv. Loewy (S.): Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben einen unpolitischen Antrag eingebracht und haben die ganze Zeit die Sache nur unpolitisch behandelt.

(Zuruf rechts: Bis zur zweiten Lesung!)

Die Sache über die Straßenumbenennung auf das politische Gebiet zu bringen, war den rechten Parteien vorbehalten.

Wir können auch gar nicht davon reden, daß die Umbenennung der Stadt hier etwa Millionen kostet. Das sind Behauptungen, die tatsächlich der Prüfung nicht standhalten werden. Es wird sich kaum um 100.000 M handeln.

(Zuruf rechts: 100 Millionen!)

Dann ist davon die Rede, daß bei Aufrechterhaltung des Beschlusses zu III sich die Zahl der Straßen in 6.000 umwandeln würde. Das würde vielleicht dann der Fall sein, wenn Sie der Meinung sind, man müßte bei Durchführung des Antrages in Zukunft auch die Friedrichstraße oder die Charlottenstraße abschaffen. Daran denkt keiner von uns. Wenn ich den Namen Friedrichstraße oder ähnliche Straßennamen höre, denke ich in diesem Augenblick gar nicht daran, daß sie nach Friedrich I. benannt ist oder nach sonst wem. Viele wissen nicht, nach welchem Friedrich, Karl oder August die Straßen benannt worden sind. Also das ist für uns keine politische Angelegenheit, die wichtig ist.

Nun wird uns damit graulich gemacht, was das die Geschäftsleute kostet. Meine Damen und Herren, ich nehme an, das wird jedem Geschäftsmann, der beteiligt ist, 1,50 bis 2,50 M kosten, je nach der Größe des Gummistempels, der angeschafft werden muß, um auf dem Briefbogen die Sache zu bezeichnen. Wenn heute die Reichspost neue Telephonämter einführt, so kann die Bevölkerung dagegen gar nichts machen.

(Bei den Soz. [i]aldemokraten): Sehr richtig!)

sie weiß eben, das Amt heißt von heute ab nicht mehr "Zentrum", sondern "Hasenheide" oder weiß ich wie. Da wird auf dem Briefbogen ein Stempel gesetzt, und damit ist die Sache für die Gewerbetreibenden erledigt.

Das zu der allgemeinen Geschichte.

Nun haben wir allerdings grundsätzlich einen Wunsch gehabt, der war, Straßenzüge, die durchlaufen, nicht verschieden zu benennen. Wir haben den Grundsatz, der im Interesse der ganze Bevölkerung liegt, daß ein Straßenzug, der hintereinander liegt, nicht 12 verschiedene Namen hat, wie es beim Spreeufer der Fall ist und von der Weidendammer Brücke bis zum Spittelmarkt. Das ist bei vielen Fällen so. Alle solche Straßen sind einheitlich zu benennen. Daß aber jedenfalls die Neue Wilhelmstraße und die Luisenstraße an sich nur eine Straße sind, wird nicht gut bezweifelt werden können. Deswegen sind wir der Meinung, man soll hier, wo wir in einem Falle nach dem Wunsche der Mehrheit der Versammlung einen Toten ehren, nun auch dann den ganzen Straßenzug nach ihm benennen.

Nun allerdings wird hier die schreckliche Drohung ausgesprochen. Warum die Charitédirektion ursprünglich Widerspruch erhoben hat, weiß ich nicht. Die Charité hat doch schließlich nur einen Nebenausgang in der Luisenstraße, und kein Mensch, den man fragt, wo die Charité liegt, sagt: die Charité liegt in der Luisenstraße. Wenn man die Charité in Berlin sucht, weiß jeder Berliner, wo sie liegt und sucht nicht lange, ob der Ausgang in der Luisenstraße sein könnte.

Aber, Herr Koch, ich glaube, Ihr Standpunkt ist grundsätzlich nicht richtig. Jeder Preuße hat das Recht der Petition, aber in seiner Eigenschaft als Beamter hat er nur die Interessen seines Amtes zu vertreten.

(Rechts: Aha!)

Wenn der Direktor persönlich Deutschnational ist, darf er seine reaktionären Gründe in einer persönlichen Petition geltend machen, aber als Beamter muß er tun, was sein Amt verlangt. Er hat zweifellos gegen die Interessen seines Amtes gehandelt.

(Stadtv. Koch: Daher Republik!)

(Zurufe auf beiden Seiten des Hauses.)

Bei den Professoren der Tierärztlichen Hochschule gebe ich Ihnen zu, es kann sein, daß die Herren so verärgert sind, daß es auf die Behandlung der Patienten in Zukunft zurückwirkt, aber da sich ja unter den Patienten der Tierärztlichen Hochschule nur die Wähler der Rechtsparteien befinden, so läßt uns das kalt.

(Rechts: Oho!)

(Heiterkeit links.)

Wir haben in der vorigen Sitzung für den Antrag gestimmt, die Sache an die Bezirksämter gehen zu lassen, weil wir der irrthümlichen Meinung waren, die Deutschnationalen bezweckten mit ihrem Antrag zunächst die Bezirksämter zu hören, denn die Durchführung soll ja auch nach unserer Meinung durch die Bezirksämter geschehen. Da uns aber hinterher mitgeteilt worden ist, daß die Deutschnationalen etwas ganz anderes mit ihrem Antrage bezwecken, daß sie unsern Beschluß über die Aufhebung bisheriger Straßennamen überhaupt nicht zulassen wollen, sind wir nunmehr gezwungen, gegen diesen Antrag zu stimmen. Unser Antrag geht jedenfalls, abgesehen von der Hugo-Preuß-Straße im übrigen nur dahin, im Interesse der Berliner Bevölkerung und im Interesse der gesamten Berliner darin Ordnung zu schaffen und dafür zu sorgen, daß jeder Straßename in Berlin nur einmal vorkommt, damit man nicht, wenn man einen bestimmten Straßennamen hört, erst suchen muß, welcher der 20 Straßennamen gemeint ist. Bei diesem unseren grundsätzlichen Standpunkt sind wir auch gezwungen, den Antrag der Volkspartei, der in zweiter Lesung angenommen worden ist, nicht aufrecht erhalten zu lassen. Wir haben deshalb von uns aus den Antrag eingebracht, die Rathenauallee in Grunewald wieder zu beseitigen. Selbstverständlich, das brauche ich wohl nicht erst zu betonen, ist in meiner Partei niemand, der einer Ehrung von Walter Rathenau widersprechen würde. Nachdem wir aber an anderer Stelle bereits die Rathenaustraße haben, können wir nach unserm grundsätzlichen Standpunkt nicht in Grunewald eine zweite Rathenaustraße bestehen lassen.

(Stadtv. Caspari: Sie heißt doch nicht Rathenaustraße, sondern Rathenauallee!)

Schön, Rathenauallee. Wir haben im Ausschuß immer gesagt, Straße, Allee, Promenade und dergleichen dürfen nur zweimal vorhanden sein, wenn die eine Straße die Fortsetzung der andern ist, nicht aber, wenn die eine in Schöneeweide liegt, die andere in Grunewald. Diese Verwechslungsmöglichkeiten wollen wir beseitigen, und deswegen treten wir für die Anträge ein, die wir uns erlaubt haben einzubringen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorst.-Stellv. Fabian: Herr Loewy, es ist mir mitgeteilt worden, daß Sie die Wendung gebraucht haben: "Unter den Patienten der Tierärztlichen Hochschule befinden sich die Wähler der Rechtsparteien." Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Stadtv. Baartz (K.): Man könnte ja die Diskussion über die Tierärztliche Hochschule immer noch weiter fortführen. Ich verzichte darauf. Zu viehischen Manieren im Grunzen und sonstigen Dingen kann man eben nicht sprechen. Wenn man allerdings als aufrechter Demokrat mal so und mal so kann, so kann und so muß man dazu sprechen.

Ich wundere mich darüber, daß auf der einen Seite hier die Freunde des jetzigen Staates bejammern, daß man den Beamten der Charité das Petitionsrecht nimmt und auf der andern Seite diese furchtbar aufrechten Demokraten sofort umfallen, sobald es mal von oben winkt, daß sie sich dann ihr Petitionsrecht nehmen lassen und man als Republikaner dann sagt: ja als Beamte seid ihr eben keine Demokraten, keine Republikaner mehr. Aus dieser Demokratie finde sich noch jemand heraus, das ist nicht ganz so einfach. Interessant ist für uns aus den Mitteilungen des Pastors Koch gewesen, daß die Charité in Berlin nicht so berühmt ist wie die Luisenstraße. Nach der Eingabe der Direktion der Charité und der warmen Hingabe, mit der sich Pastor Koch für diese Eingabe einsetzt, ist die Charité, wenn die Luisenstraße verschwindet, einfach nicht mehr zu finden, weil sie dann eben wahrscheinlich nicht mehr bekannt und berühmt ist, sondern weil sie dann aus vielen Gründen, die uns ja allen bekannt sind, berüchtigt ist.

Nun fachlich. In meiner ersten Jugend, aus der ich so langsam heraus bin, habe ich mir sagen lassen, daß das Hauptgeschäft, das chirurgische Instrumente herstellt, Hauptner, seit langem in Solingen ist, und daß das jetzige Geschäft von Hauptner, das noch in der Luisenstraße besteht, weiter nichts ist als ein Umschlagsplatz, eine Handelsstelle. Da von einer blühenden Industrie zu sprechen, ist wahrscheinlich etwas anderes. "Blühend" ist ein Wort, das man gebrauchen darf, ohne einen Ordnungsruf zu bekommen. Wo ist Winkler geblieben, die zweite berühmte Firma? Wo ist das Medizinische Warenhaus geblieben, wo ist Kahm geblieben, wo ist Leitz geblieben? Sie alle von der großen blühenden Industrie sind weg. Es ist

eben nichts weiter mehr vorhanden als die Umschlagsgeschäfte. Das sind all die Geschäfte, die jetzt nun nicht mehr 2 M für einen Gummistempel übrig haben.

Wenn nun von seiten des Kollegen Koch gedroht wird, daß, wenn der Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Beseitigung der monarchistischen Straßennamen, der ursprünglich von uns eingereicht war, angenommen würde, dann statt 2.000 etwa 6.000 Namen in Berlin umgeändert werden müßten, so kann man sich denken, was für eine blöde Masse von Byzantinismus sich in den Straßen Berlins umhertreibt.

(Bei den Kommunisten): Sehr wahr!

Wir fürchten uns vor allem nicht vor der Drohung mit dem Landtag. Wir haben ja gesehen, was die Freunde der Rechten dieses Hauses von selbst, ohne daß diese große weltbewegende Geschichte der Straßenumbenennung auf der Tagesordnung stand, gegen den Finanzausgleich vorgebracht haben, wie sie in einer Art und Weise als frühere Berliner Stadtverordnete gegen Berlin, ihre Heimatstadt, die sie ja immer mit großem Schwulst preisen, gehetzt haben, wie es schlimmer wahrscheinlich nirgend geschehen kann.

(Bei den Kommunisten): Sehr wahr!

Von den Steuerlasten wird gesprochen, die man dem Gewerbe damit auferlegt. Ja zum Kuckuck, wer ist denn das, der die neuen Straßenschilder herstellt, wer ist es denn, der die Gummistempel herstellt, wer ist es denn, - -

(Zuruf: Anschaffungsamt!)

- Soviel Anschaffungsämter gibt es ja gar nicht.

(Zuruf: Anschaffungsamt!)

Wenn Sie es einmal sagen, höre ich das ja! -

- wer ist es denn, der die neue Telephonbücher druckt, die die Reichspost herausgibt? Ist das nicht das Gewerbe, das durch diese Sache Brot bekommt? Wenn Sie demagogisch sind, müssen Sie ein bißchen demagogisch sein und nicht zu toll, sonst merkt das jeder gleich.

Im übrigen ist noch zu Hugo Preuß nachzutragen:

Ob wir materialistisch sind oder nicht, das soll man vergleichen an Kollegen Merten und mir. Wir unterscheiden uns ja noch eine ganze Menge außer im Materialismus. Ich möchte nur in diesem Augenblick feststellen, daß ich gesagt habe: uns ist es fruchtbar wurscht, wie groß, wie lang, wie breit die Straße ist, die Sie nach Ihrem Parteikollegen Hugo Preuß benennen. Wie haben Sie denn Hugo Preuß zu seinen Lebzeiten in der Partei behandelt, Hugo Preuß den theoretischen Demokraten von wirklicher Konsequenz? Er hat mit Rücksicht auf die Geschäftemacher hinter den Kulissen immer im Landtag bleiben müssen. Obgleich er einer der fähigsten Köpfe war, konnte er nie Reichstagsabgeordneter werden, weil das Durchführen der wirklich konsequenten Demokratie, wie er sie auffaßte dem Kapital und den Geschäftemachern des Kapitals natürlich manche Summe gekostet hätte, die sie nicht opfern wollten, weil die viel klüger waren, weil sie wußten, was Demokratie bedeutet: Umnebelung der Gehirne der Massen, nicht wahr, um ihnen etwas vorzutäuschen, was niemals da sein wird!

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Stadtv. Hake [15] (W.): Meine Damen und Herren! Was die Umbenennung der 2.040 Straßen - Drucks. 139 von 1926 - anbelangt, so ist schon ausgeführt worden, daß dies in der jetzigen Zeit gerade den Gewerbetreibenden sehr ungelegen kommt, weil die Veränderungen nicht mit einem Gummistempel abgetan sind, wie hier gesagt wird. 1,50 M sagt Herr Kollege Loewy, Herr Baartz sagt 2 M, er ist schon 50 Pfennige teurer geworden. Sie alle wissen ja, daß derartige Umstellungen nicht mit dem Gummistempel abgetan sind.

(Unruhe. - Glocke.)

Bei einer anständigen Firma müssen die ganzen etwaigen Drucksachen, Kataloge usw. neu gedruckt werden, und das kostet in die Tausende. Außerdem, meine verehrten Damen und Herren, muß letzten Endes der Kundschaft Mitteilung gemacht werden, und Herr Dr. Loewy wird seine Klienten evtl. auch benachrichtigen müssen, daß er nicht mehr in dieser Straße wohnt, sondern in einer anderen sich jetzt das Büro befindet.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, die Umbenennung selbst kostet dem Magistrat in die Millionen. Darüber, wie über diese Sache die Bürgerschaft denkt, möchte ich hier ein kleines Beispiel anführen. In unserer letzten Versammlung der Schneiderinnung Berlins ist die Sache zur Sprache gekommen.

(Stadtv. Czerninski: Schon faul!)

Das ist gar nicht faul. Da war natürlich die Entrüstung sehr stark. Da gesagt wurde, daß die Umbenennung über 2 Millionen kostete, wurde verlangt, daß diese vom Gewerbesteuer-sollbetrag abgesetzt werden, und zwar solange, bis der Magistrat in der Lage ist, ohne Erhöhung oder Neufestsetzung irgendeiner Steuer die Sache aus seinen eigenen Mitteln selbst vorzunehmen, da er die Gewerbetreibenden nicht noch dafür bestrafen kann, daß 2.040 Straßen geändert werden müssen.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Sache ist durch die Presse gegangen, und ich kann Ihnen hier erklären, daß derartig viele Zuschriften und unzählige Telefongespräche von andern Organisationen bei uns eingelaufen sind, die genau in demselben Sinne wie wir eine Petition an den Magistrat Berlin richten. Wir fordern daher und wünschen, daß die Genehmigung der Umbenennung der 2.040 Straßen solange zurückgesetzt wird, bis nicht mehr, wie jetzt, 24 Millionen Defizit im Haushaltsplan vorhanden sind. Es kann geschehen, wenn wir uns den Luxus leisten können, aber nicht in einer Zeit des gewerblichen Niederganges.

Stadtv. Koch (DN.): Meine Damen und Herren!

Nur noch wenige Worte der Erwiderung an Herrn Kollegen Merten.

Herr Kollege Merten hat aus meinen Worten etwas herausgehört, was ich nicht gesagt habe und nicht habe sagen wollen. Ich habe mich nicht hier in der Versammlung politisch mit Ihnen über das Verfassungswerk von Hugo Preuß unterhalten wollen.

(Stadtv. Merten: Ueber die Persönlichkeit!)

Ich habe über die Persönlichkeit gesprochen, aber nicht das, was Sie, Herr Kollege Merten, nachher ausführten. Wenn ich über die Verfassung, die Hugo Preuß für das Reich entworfen hat, hätte sprechen wollen, dann hätte ich bestimmt gesagt, daß unendlich viel in dieser Verfassung von meinen Freunden geteilt und angenommen wird. Das ist aber nicht das Lebenswerk von Hugo Preuß, sondern das ist das Lebenswerk von Bismarck.

(Zurufe bei den Demokraten und der Linken.)

Was er von Bismarck übernommen hat, ist gut, was Hugo Preuß hineingebracht hat, unterliegt der Kritik. Insbesondere unterliegt der Kritik das, was dieser Preuß und preußische Abgeordnete Herr Preuß in die Reichsverfassung hineingebracht, nämlich was er damit dem Lande Preußen und den Ländern an Rechten genommen hat.

(Stadtv. Fritz Lange [16]: Herr Koch, Sie singen doch sonst immer: "Ich bin ein Preuße, kennt Ihr meine Farben!")

Meine Damen und Herren, alles andere was von Herrn Kollegen Loewy hier gesagt worden ist, trifft ja ebenfalls nicht das, was ich hier gesagt habe. Herr Kollege Loewy und Herr Kollege Baartz, es ist diese Geschichte mit einem Gummistempel nicht abgetan. Es war vielleicht möglich, daß in einer früheren Zeit unserer Republik mit einem Stempel leicht die Firma geändert werden konnte, insbesondere am 9. November 1918

(Zurufe. – Lärm. – Glocke.)

(Zuruf links: Die alte Firma war erfoschen!)

(Stadtv. Hoffmann: Ihr habt's ja ohne Gummistempel gemacht!)

Meine Damen und Herren, schreien Sie doch nicht, wenn Sie sich empfindlich davon getroffen fühlen!

(Stadtv. Hoffmann: Ihr habt die Firma ohne Gummistempel geändert!)

Herr Kollege Hoffmann, was am 9. November 1918 geschehen ist an Umstempelungen ist doch anderer Art.

(Stadtv. Hoffmann: Wo waren Sie da?)

Diese Umstempelung ist nicht so leicht vorzunehmen wie damals.

(Zurufe und Lärm links.)

Vorst.-Stellv. Fabian: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich bitte um Ruhe. Es liegt ein [!] ganze Anzahl von Anträgen vor. Die Ergebnisse der zweiten Lesung sind in der Drucksache 279 zusammengestellt. Ich werde die einzelnen Abänderungsanträge zu den einzelnen Punkten dieser Beschlüsse zur Abstimmung bringen und werde, nachdem die Einzelabstimmung vorübergegangen ist, die Gesamtabstimmung über die Vorlage vornehmen. Ich bitte aufzupassen.

Zu Ia ist beantragt – ich kann es wohl auch so fassen: Luisenstraße zu streichen.

(Stadtv. Merten: Jawohl, einverstanden!)

Wer für die Streichung der Luisenstraße ist, bitte ich, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Das Büro ist zweifelhaft. Ich bitte um Auszählung. Ich bitte die Türen zu schließen.

(Zurufe.)

Herr Fischer und Herr Schalldach werden die Freundlichkeit haben, zu zählen.

(Zurufe.)

Meine Damen und Herren, ich bitte das Abstimmungsgeschäft zu erleichtern und Platz zu nehmen.

Wer für die Streichung der Luisenstraße ist, bitte ich die Hand zu erheben.

(Geschicht.)

(Auszählung.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Auszählung.)

Ich bitte die Türen zu öffnen.

Die Abstimmung ist geschlossen. Der Antrag ist mit 90 gegen 101 Stimmen abgelehnt.

(Zurufe.)

Ich wünschte Ihnen, daß Sie es mal von hier oben beurteilen müßten. Ich glaube, auch Sie werden es nicht genau angeben könne, wenn ein Unterschied von 10 Stimmen vorhanden ist.

(Zurufe.)

Ich fasse mein Amt hier oben so auf, daß ich weder nach links noch nach rechts zu blicken habe, sondern die Entscheidung der Versammlung endgültig feststelle.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Punkt a) in der Fassung der zweiten Lesung. Wer hierfür ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. Es ist die Fassung der zweiten Lesung:

"Die Luisenstraße und die Neue Wilhelmstraße in Berlin-Mitte sind als ein Straßenzug anzusehen und in "Hugo-Preuß-Straße" umzubenennen."

(Abstimmung.)

Das ist dieselbe Mehrheit. Angenommen.

(Zuruf: Mehr!)

Wir kommen zu Punkt b). Hier ist beantragt:

"Zu 1b erster Absatz: Die Rathenauallee und die Fritschstraße wieder in das Verzeichnis einzufügen."

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, die Hand zu erheben.

(Geschicht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

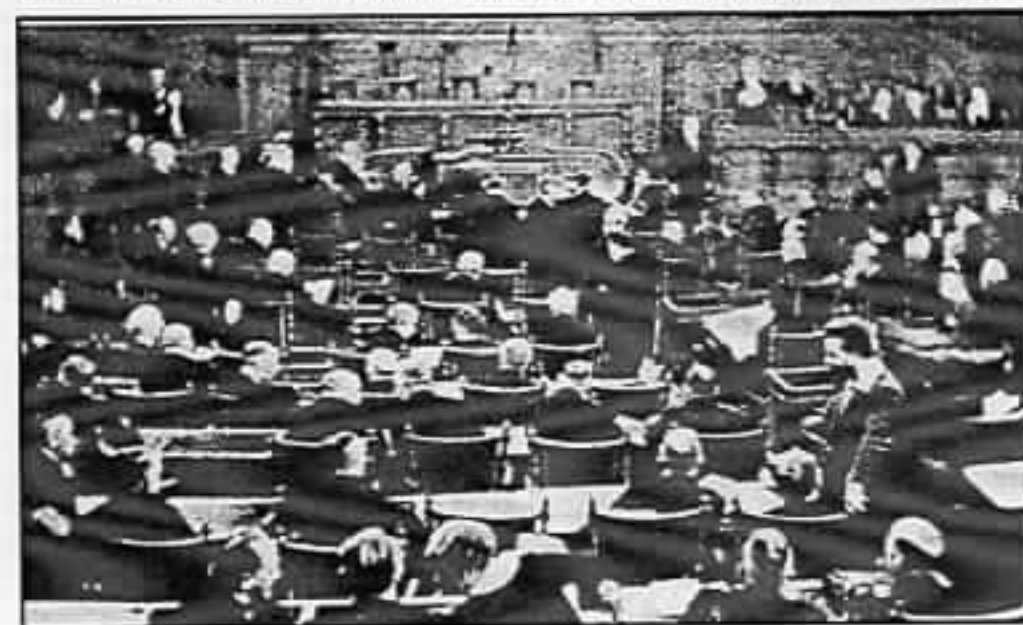
(Geschicht.)

Das letztere war die Mehrheit. Abgelehnt.

(...)

Quelle: Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin Jahrgang 1927, Berlin 1928, S. 300-306.

Blick in den Tagungsraum der Berliner Stadtverordnetenversammlung 1929, Repro nach NBI 22/1967



Die Debatte um eine Hugo-Preuß-Straße in Berlin 1928

289. Vorlage (Tief 4) – zur Beschlußfassung – über die Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers in den Bezirken Mitte und Tiergarten in Hugo-Preuß-Ufer und über die Benennung der neuen Brücke über den Humboldthafen im Zuge dieser Straße mit Hugo-Preuß-Brücke.

In Erledigung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 7. April 1927 – Prot. Nr. 8 – zu I, dem wir am 13. April 1927 zugestimmt hatten, war bei dem Polizeipräsidenten die Umbenennung der Neuen Wilhelmstraße und der Luisenstraße im Bezirk Mitte in Hugo-Preuß-Straße beantragt worden. Infolge der zahlreichen Einsprüche der an dieser Straße ansässigen Geschäfte und Institute hat der Polizeipräsident in Uebereinstimmung mit dem Minister des Innern dem Magistrat gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er der geplanten Umbenennung der Luisenstraße nicht zustimmen könne. Der Umbenennung der Neuen Wilhelmstraße dagegen wolle er stattgeben. Gleichzeitig stellte er anheim, falls die Umbenennung der Neuen Wilhelmstraße allein den Wünschen der städtischen Körperschaften nicht entspreche, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, bevor er die förmliche Ablehnung des gestellten Antrages bezüglich der Luisenstraße ausspreche. Wir haben daraufhin beschlossen, das Friedrich-Karl-Ufer in Hugo-Preuß-Ufer umzubenennen und gleichzeitig auch der neuen Brücke im Zuge dieser Straße über den Humboldthafen, deren Verkehrsübergabe demnächst erfolgen wird, den Namen Hugo-Preuß-Brücke zu geben. Bei der Wahl dieses Straßenzuges gingen wir von einem Antrag des Bezirksamtes Mitte aus, die neue Brücke nach Hugo Preuß zu benennen. Wir hielten es jedoch für notwendig in Uebereinstimmung mit den Richtlinien des Stadtverordnetenausschusses für die Straßenumbenennungen, daß dann auch die Straße, die über diese Brücke hinwegführt, nach der gleichen Persönlichkeit benannt wird. Die hierdurch bedingte Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers erschien unbedenklich, weil sie im ganzen nur 6 Grundstücke betrifft. Trotzdem handelt es sich hier, namentlich in Verbindung mit der neuen Hängebrücke, um einen hervorragenden Straßenzug, der der Bedeutung der zu ehrenden Persönlichkeit entspricht. Der Polizeipräsident hat uns vorbehaltlich der Zustimmung des Ministers des Innern die Genehmigung dieser Umbenennung in Aussicht gestellt.

Wir bitten zu beschließen:

Der Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers in den Bezirken Mitte und Tiergarten in Hugo-Preuß-Ufer und der Benennung der neuen Brücke im Zuge dieser Straße über den Humboldthafen in Hugo-Preuß-Brücke wird zugestimmt.

Berlin, den 20. März 1928.

Magistrat.

Böß Wutzky.

Quelle: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1928, S. 332.

Amtlicher stenographischer Bericht über die außerordentliche
Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1928, 15. Sitzung.

Vorst. Haß: (...)

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung:

I. und II. Beratung der Vorlage, betr. Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers in den Bezirken Mitte und Tiergarten in Hugo-Preuß-Ufer und Benennung der neuen Brücke über den Humboldthafen im Zuge dieser Straße mit Hugo-Preuß-Brücke – Drucks. 289 –.

(Stadtv. Merten: Ich bitte ums Wort!)

Ich eröffne die erste Beratung.

Dazu liegt ein Antrag Merten und Parteifr. vor:

"Die neue Brücke über den Humboldthafen im Zuge des Friedrich-Karl-Ufers erhält den Namen "Hugo-Preuß-Brücke". Eine Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers erfolgt nicht."

(Stadtv. Merten: Ich verzichte!)

Herr Merten verzichtet. Dann hat das Wort der Kollege Koch.

Stadtv. Koch (DN): Ich bitte, diesen Punkt der Tagesordnung zurückzustellen bis zu der Vorlage des Magistrats zur Kenntnisnahme über die Umbenennung der Straßen überhaupt. Das müssen wir doch damit verbinden.

(Zurufe: Nennen wir sie einstweilen "Namenlos"! – Die Brücke muß doch eingeweiht werden!)

Stadtv. Merten (D): Wenn der Herr Kollege Koch meinen Antrag ganz gelesen hätte, würde er der Meinung sein müssen, daß seine Anregung schon erfüllt ist. Wir wollen nämlich nur die neue Brücke mit dem Namen "Hugo-Preuß-Brücke" benennen und wollen das Friedrich-Karl-Ufer ausdrücklich nicht umbenennen. Das würde sich also mit dem decken, was Herr Kollege Koch wahrscheinlich auch will.

Stadtv. Koch (DN): In dem Antrage, der seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden ist, ist im Punkt 1 gesagt, daß eine Straße mit "Hugo-Preuß-Straße" benannt werden soll. In dem zweiten Antrage ist dann gesagt worden, daß Straßen mit Doppelnamen umbenannt werden sollen. In dem dritten Antrage wurde dann gesagt, daß alle Straßen, deren Namen "monarchistisches" Gepräge haben, umbenannt werden sollen, und in dem vierten Antrage, der ebenfalls angenommen worden ist, heißt es: Nachdem die Bezirksämter gehört worden sind, soll der Ausschuß noch einmal zusammentreten, der damals von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt war, um diese ganze Materie noch einmal zu prüfen. Wir können also jetzt nicht einen Fall herausnehmen, sondern müssen das im Zusammenhang machen.

(Stadtv. Dr. Dove [17]: Die Sache eilt!)

So eilig haben wir es damit nicht. Sie werden ja die Hugo-Preuß-Straße bekommen, aber so eilig ist die Sache wirklich nicht, daß wir gerade diesen Punkt herausgreifen müssen aus den Beschlüssen, die wir damals gefaßt haben.

Stadtv. Merten (D): Ich will dem Herrn Kollegen Koch nur eins sagen: Es liegt ein Beschluß dieser Versammlung vor, die Luisenstraße und Neue Wilhelmstraße in Hugo-Preuß-Straße umzubenennen. Diesem Beschluß ist das zuständige Bezirksamt Berlin-Mitte nicht beigetreten. Infolgedessen gibt es im Augenblick in Berlin keine Hugo-Preuß-Straße.

Nun aber weiter: Der Herr Kollege Koch meint, wir sollten es doch gar nicht so eilig haben. Ich verstehe die Vortage des Magistrats so, daß sie in Zusammenhang zu bringen ist mit der demnächst stattfindenden Eröffnung der Brücke. Diese Brücke wird nach meiner Kenntnis der Dinge in ungefähr 8-10 Tagen dem Verkehr übergeben werden. Wie steht denn eine Verwaltung da, wenn sie nicht einmal sagen kann: Die Brücke führt von heute ab diesen oder jenen Namen. Es handelt sich um weiter nichts, als dafür die Möglichkeit zu schaffen, daß am Tage der Eröffnung die Brücke mit dem Namen "Hugo-Preuß-Brücke" dem Verkehr übergeben wird. In dieser Frage kann auch der Herr Kollege Koch einmal nachgeben.

Stadtv. Koch (DN): Nein! Als Vorsitzender des Ausschusses zur Umbenennung der Straßen muß ich namens des Ausschusses dagegen protestieren.

(Zuruf: Im Namen des Ausschusses? Der hat ja noch gar nicht getagt!)

(Stadtv. Hoffmann: Ich bitte ums Wort!)

Selbstverständlich nicht namens des Herrn Adolf Hoffmann.

(Stadtv. Hoffmann: Aber namens des Ausschusses!)

Als Vorsitzender des Ausschusses muß ich dagegen protestieren, daß der Ausschuß übergangen wird. Herr Kollege Hoffmann, wir haben im Ausschuß ausdrücklich beschlossen, daß die Bezirksämter gehört werden sollen.

(Stadtv. Dr. Lohmann [18]: Das ist doch keine Umbenennung. Das ist doch eine Neubenennung!)

Sie greifen dann über den Beschluß hinaus, den die Stadtverordnetenversammlung gefaßt hat.

(Stadtv. Bamberg: Ach bewahre!)

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Luisenstraße in Hugo-Preuß-Straße umzubenennen. Der Ausschuß kann sehr leicht dazu kommen, daß er sagt: Wir stimmen jetzt dem Magistrat nicht zu, sondern verlangen, daß die Luisenstraße in Hugo-Preuß-Straße umbenannt wird.

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich dem Herrn Kollegen Merten sagen, wenn er meint, die Brücke müsse einen Namen bei der Eröffnung haben, daß wir sehr oft schon Straßen- und Brückenbauten eröffnet haben, ohne daß sie einen Namen gehabt haben. Vielleicht, Herr Kollege Merten – darauf kommt es bloß heraus – kriegt Ihr Parteifreund Preuß eine viel schönere Straße oder viel schönere Brücke von der Stadtverordnetenversammlung.

(Stadtv. Merten: Sie alter Schmuser, die Brücke wollen wir haben!)

Auf die Brücke, Herr Kollege Merten, die Sie uns hier zeigen, trete ich nicht.

(Heiterkeit.)

Stadtv. Hoffmann (S): Herr Kollege Koch hat kein Recht, hier im Namen des Ausschusses Erklärungen abzugeben. Denn der Ausschuß stellte sich die Aufgabe, die Straßen auf Doppelnamen hin durchzusehen. Darauf haben wir vorläufig unsere Tätigkeit beschränkt. Wir hatten aber den Auftrag, einen Vorschlag für eine Hugo-Preuß-Straße zu machen. Das hat der Ausschuß getan. Wenn der Bezirk Berlin-Mitte dem

nicht beigetreten ist, so hat die Stadtverordnetenversammlung doch jetzt das Recht, die Brücke so zu benennen.

(Stadtv. Merten: Richtig!)

Das ist nicht gegen den Ausschuß. Denn der Ausschuß hat sich ja damit beschäftigt. Wenn das nicht angenommen ist, was er vorschlug, dann ist diese Sache für ihn erledigt. Aber, Herr Kollege Koch, es handelt sich ja bei Ihnen hier nicht um Rechte, sondern es handelt sich einfach darum, daß Ihnen die ganze Richtung nicht paßt.

(Stadtv. Koch: Ich werde dagegen protestieren!)

Stadtv. Schulz [19] (K): Meine Damen und Herren!

Die Geschichte liegt doch so: Die Demokratische Fraktion hat seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, die Neue Wilhelmstraße in Hugo-Preuß-Straße umzubenennen. Die Kommunistische Fraktion hat einen Zusatzantrag eingebracht, die Luisenstraße mit einzuflechten, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß nur ein Name für einen Straßenzug Platz greifen soll.

Trotzdem die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit diesem Beschluß beigetreten ist, hat der Polizeipräsident bzw. der Regierungspräsident ihn abgelehnt. Jetzt wurde das Bezirksamt Mitte vom Magistrat ersucht, eine andere Straße vorzuschlagen. Der Ausschuß für Straßenumbenennung im Bezirk hat sich auch damit beschäftigt, und die Sozialdemokratische Fraktion, der Herr Kollege Hoffmann, hat den Antrag der Demokraten wieder aufgenommen. Dieser wurde aber in der Bezirksversammlung abgelehnt, weil der Herr Stadtrat Jordan das vorschlug, was jetzt der Herr Kollege Merten sagt: wir wollen, da jetzt die Brücke eröffnet wird, ihr einen neuen Namen geben, und da wäre es schön, wenn wir die Brücke "Hugo-Preuß-Brücke" nennen. Es war anfangs geplant, daß auch das Friedrich-Karl-Ufer umbenannt werden sollte. Aber wir hatten auch hier das zu verzeichnen, was die Herren von der Demokratischen Fraktion damals sagten bezüglich der Luisenstraße, daß die Anwohner oder die Geschäftsleute dagegen seien, weil die Sache so viel Geld koste. Die gleichen Argumente hat man aber auch beim Friedrich-Karl-Ufer bezüglich der AEG angeführt. Auch hier sagte man, diese Weltfirma, die AEG, gehe pleite, wenn das Friedrich-Karl-Ufer in Hugo-Preuß-Ufer umgewandelt werde.

Es war also auch da keine Einheit zu erreichen.

Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß wir gar kein Interesse in Berlin-Mitte daran haben, nach dem großen Manne, der die Verfassung geschaffen hat, von der wir Proletarier doch nichts haben, eine Straße zu benennen. Wir sind seinerzeit nur dafür eingetreten, weil die Luisenstraße und die Wilhelmstraße geändert werden sollten. Damals haben wir zugestimmt; ich weiß auch keinen anderen Ausweg. Herr Kollege Koch hat auch zugestimmt, auch die Stadtverordnetenmehrheit hat zugestimmt. Das ist nämlich Ihre Demokratie. Nachher treten Sie Ihre Demokratie mit Füßen und nachher winseln Sie und wollen Brücken schlagen. Herr Kollege Koch, so geht das nicht. Ihre Demokratie, die Sie hier bekundet haben, haben Sie natürlich wett zu machen. Sie haben gezeigt, was Ihre Demokratie ist, indem Sie nachher wieder anders gestimmt haben.

Also meine Fraktion steht auf dem Standpunkte, daß wir gar kein Interesse daran haben, den Hugo Preuß zu ehren. Wir erklären auch hier, daß wir in Berlin-Mitte gar kein Interesse daran haben, eine Straße oder eine Brücke mit diesem Namen zu benennen. Am besten wäre m.E., wenn ich einen persönlichen Vorschlag machen soll, die Puppenallee [20] im Tiergarten zu nehmen.

Stadtv. Koch (DN): Meine Damen und Herren!

Erstens bekunde ich persönlich niemals Demokratie.

(Heiterkeit.)

zweitens bekunden auch meine Freunde niemals demokratische Gesinnung, drittens möchte ich Ihnen sagen, den Demokraten Preuß würdigen meine Freunde auch heute noch ebenso wie damals. Wir haben nicht so gestimmt, ebensowenig wie damals, nach Hugo Preuß eine Straße zu benennen, denn das Verfassungswerk, das er geschaffen hat, ist noch so sehr dem Urteil der Gegenwart unterworfen, daß ein abschließendes Urteil über diese "verdienstvolle" Tat noch keineswegs vorliegt. Wir wollen warten, bis dieses Verfassungswerk der Geschichte anheimgefallen ist, und wenn Hugo Preuß dann einmal in der Geschichte dastehen wird als eine ebenso geschichtliche Persönlichkeit, wie es Bismarck durch sein Verfassungswerk gewesen ist, dann werden wir gerne zustimmen, daß nach Hugo Preuß eine Straße benannt wird. Aber heute halten wir den Namen Hugo Preuß noch nicht für den Namen einer historischen Persönlichkeit, die in Berlin verewigt werden muß.

Stadtv. Merten (D): Nachdem Herr Kollege Koch die Sache auf das politische Gebiet getrieben hat, halte ich es für meine Pflicht, ihm auf einen Augenblick zu folgen.

Der Herr Koch hat es fertiggebracht, das Lebenswerk von Hugo Preuß so darzustellen, als ob die Meinungen darüber noch sehr geteilt wären.

(Zuruf des Stadtv. Koch. – Zurufe rechts.)

Sie können über die Verfassung danken und reden, wie Sie wollen. Aber wenn Sie ein klein wenig historische Erinnerung bewahrt hätten an die Zeit, die zehn Jahre zurückliegt, dann würden Sie Hugo Preuß es danken, daß er durch die Weimarer Verfassung Deutschland vor dem Zusammenbruch gerettet hat.

(Großer Lärm rechts.)

Als die Bismarcksche Verfassung elend zusammengebrochen war, hat uns die Verfassung von Weimar das eine gewahrt: die Einheit des Reiches und die Einigkeit des deutschen Volkes!

(Lärm rechts.)

(Stadtv. Koch meldet sich zum Wort.)

(Links: Schluß! Schluß! Schluß!)

Stadtv. Dr. Lohmann (S): Ich glaube, der Worte sind genug gewechselt. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vorst. Haß: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Der Antrag bedarf zunächst der Unterstützung durch 15 Mitglieder des Hauses.

(Unterstützung erfolgt.)

Reicht aus.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Schluß der Aussprache ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Mehrheit. Angenommen.

Damit ist die erste Beratung geschlossen. Ich eröffne die zweite Beratung.

Es ist namentliche Abstimmung durch die Herren Lüdicke [21] und Parteifreunde beantragt worden. Auch dieser Antrag bedarf der Unterstützung durch 15 Mitglieder.

(Geschieht.)

Reicht aus.

Die zweite Beratung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Ich bitte einen Augenblick um Ruhe. Es findet also namentliche Abstimmung über den Antrag Merten und Parteifreunde statt, der lautet:

"Die neue Brücke über den Humboldthafen im Zuge des Friedrich-Karl-Ufers erhält den Namen "Hugo-Preuß-Brücke". Eine Umbenennung des Friedrich-Karl-Ufers erfolgt nicht."

Wer für diesen Antrag Merten u. Parteifreunde ist, bitte ich, mit Ja zu stimmen, wer dagegen ist, mit Nein.

Ich bitte die Schriftführer, noch einen Augenblick zu warten. Es sind noch nicht überall Stimmzettel verteilt. Jetzt bitte ich die Herren Kollegen Jaedicke und Horsch, die Stimmzettel einzusammeln.

(Geschieht.)

Ich bitte die Mitglieder, die noch nicht gestimmt haben, jetzt die Stimmzettel abzugeben.

Die Abstimmung ist geschlossen.

Wir nehmen nun inzwischen Punkt 15 der Tagesordnung heran.

(...)

Vorst. Haß: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Resultat der letzten Abstimmung (Antrag Merten und Parteifr., betr. Hugo-Preuß-Brücke) bekannt:

Es sind 165 Stimmzettel eingekommen. Davon waren 2 unbeschrieben, also ungültig. Gültige Stimmen also 163. Es haben mit Ja gestimmt 101, mit Nein 62 Mitglieder. Der Antrag Merten und Parteifr. ist also angenommen worden.

Wir fahren jetzt in der Beratung fort. (...)

Quelle: Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin Jahrgang 1928, Berlin 1929, S. 375-378.

Anmerkungen:

1 Franz Czeminski, Bürogehilfe, später Krankenkassenangestellter, 1920-1928 und 1933 Stadtverordneter der SPD, 1928-1933 besoldeter Stadtrat.

2 Wilhelm Caspari, Kammergerichtsrat, später Senatspräsident beim Kammergericht, 1920-1933 Stadtverordneter der DVP.

3 An der Wilhelmstraße befanden sich die meisten preußischen, später auch die Reichs-Ministerien, vor allem das Auswärtige Amt. So wurde "die Wilhelmstraße" sprichwörtlich: Was meint der Quai d'Orsay? [die entsprechende Adresse in Paris] Was meint Whitehall? [London] Was meint die Wilhelmstraße? – fragten bei einem europäischen Ereignis die Journalisten.

4 Otto Merten, Fortbildungsschuldirektor, später Oberregierungsrat, Mitglied des Preußischen Landtags, Stadtverordneter der Demokraten in Alt-Berlin seit 1919, in Groß-Berlin 1920-1929 für die DDP.

5 Wilhelm Siegfried, Kinobesitzer, Stadtverordneter der Wirtschaftspartei 1927-1928, 1928-1930 Mitglied des Reichstages.

6 Abwertender Begriff für besonders anspruchsvolle Rituale, die auf die Betonung von Rangunterschieden abzielen. Es wird auf das aus neuzeitlicher Sicht völlig unakzeptable Hofzeremoniell des byzantinischen Reiches angespielt, z.B. auf das Gebot, sich vor Kaiser und Kaiserin auf den Boden zu werfen.

Die einem großen Teil der Öffentlichkeit nicht mehr zeitgemäß erscheinende Bevorzugung Adliger am Hof Wilhelms II. trug ihm den Vorwurf des Byzantinismus ein.

7 Julius Koch, Pfarrer an der Samariterkirche in Friedrichshain, Stadtverordneter in Alt-Berlin seit 1919, erst Bürgerliche Fraktion, 1920-1928 DNVP.

8 Bernhard Baartz, Lehrer, Stadtverordneter der KPD 1925-1929.

8a Komparent bezeichnet nach dem Deutschen Rechtswörterbuch eine vor einer rechtlichen Instanz erscheinende Partei. Koch meinte aber sicher etwas anderes: Entweder, dass Bismarck und Preuß keine gleichwertigen Konkurrenten oder aber dass sie unvergleichlich – nicht komparabel – seien. Wie es in freier Rede manchmal passiert, bildete er aus diesen Worten einen Mischbegriff.

9 Adolf Hoffmann, Buchhändler und Schriftsteller, Stadtverordneter der SPD schon in Alt-Berlin seit 1900, später USPD, dann wieder SPD, Stadtverordneter von Groß-Berlin bis zu seinem Tod 1928.

10 Im Julisturm der Zitadelle Spandau wurde ein Teil der Reparationen, die Frankreich nach dem Krieg 1871 an das Deutsche Reich zahlen musste, als Reichskriegsschatz aufbewahrt: Goldmünzen im Wert von 120 Millionen Mark, verpackt in 1200 Kisten wurden 1874 in dem Turm eingelagert.

11 Johannes Haß, Vorsitzender des Verbands der Lithographen, SPD-Stadtverordneter 1920-1933, 1924-1933 Stadtverordneten-Vorsteher.

12 Siegbert Loewy, Rechtsanwalt und Notar, Stadtverordneter der SPD von 1920-1933.

13 Julius Fabian, Ingenieur, später Generaldirektor der Rüttgers-Werke, 1920-1933 Stadtverordneter der DNVP.

14 Hermann Bamberg, Konfektionär, Kommerzienrat und Handelsrichter, Stadtverordneter in der Fraktion der Linken seit 1900 in Alt-Berlin, 1919 in der Fraktion der Demokraten, seit 1920 bis 1928 Stadtverordneter der DDP, Mitglied des Reichstags und Ehrenbürger von Berlin.

15 Max Hake, Schneiderobermeister, Stadtverordneter der Wirtschaftspartei 1925-1930.

16 Fritz Lange, Redakteur beim Kommunistischen Bilderdienst, Stadtverordneter der KPD 1925-1933.

17 Heinrich Dove, Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, später Syndikus der Handelskammer, Stadtverordneter in Alt-Berlin seit 1902, Fraktion der Linken, seit 1919 Demokraten, 1920-1929 DDP.

18 Richard Lohmann, Studienrat, Redakteur des "Vorwärts", später Geschäftsführer des Dietz-Verlages, Stadtverordneter der SPD 1920-1929.

19 Hermann Schulz, Maler, Stadtverordneter der KPD 1925-1929.

20 Die Siegesallee im Tiergarten, nach einem Konzept von Kaiser Wilhelm II, angelegt, wurde spöttisch "Puppenallee" genannt. In ihr standen 32 überlebensgroße Statuen brandenburgisch-preußischer Herrscher, jede mit den Büsten zweier berühmter Zeitgenossen versehen. Der alte Ausdruck "bis in die Puppen" für sehr weit draußen hat sich hier übertragen, bezog sich aber im 18. Jahrhundert auf eine Statuengruppe am Großen Stern. Damals, auf ungepflasterten Wegen im Sand gehend, hatte man von der Stadt bis dahin schon einen ermüdenden Weg hinter sich gebracht.

21 Paul Lüdecke, Rechtsanwalt und Notar, Stadtverordneter der DNVP 1920-1931.

Hugo-Preuß-Brücke!

Die in kürzester Zeit fertig werdende Brücke über den Humboldthafen am Lehrter Bahnhof soll nach einem Antrag der Demokraten Hugo-Preuß-Brücke genannt werden. Selbstverständlich erhob Herr Pfarrer Koch von den Deutschnationalen Einspruch dagegen, der sich darauf stützte, daß man die Sache solange zurückstellen sollte, bis die allgemeine Straßenumbenennung der Straßen Berlins durchgeführt ist. Dagegen wandte sich der Demokrat Merten, der das Verdienst Hugo Preuß' als Schöpfer der Weimarer Verfassung hervorhob. Pfarrer Koch konnte das natürlich nicht gelten lassen und so sprach er davon, daß das Verdienst Preuß' absolut noch nicht in der Geschichte feststehe, und daß ein abschließendes Urteil über das Verfassungswerk noch nicht gegeben werden könne. Erst wenn Hugo Preuß eine historische Persönlichkeit wie etwa Bismarck sei, könne man darüber sprechen. Herr Koch zeigte Lust, die Debatte in der Form fortzusetzen; dem machte Genosse Dr. Lohmann mit einem Schlussantrag ein Ende. Schließlich mußte noch eine namentliche Abstimmung heranziehen, um den Deutschnationalen als Mittel zur Sabotierung zu dienen. Sie hatten aber kein Glück damit: mit 101 gegen 62 Stimmen wurde die Benennung Hugo-Preuß-Brücke beschlossen.

Vorwärts Berlin, 31.3.1928

Hugo Preuß – Biographische Daten

Quelle: Informationsblatt der Hugo-Preuß-Gesellschaft, Berlin Oktober 2004

1860

28. Oktober; geboren in Berlin als Sohn von Louis (Levin) Preuß (12.3.1821, Deutsch Krone - 1860), Inhaber einer lithographischen Anstalt, und dessen Ehefrau Minna, geb. Israel (10.3.1826 Berlin - 2.5.1899 Berlin). Leopold Preuß (24.7.1827 - 1.8.1905), ein wohlhabender Getreidehändler, heiratete die Witwe seines Bruders, Stiefvater von Hugo Preuß.

1879

nach Schulbesuch in Heidelberg und Berlin; im September 1879 Reifeprüfung am Sophien-Gymnasium Berlin. Vom 1. Oktober 1879 an (als Einjähriger): Militärdienst im 2. Garde-Dräger-Regiment. Juristisches Studium in Berlin und Heidelberg bis Mai 1883

1883

Mai: Erstes Juristisches Staatsexamen beim Königlichen Kammergericht Berlin, am 30.11. Promotion zum Dr. juris in Göttingen, mit einer nichtveröffentlichten Arbeit im Römischen Recht (Eviktionsregreß des in possessorio unterlegenen Käufers)

1885

Sommer bis Frühjahr 1885: juristisches Referendariat in Wittenberge und Berlin. Nach einjähriger Beurlaubung

1886

Februar: endgültiger Abschied aus dem Justizdienst, nachdem ihm sein Stiefvater eine Rente ausgesetzt hatte, um ihm die unabhängige Existenz eines Gelehrten zu ermöglichen

1889

Habilitation an der juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin für Öffentliches Recht; dort jahrelange Lehrtätigkeit als Privatdozent

1890

24.7. Heirat mit Else geb. Liebermann (7.12.1869 Berlin - 10.7.1948 Paris), Tochter des Chemie-Professors und Entdeckers Carl Liebermann (1842-1914 [„Liebermannsche Reaktion“]) und dessen Ehefrau Antonia Reichenheim (1850-1916). Über den Bruder von Carl Liebermann, Louis (1819-1894), mit dessen Sohn, dem Maler Max Liebermann (1847-1935 [Berliner Sezession]) verwandt; über die Schwester von Carl Liebermann, Therese (1818-1895), verheiratet mit Moritz Rathenau (1800-1871) verwandt mit Emil Rathenau (1838-1915) und dessen Sohn Walter Rathenau (1883-1922)

Kinder von Else und Hugo Preuß:

Dr. Ernst Gustav Preuß, geb. 22.6.1891 in Berlin, Offizier im Weltkrieg, Eisernes Kreuz 1. Klasse, Volkswirt, Abteilungsdirektor in der AEG, Emigration nach England, gest. 3.6.1966 in London
Dr. Kurt Preuß, geb. 20.8.1893 in Berlin, Soldat im Weltkrieg, Eisernes Kreuz 2. Klasse, Chemiker, gest. 11.8.1935 in Berlin (Suizid)

Gerhard Preuß, geb. 15.6.1897 in Berlin, Soldat im Weltkrieg, schwere Kriegsverwundungen, Pflege des Invaliden durch die Eltern, 24.6.1921 in Berlin an seinen Verletzungen gestorben

Hans Helmuth Preuß, geb. 19.12.1901 in Berlin, Rechtsanwalt in Berlin, 1933 Studienaufenthalt in Paris, anschließend Emigration nach Frankreich, Einbürgerung 1939, Rechtsanwalt in Paris, gest. 14.12.1983 in Paris

1895

Hugo Preuß in Berlin zum Stadtverordneten gewählt („Neue Fraktion der Linken“)

1906

Professor für Öffentliches Recht an der Berliner Handelshochschule (dort Lehrtätigkeit seit ihrer Gründung 1904)

1910

November: Wahl zum unbesoldeten Stadtrat von Berlin mit den Stimmen der Linksliberalen und der Sozialdemokraten, zuständig u.a. für das Verkehrswesen im Zweckverband Groß-Berlin; Mitarbeit am Groß-Berlin-Gesetz

1918

Oktober: zum Rektor der Berliner Handelshochschule gewählt

1918

15. November: zum Staatssekretär des Inneren ernannt (Entlassung aus dem Hochschuldienst), zuständig besonders für den Entwurf der Weimarer Reichsverfassung. Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)

1919

Seit 1890 forderte Hugo Preuß, die Staatssekretariate der Bismarck-Verfassung in Ministerien mit selbständiger Ressortverantwortlichkeit zu verwandeln. Im Februar 1919 wurde er zum Reichsinnenminister ernannt. Rücktritt

mit dem Kabinett Scheidemann wegen der Bedingungen des Versailler Friedensvertrags. Entlassung aus dem Ministeramt am 21. Juni 1919. Kommissarischer Vertreter der Reichsregierung für das Verfassungswerk, Entlassung aus der Reichsregierung am 31. Juli 1919

1920

Wahl zum Abgeordneten des Preußischen Landtags für die DDP, dort Federführung für die Ausarbeitung der neuen Preußischen Landesverfassung, im November 1920 in Kraft getreten

1925

9. Oktober: Gestorben in Berlin, Ehrengrab des Landes Berlin, Städtischer Friedhof Wedding, Gerichtstraße 37/38, 13341 Berlin

1948

Else Preuß: 1937 Emigration nach Frankreich, 1940 Flucht erst nach Südfrankreich, dann in die Schweiz, bei Kriegsende Rückkehr aus der Schweiz nach Paris, gestorben am 10.7.1948 in Paris, Urnenbestattung im Familiengrab auf dem Städtischen Friedhof Berlin-Wedding.



Hugo Preuß (1860 - 1925) Foto: Landesarchiv Berlin

Eine Gedenktafel für Paul Hildebrandt

Sehr geehrte Frau Nehring-Venus, verehrte Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler,

wir haben uns hier zusammengefunden, um eines Mannes zu gedenken, der viele Jahre mit großem Erfolg in diesem Schulhaus gewirkt hat: Prof. Dr. Paul Hildebrandt. 1870 in Berlin als Sohn eines Offiziers geboren, reifte in ihm bereits als 15-Jähriger der Wunsch, Lehrer zu werden. Zielgerichtet studierte er nach dem Abitur alte Sprachen, Religion und Geschichte, bevor er zunächst in Potsdam, dann in Berlin als Lehrer eingesetzt wurde. Viele Jahre war er bereits an dem über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Berlinischen Gymnasium zum Grauen Kloster tätig, als ihm die Leitung des Gymnasiums hier in der Gleimstraße angetragen wurde. Ich habe von Professor Hildebrandt und seinem vielfältigen Wirken erstmals Mitte der 1990er Jahre erfahren. Damals befasste ich mich in Verbindung mit einem vom Prenzlauer Berg Museum angeregten Projekt zur Historie der Gleimstraße speziell mit der Geschichte dieses Schulhauses, das ich selbst 1948 bis 1956 besucht habe. Ich kann sagen, dass ich bereits bei dieser ersten gedanklichen Annäherung an Paul Hildebrandt von dessen Persönlichkeit und Wirken stark beeindruckt war.

Aus mir damals vorliegenden Unterlagen entnahm ich, dass Paul Hildebrandt von Januar 1925 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Oktober 1932 Direktor des hiesigen humanistischen Gymnasiums war. Als er dessen Leitung übernahm, trug die Schule noch in Erinnerung an ihre ursprünglich 1864 im Süden Berlins, in der Luisenstadt, erfolgte Gründung den Namen Luisenstädtisches Gymnasium. Zu Recht empfand Paul Hildebrandt, dass diese Bezeichnung für seine Schule, die bereits vor mehr als anderthalb Jahrzehnten hier im Norden der Stadt ein neues Domizil gefunden hatte, den Schülern nichts mehr sagte. Bei seinen Überlegungen zur Wahl eines neuen Namens stieß er auf den Entdecker von Troja, Heinrich Schliemann. Wie er jedoch rasch feststellen musste, waren die Verantwortlichen in der Schulbehörde davon gar nicht angeht. Sie meinten, dass es in der Biographie Schliemanns so manches gäbe, was es unmöglich machte, diesen Mann den Gymnasiasten als Vorbild zu empfehlen. Letztlich war es vor allem der Hartnäckigkeit Paul Hildebrandts zu danken, dass nach zähem Ringen schließlich 1928 das Luisenstädtische Gymnasium in Heinrich-Schliemann-Oberschule umbenannt wurde.

Indes änderte er nicht nur den Namen, sondern auch das Klima an der Schule. Neue Einsichten und Erkenntnisse auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet überprüfte Paul Hildebrandt zuerst an seiner Schule auf ihre Durchführbarkeit. Schülerelbstverwaltung, Direktorensprechstunde für Schüler, vertrauensvolles Zusammenwirken mit den Eltern, regelmäßige Fahrten ins eigene Schullandheim u. v. a. m. wurden Teil des Schulalltags.



Helmut Flieg – später als Schriftsteller bekannt geworden unter dem Namen Stefan Heym –, den Hildebrandt ungeachtet seines kurz vor dem Abitur erfolgten Rausschmisses vom Gymnasium in Chemnitz Ende 1931 an seiner Schule aufnahm, war vor allem begeistert von dem Unterricht und den Lehrern an der Schliemann-Oberschule. In seinem autobiographischen Roman "Nachruf" schwärmte Heym noch Jahrzehnte später: "... hier erlebte der junge Flieg einen Unterricht ganz anderer Art als den ihm vertrauten: es ging eher zu wie in einem Seminar als in einer Schulklasse, da gab es

keine Paukerei, keinen Formelkram, die Lehrer, offenbar ausgesuchte Leute, waren frei von Unsicherheit und gewillt, ihr Wissen zu teilen und ihre Fakten zur Debatte zu stellen." Aus Heyms Roman entnahm ich auch, dass sich bei Paul Hildebrandt auf besondere Weise pädagogische Wirksamkeit mit publizistischem Geschick verband. In zahlreichen Aufsätzen in der Tagespresse sowie in Zeitschriften des Ullstein-Verlages wertete er seine reichen schulischen Erfahrungen aus und legte neue erziehungswissenschaftliche Erkenntnisse dar. Und als sich der Verlag 1923 entschloss, aufgrund des starken Interesses der Leser an Fragen der Erziehung eine pädagogische Beratungsstelle ins Leben zu rufen, war es selbstverständlich, dass Paul Hildebrandt mit deren Leitung betraut wurde. Noch Jahre später erinnerte sich eine Mutter an ihre Begegnung mit dem bekannten Pädagogen im Ullsteinhaus im Jahre 1928 im Rahmen einer solchen Sprechstunde, als sie schrieb "Mit den Sorgen einer Mutter, die ein sehr begabtes – für den "Pauker" jedoch unbequemes – Kind hatte, war ich gekommen, frohen Herzens verließ ich das Haus".

Doch Hildebrandt war mehr als Pädagoge, Schulreformer und Publizist. Als ich mich Ende der 1990er im Rahmen eines Forschungsprojekts mit der Schulgeschichte

Prenzlauer Bergs befasste, lernte ich seine Persönlichkeit noch von einer anderen Seite kennen. Unterlagen im Landesarchiv Berlin belegten sein engagiertes Wirken als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er von 1924 bis 1929 angehörte. Es war selbstverständlich, dass seine Partei den Schulreformer in die Deputation für Schulwesen entsandte. Daneben gehörte er auch der Kunstdeputation an. Sein Sachverstand und seine Überzeugungskraft verschafften ihm Freunde über die Parteigrenzen hinaus.

Als Ende der 1920er, zu Beginn der 1930er Jahre die Führer der Nazi-Partei immer bedrohlicher ihre Stimme erhoben, trat er ihnen mutig entgegen. Mit besonderem Nachdruck bekämpfte er den verstärkt auftretenden Antisemitismus. So war es nur konsequent, dass er den Schülern seiner Schule die Mitgliedschaft in den nationalsozialistischen Schülerbünden verbot.

Mit diesem mutigen Engagement zog Hildebrandt bereits in den Jahren der Weimarer Republik den Hass der Nazis auf sich. Auch nach der Errichtung der NS-Diktatur trat er weiter unerschrocken für seine demokratischen Grundüberzeugungen ein. Man warnte ihn, man lud ihn zur Gestapo vor, er blieb bei seiner Überzeugung.

Besonders berührt hat mich der Bericht eines seiner ehemaligen Schüler, der von den Nazirichtern wegen Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt werden sollte. Paul Hildebrandt stellte sich ohne Rücksicht auf seine eigene Sicherheit als Zeuge zur Verfügung und suchte ihn nach Kräften zu entlasten. Die menschliche Wärme Hildebrandts, die Suggestivkraft seiner Persönlichkeit wirkten, wie der Schüler später berichtete, so stark auf die NS-Richter, dass er dank seinem alten Lehrer mit einer verhältnismäßig glimpflichen Freiheitsstrafe davonkam.

Als schließlich die Gefahr für Hildebrandt und seine Frau Elisabeth, die sich in den 1920er Jahren um das Berliner Volkshochschulwesen verdient gemacht hatte, immer größer wurde, verlegten sie 1939 ihren Wohnsitz ins Voralpenland nach Bayern. Nachdem sie auch dort aus ihrer



Paul Hildebrandt (1870 - 1948)
Berliner Stadtverordneter 1924-1929
Repro nach Einladungskarte Prenzlauer Berg Museum

Ablehnung des NS-Regimes kein Hehl gemacht hatten und von den Behörden als Unruhestifter und „versteckte Gegner“ des NS-Staates eingestuft worden waren, wurden beide Ende 1943 verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert. Seine Frau kam in das KZ Ravensbrück, wo sie umgebracht wurde. Paul Hildebrandt überlebte das Konzentrationslager Buchenwald.

Amerikanische Truppen befreiten ihn 1945 aus dem Lager Buchenwald. Im Juni 1945 kehrte er in seine Heimatstadt zurück. Obwohl die Zeit im KZ die Gesundheit des inzwischen 75-Jährigen stark angegriffen hatte, stellte er sich sofort für den Wiederaufbau des Berliner Schulwesens zur Verfügung. Auch sein publizistisches Wirken zugunsten einer demokratischen Schulreform nahm er unverzüglich wieder auf.

In einem Zeitungsartikel aus jenen bewegten Jahren umriss er seine Auffassung zur neuen Schule u. a. wie folgt: „Unsere Zeit erfordert die Bildung eines Gesamtmenschen und eines echten Gemeinschaftsgeistes. Statt der Abkapselung der Schule, fordern wir Lebensnähe, fordern wir die Erkenntnis aller Lehrenden, dass ein Mensch um so schneller lernt, je mehr Freude er am Gegenstand des Unterrichts hat.“ (Telegraf, 15.6.1955) Ich meine, diese Worte haben bis heute nicht an Aktualität eingebüßt.

Jedoch waren Paul Hildebrandt nach der Rückkehr aus Buchenwald nur noch drei Jahre des Schaffens vergönnt. Eine der letzten Arbeiten des zuletzt halbseitig Gelähmten war die Übersetzung der Tagebücher und Werke der französischen Schriftstellerin Germaine de Staël. Am 26. November 1948, also auf den Tag genau heute vor 56 Jahren, starb der Erzieher, Menschenfreund und Wissenschaftler Paul Hildebrandt, dessen befreiendes Lachen all jene, welche ihn kannten, nicht vergessen konnten.

Gestatten Sie mir als jemand, der 49 Jahre in diesem Kiez gewohnt hat und hier zur Schule gegangen ist, abschließend noch einen ganz persönlichen Wunsch: Möge die heute enthüllte Gedenktafel dazu beitragen, im Sinne von Prof. Dr. Paul Hildebrandt in dieser Schule und diesem Kiez den Geist der Toleranz und Menschlichkeit zu wahren und zu pflegen und die Lehrerinnen und Lehrer dieser Schule bestärken in ihrem Wirken für die Erziehung ihrer Schüler zu Gerechtigkeit, Mut und Ehrlichkeit.

Klaus Grosinski
am 26.11.2004 zur Einweihung der Gedenktafel für Paul Hildebrandt am Schulhaus in der Gleimstraße 49

Gedenktafeleinweihung, Redner im Bild: Klaus Grosinski (l.) und Almuth Nehring-Venus (r.)



Foto:
Gerd
Danigel

Arthur Wellmann – Ein Bildhauer im Dienste der NSDAP

Arthur Wellmann wurde am 7. Juli 1885 in Magdeburg geboren. Wenn Wellmann sich zu seiner Herkunft äußert, dann nur um die friesische Abstammung seiner Mutter zu betonen. Nur einmal bezeichnet er sich als Sohn eines Kaufmanns, sprach an anderer Stelle aber davon, dass er vaterlos aufgewachsen ist.

Nach einer Lehre als Bildhauer und Steinmetz besuchte er die Königliche Kunstschule Berlin und ab dem Wintersemester 1905 die Königliche Akademische Hochschule für bildende Künste in Berlin. Professor Koch bezeichnete seine Leistungen als "mittelmäßig" und "sehr schwach". Professor Janensch vermerkte 1907/08: "ist fleißig, seine Leistungen sind aber zur Zeit wenig befriedigend". (1)

Im 1. Weltkrieg war der inzwischen neunundzwanzigjährige Wellmann Meldegänger eines Infanterieregiments an der Ostfront. Eine schwere Verwundung behinderte ihn noch Jahre später. Nach dem Krieg blieb er in Königsberg, wo er auch heiratete.

Künstlerisch trat er vor allem als Illustrator für die Zeitschrift "Ostpreussische Woche" in Erscheinung und beteiligte sich mit plastischen Arbeiten an Kunstausstellungen in der Königsberger Kunsthalle.

1921 verließen Wellmann und seine Frau Königsberg und zogen nach Berlin-Lichterfelde. Wellmann kam in ein von wirtschaftlichen Krisen, sozialen und politischen Unruhen gekennzeichnetes Berlin. Er bezeichnete die Zeit der Weimarer Republik als "Jahre (...) welche für jeden deutsch fühlenden Menschen verheerend waren". Obwohl er in dieser Zeit für mehrere Verlage als Illustrator arbeitete, gelang ihm der künstlerische und finanzielle Durchbruch nicht. Wellmann: "Das häusliche Elend nahm zu."

Ob Wellmann schon vor 1933 Kontakt zur NSDAP hatte, ist nicht bekannt. Keinen Zweifel gibt es an der geistigen Nähe Wellmanns zur NSDAP. Immer wieder betont er seine Abstammung von einem alten Friesengeschlecht, träumt seit seiner Jugendzeit von Island, der Heimat des nordischen Mythos und schwärmt von altgermanischen Heldensagen und Heldengesängen.

Wellmann: "Bis zur Erhebung war es für mich unmöglich hochzukommen. Erst mit dieser erschienen die ersten Helfer." Zu diesen Helfern gehörte der Bezirksbürgermeister von Zehlendorf, Helfenstein. Wie sich Helfenstein und Wellmann kennen lernten ist nicht bekannt. Helfenstein gehörte vor dem 1. Weltkrieg dem "Reichsverband gegen die SPD" an und war seit 1925 Mitglied der NSDAP. Er wurde zum Wegbereiter und Förderer Wellmanns.

Er war es, der Wellmann den Auftrag erteilte ein Denkmal für den "Alt Vater der völkischen Bewegung" Theodor Fritsch zu entwerfen. Fritsch ist der Verfasser des "Antisemitischen Katechismus", der ab 1907 unter dem Titel "Handbuch der Judenfrage" erschien. Seit 1902 gab Fritsch in seinem Verlag die antisemitische Zeitschrift "Hammer" heraus.

Auf Veranlassung von Helfenstein besichtigte der Staatskommissar für Berlin, Julius Lippert, den Wellmann'schen Denkmalentwurf und erteilte ihm den Auftrag zur Herstellung einer Bronzeplastik. Als Standort für das Theodor-Fritsch-Denkmal wurde das Kreuzungsdreieck der heutigen Lindenthaler Allee, Niklasstraße und Rhumeweg bestimmt.

Zur Denkmalweihe am Sonntag, dem 7. September 1935, gaben die Kapellen der Leibstandarte Adolf Hitler und ein Musikzug der NSDAP ein Platzkonzert. Um das zu Weihende Denkmal hatten sich Formationen der SS, der SA, der NSDAP, der Hitlerjugend, des Bundes Deutscher Mädels, Vereine und Gilden mit ihren Fahnen aufgestellt. Zu den Ehrengästen gehörten neben Lippert und Helfenstein, SA-Obergruppenführer Prinz August Wilhelm.

In seiner Begrüßungsansprache ging Helfenstein zunächst auf die im Sockel des Denkmals eingelassenen Thesen von Theodor Fritsch ein. Diese lauteten:

- "Keine Gesundung der Völker vor der Ausscheidung des Judentums."
- "Wenn es erwiesen ist, dass die niedere Rasse die höhere verdirbt, so muß die höhere Reinlichkeitssinn und Unerbittlichkeit genug besitzen, sich die niedere vom Leibe zu halten."
- "Im Grunde genommen ist die Judenfrage der Streit zwischen den Ehrenhaften und den Ehrlosen."



Arthur Wellmann: Theodor-Fritsch-Denkmal, Einweihung 1935 Berlin-Zehlendorf

Foto: Archiv Norbert Michalski

Helfenstein bezog sich im Verlauf seiner Ansprache auf die von Theodor Fritsch herausgegebene Zeitschrift "Hammer" und meinte: "Mit seinen Hammerschlägen traf Th. Fritsch die Feinde des Deutschtums, wo immer sie ihm begegneten, vor allem seinen schlimmsten, das Judentum." Und Helfenstein hob hervor, dass der Künstler Wellmann den "Altmeister" auch so gesehen hat.

Von der Denkmalweihe berichteten alle Berliner Lokalzeitungen und viele überregionale Blätter.

Max Jungnickel schrieb am 8. September 1935 in dem Wochenblatt "Der Grundstein": "Wellmann schuf das erste antisemitische Denkmal, das überhaupt existierte." An anderer Stelle: "Oben die Lichtgestalt. Siegfriedhaft. (...) dieses helle Geschöpf hebt den Hammer, um ihn auf ein Geschöpf der Finsternis niedersausen zu lassen. Drachenhaft windet es sich unter seinen Füßen, hervorgekrochen aus seiner Hamsterhöhle, die von Gold und Edelsteinen gleißt. Mit dem Gesicht des ewigen Juden."

Lessing sagt: "Kunst geht nach Brot." Das gilt für Wellmann nicht. Er, der nach eigenen Angaben weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehörte, war ein Anhänger und Vertreter der "völkischen Ideen" von Fritsch

und der nationalsozialistischen Ideologie. Wellmann hat in völliger Übereinstimmung mit seiner moralischen und politischen Einstellung das erste und einzige antisemitische Denkmal von Deutschland geschaffen, eine in Bronze gegossene Aufforderung zur Ermordung der Juden.

Am Tag der Denkmalweihe war Wellmann auf den Tag genau 50 Jahre und 2 Monate alt. Bis zu diesem Tag war er künstlerisch ein Niemand und finanziell gehörte er zu der untersten Einkommensgruppe. Das änderte sich von nun an. Voller Stolz schrieb er "der Stabschef Lutze saß mir Porträt." Gemeint war der Stabschef der SA Viktor Lutze. Seinen Porträtkopf stellte Wellmann 1936 fertig. Das erste Exemplar wurde in der Adjutantur des Stabschefs, Vossstrasse 1, aufgestellt. Lutze verschaffte Wellmann den lukrativen Auftrag für den Entwurf und die Ausführung eines "Ehrenmals für die Ermordeten der Bewegung der Berliner Innenstadt". Pläne zur Errichtung des Denkmals, das zunächst als Horst-Wessel-Denkmal gedacht war, gab es seit 1934. Als Standort war das unbebaute Dreieck vor der Volksbühne auf dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz vorgesehen.

Adolf Hitler ordnete an, dass das Denkmal in einem Ehrenhain gegenüber der ehemaligen KPD-zentrale zu errichten ist. Im September 1934 gab die Berliner Stadtverwaltung bekannt, dass unter acht Berliner Bildhauern ein Wettbewerb für das Horst-Wessel-Denkmal stattgefunden hat und der Entwurf des Bildhauers Paul Gruson den ersten Preis erhielt. Als bekannt wurde, dass Paul Gruson Halbjude war, wurde ihm der Auftrag zur Schaffung des Denkmals entzogen. Auf Veranlassung von Lutze wurde Wellmann beauftragt, seinen Denkmalentwurf zur Ausführung zu bringen.

Am 29. November 1936 wurde das von Wellmann geschaffene Denkmal durch den Berliner Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, den Staatskommissar für Berlin Dr. Lippert und den Stabschef der SA Lütze geweiht. Das in einem Ehrenhain stehende Ehrenmal bestand aus einer ca. 6 Meter hohen Säule aus fünf Steinquadern. Auf der Spitze ein zwei Meter hoher Adler aus ca. 40 Zentnern Bronze.



oben: das SA-Ehrenmal von Arthur Wellmann, 1936, auf dem damaligen Horst-Wessel-Platz. Foto Archiv Schönfeld

In den folgenden Jahren erhielt Wellmann zahlreiche Aufträge im Rahmen der Wohnungsfürsorge. Er schmückte Giebelwände von Wohnneubauten mit Reliefs der Frigga, des Odins und der Freya. Heute noch steht eine Vielzahl seiner Plastiken im Berliner Stadtbild. So die Bären-Kinder-Gruppe und die Sternbildgruppen in Berlin-Neukölln, Planetenstraße, nahe der Sonnenallee, der Schneewittchenbrunnen, Grazer Damm 113-119 und die acht Kinderfiguren in Berlin-Treptow, Köpenicker Landstraße 68 bis 146. Dort stehen auch zwei Gruppenplastiken in Überlebensgröße von Arthur Wellmann. Links vor einer Tordurchfahrt die Vatergruppe, angeführt von dem reckenhaften Vater, der mit stolz erhobenem Haupt in die Zukunft blickt. Auf seinen Schultern trägt er das kleinste von vier Kindern, die ihm mit zwei Ziegen folgen. Rechts von der Tordurchfahrt die Muttergruppe. Die kräftige Frauengestalt strotzt vor Gesundheit und Anspruchslosigkeit. Schlicht ist ihr Äußeres, streng, aber liebevoll der Blick auf die ihr folgenden Kinder, von denen eines in einem offensichtlich selbstgebauten Karren sitzt. Was Wellmann mit diesen beiden Figurengruppen ausdrücken wollte, brachte der Journalist Otto Glodde zu Papier und veröffentlichte es am 4. Juli 1943 in der Zeitschrift "Berliner Süden": "An der Köpenicker Landstraße aber zieht die deutsche Mutter mit ihrem Nachwuchs glücklich zur Stadt hinein. Berlin braucht also nicht Angst um das Aussterben zu haben (...) Und so zieht denn die deutsche Familie in Frieden der gesunden Wohnstatt zu."

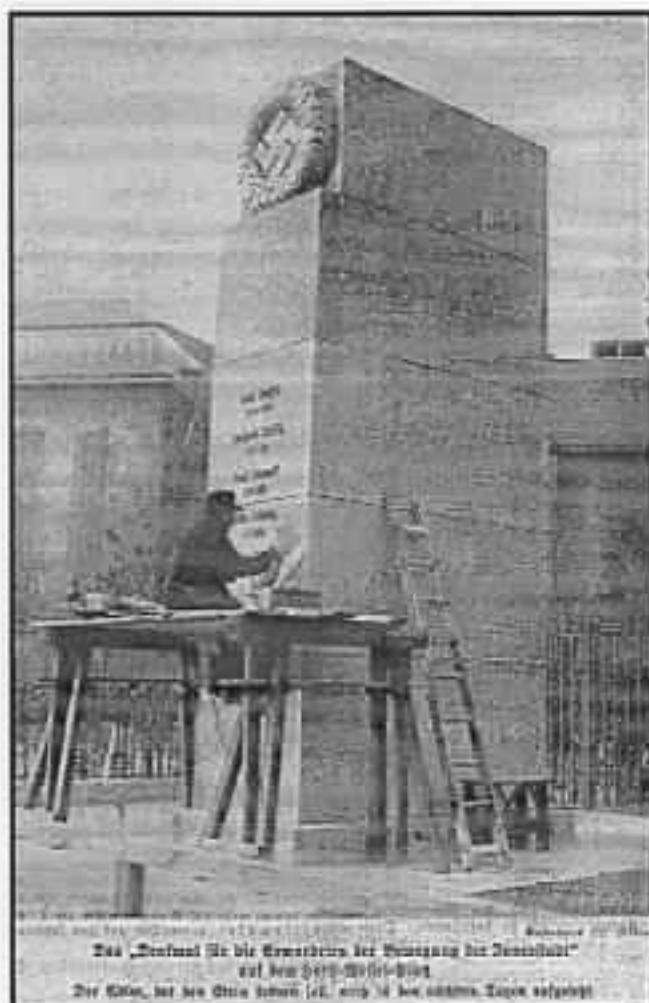
unten: Völkischer Beobachter, 18.11.1936

Als Wellmann 1939/40 diese in Stein gehauene nationalsozialistische Familienidylle schuf, wurden zehntausende jüdische Familien aus Berlin in Konzentrationslager deportiert und ermordet. Seine Förderer taten das, was er 1935 mit dem Theodor-Fritsch-Denkmal gefordert hatte: Die Zerschlagung des Judentums. Wellmann hat in seinem grenzenlosen Wahn von der Edda und seinem Kult um den nordisch-germanischen Menschentyp alle diejenigen, die nicht seinem Ideal des Ariers entsprachen, diffamiert. Er hat die von Theodor Fritsch verfassten antisemitischen Thesen ganz bewusst und in voller Übereinstimmung mit seiner Weltanschauung in eines der abscheulichsten Bildwerke der NS-Zeit umgesetzt.

Nachweislich hat sich Arthur Wellmann bis November 1946 in Berlin aufgehalten. Auf der Einwohnermeldekartei ist unter dem



Der einzige Mann für das Zentrum ist der Neger-Geistliche



Datum 15.10.1949 vermerkt, dass er sich amtlich nach Stuttgart abgemeldet hat. Weder Wellmann noch seine Familie haben sich in Stuttgart angemeldet. Alle Anstrengungen, Wellmanns Lebensweg nach 1946 aufzuklären, sind bisher ohne Erfolg geblieben, wozu ganz wesentlich der Datenschutz beiträgt, den er noch immer in Deutschland genießt.

Die von Wellmann geschaffenen Plastiken wurden, sofern sie aus Metall waren, 1943 eingeschmolzen.

Die im Berliner Stadtbild noch vorhandenen Plastiken sind aus Muschelkalk und in der Regel schon stark verwittert.

Die Elterngruppen, sowie die acht Zünfte darstellenden Kinderplastiken an der Köpenicker Landstraße wurden aufwendig restauriert. Sie werden heute als "Mann mit Kindern und Ziegen" und "Frau mit Karren und fünf Kindern" betitelt. Es wäre ratsam, den Betrachter daran zu erinnern, von wem und für welchen Zweck sie geschaffen wurden.

Georg Santayana:
"Wer sich an die Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen."

Norbert Michalski

Anmerkung:

(1) Alle biographischen Zitate wurden der Autobiographie "Bildhauer Arthur Wellmann" entnommen, in: Fritz Ihlenburg (Hrsg.): Volk und Kultur im Gau Magdeburg, 1937, S.147-148.



Bild oben: Völkischer Beobachter 18.11.1936

Bild unten: Muttergruppe von Arthur Wellmann, 1938, Köpenicker Landstraße 114, Berlin-Treptow. Foto Norbert Michalski

**Vorstellung des Kunstprojekts der NGBK durch Prof. Renata Stih zur Podiumsdiskussion
"Die Kunst des Sammelns – Flick in Berlin" in der Akademie der Künste, Berlin am 25.
September 2004**

Herzlichen Dank, Herr Kudielka, meine sehr geehrten Damen und Herren,
herzlichen Dank der Akademie der Künste und den Mitgliedern der Abteilung Bildende Kunst,
denen wir diese Diskussion angetragen hatten und wir freuen uns ganz besonders, daß sie heute
hier stattfindet.

"Die Kunst des Sammelns – Flick in Berlin" ist ein Kunstprojekt das wir im Rahmen der Neuen
Gesellschaft für Bildende Kunst in Berlin ab Frühjahr 2003 mit einer Arbeitsgruppe realisieren
konnten. Der NGBK und ihren Mitgliedern gilt unser ganz besonderer Dank dafür.

Vielleicht haben Sie die beiden Plakate in unmittelbarer Nähe des Hamburger Bahnhofs gese-
hen? Das eine sieht aus wie eine umgedrehte Deutschlandfahne und heißt: Wir fordern: Freier
Eintritt für ehemalige ZwangsarbeiterInnen. Auf dem anderen Plakat schwebt ein Zeppelin mit
der Aufschrift F.C. Flick Collection. Der Text: Steuerflüchtlinge zeigt eure Schätze.

Die mobile Version fuhr die ganze Woche durch die Stadt, heute abend steht sie vor der Aka-
demie der Künste.

Zum Projekt haben wir mit der NGBK eine Publikation herausgegeben. Der Titel ist "Die Kunst
des Sammelns" und es geht, grob gesagt, um die **Erotik des Geldes**. Als Titelabbildung wählten
wir ein Motiv aus dem Rotlichtmilieu, mit unverkennbaren Bezügen zum Werk von Bruce Nau-
man – der von Friedrich Christian Flick in großer Zahl angekauft wurde. Der Titel dieses Bildes
ist "Art Lovers – Flick in Berlin".

Ganz besonders hat uns natürlich gefreut, daß auch die Staatlichen Museen einen Bruce Nau-
man zum Leitbild der Eröffnungsausstellung gemacht haben.

Aufschlußreich ist die unrichtige Übersetzung des Nauman-Bildtitels auf der Einladungskarte
"Poke in the Eye" durch Friedrich Christian Flick: er nennt es die "Faust aufs Auge".

Doch was will man hier mit dem spitzen Finger zeigen? Geht es wirklich darum – im Sinne Paul
Klees – daß Kunst die Augen öffnet?

Mick Flick hat den Beweis dafür erbracht, daß der schöne Glaube, die Kunst trage wesentlich
zur Bildung aufgeklärter, besserer Menschen bei, nichts ist als eine fromme Hoffnung. Es gilt:
The show must go on – koste sie was sie wolle.

Sehen kann jeder, daß Herr Flick mit viel Geld in sehr kurzer Zeit viel Kunst kaufen konnte. Da-
her erinnert diese "volle Ladung" eher an den Gang über eine Kunstmesse und ein Schaulager,
als durch ein Museum.

Das Kaufen und Besitzen steht offensichtlich im Vordergrund. Es geht um die Anhäufung von
Kapital wie bei Dagobert Duck in Entenhausen und nicht um die intensive Beschäftigung mit
künstlerischen Werdegängen und Inhalten.

Herr Flick sagt, er stelle sich vor die Kunst, um sie vor Schaden zu schützen. Aber wer schützt
die Kunst vor Herrn Flick, wenn er die Kunst instrumentalisiert, um der düsteren Familienge-
schichte eine hellere Seite hinzuzufügen?

Größe und Masse der Collection werden ständig als Qualitätsmerkmal angeführt und das bei
einer Sammlung, die erst ab 1996 intensiv betrieben wurde. Und durch den Ausbau der Keller-
räume hat man sogar die documenta in Kassel um ein paar Quadratmeter hinter sich gelassen!

Die superlativen Kommentare zur Länge der Rieck-Hallen erinnert an Spielchen pubertierender
Jungs, die mit dem Zentimetermaß hantieren.

In der Tat paßt es wie die Faust aufs Auge, wenn der Bundeskanzler dazu auffordert, Steuer-
flüchtlinge gesellschaftlich zu ächten, aber andererseits dem steuersparenden Wahlschweizer
Friedrich Christian Flick bei der Eröffnung der Präsentation der siebenjährigen Kunstleihgabe
seiner Briefkastenfirma herzlich gratuliert und ihn mit einer Einladung ins Kanzleramt nobilitiert.

Sie haben richtig gehört: Die Collection ist nach Friedrich Christian Flick benannt, gehört aber
nicht ihm, sondern einer Briefkastenfirma auf der Kanalinsel Guernsey, einer sogenannten
Steueroase und diese Sammlung hängt jetzt in einem öffentlichen Museum.

Friedrich Christian Flick, der Sammler und Geschäftsmann kann sich freuen, denn er muß jetzt
kein eigenes Museum mehr bauen und unterhalten, wie für Zürich geplant. In Berlin wird der

Unterhalt der Sammlung von den Steuerzahlern einer bankrotten Stadt finanziert, ca. 7 Millionen Euro in 7 Jahren.

Nach sieben Jahren Wohlverhalten sieht man dann weiter, Geschenke zur Eröffnung wurden nicht gemacht.

Bei Flicks wird mit allen Mitteln dafür gesorgt, daß sich auch kleinere Investitionen wie diese Kunsthalle rechnen. Marianne Theil beleuchtet in ihrem Artikel „La Méthode Flick“ das Wirken von Großvater, Onkel und Enkel; wo die Pflege der politischen Landschaft von Generation zu Generation weitergegeben wird.

Einen Tag nach der Eröffnung gab es im Hamburger Bahnhof bereits eine Podiumsdiskussion, die eher eine Vernebelungsaktion war. Dort sagte der Leiter des Kunsthauses Zürich allen Ernstes und unwidersprochen, daß die Diskussion um die Flick Collection **„in die Schweiz hineingetragen wurde“**. Wenn er den von 27 Kunst- und Kulturschaffenden unterzeichneten Aufruf damit meint, u.a. Günter Grass, Peter Härtling, Sasha Waltz, Jürgen Flimm, Frank Castorf, Christoph Marthaler, Ulrich Erben, Siegfried Lenz und Volker Schlöndorff vom Juni 2001, so hat er den Beschluß des Zürcher Stadtrats vom März 2001 nicht gekannt.

Ich zitiere: „Der Stadtrat hat in seiner offiziellen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, daß er in der Frage des Wiedergutmachungsfonds anders entschieden hätte. Daneben hat der Stadtpräsident in einem persönlichen Gespräch mit Friedrich Christian Flick darauf hingewiesen, daß weite Teile der Zürcher Bevölkerung die Beteiligung der Familie Flick am Wiedergutmachungsfonds der deutschen Wirtschaft begrüßen würden. Sie wäre das sichtbarste Zeichen dafür, daß Friedrich Christian Flick der historischen Verantwortung der Familie Flick Rechnung trägt.“

Obwohl es sich um die Errichtung eines Privatmuseums handelte, knüpften die Züricher die Forderung nach Entschädigung der Zwangsarbeiter daran.

Im Januar 2003 konnte dann der Generaldirektor der Staatlichen Museen in Berlin den Coup mit Friedrich Christian Flick verkünden: „Wir haben mit allen wichtigen Leuten in der Stadt gesprochen. Die Allianz steht.“ Man wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, der Vertrag war unterzeichnet, Diskussionen waren nicht erwünscht. Gegen Kritik wurde gemauert.

Ein Baustein in dieser Mauer ist das synthetische Mammutgespräch zwischen Eugen Blume und Friedrich Christian Flick in der Zeitung, die an alle Besucher des Hamburger Bahnhofs verteilt wird. Es erinnert in seiner erschlagenden Breite an die Arbeit mehrerer Anwaltskanzleien, die ein



bruchloses Plädoyer verfassen müssen.

Wenn sie ein authentisches Interview mit Friedrich Christian Flick lesen möchten, dann empfehlen wir ihnen das aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 27. April 2001, das natürlich in unserer Publikation „Die Kunst des Sammelns“ abgedruckt ist. Hier stellt Friedrich Christian Flick klar, daß er keinerlei Veranlassung sieht, Geld an ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu geben. Ehemalige Flick Firmen hätten doch teilweise überproportional in den Entschädigungsfonds einbezahlt. Tatsächlich erhielten die ungarischen ZwangsarbeiterInnen, die am Montag in Berlin Gast des Fritz Bauer Instituts waren, ganze 2000 Mark Entschädigung von der Deutschen Bank, nachdem diese das Flick-Konsortium erworben hatte.

An Stelle von Entschädigungszahlungen richtete Friedrich Christian Flick in Potsdam eine Stiftung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein.

„Hätten die letzten überlebenden Arbeitssklaven das Geld nicht eher verdient, als rechtsradikale Brandenburger Jugendliche?“ fragt Peter Richter in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

Der frühere Leiter des Jüdischen Museums in Berlin, Tom Freudenheim beschreibt in dem Artikel "Die Säuberung der Vergangenheit" die Entstehung der Frick Collection, die in einem fürstlichen Palast in der 5th Avenue in New York residiert und er stellt fest:

„Wenn wir ein Kunstwerk betrachten, spielt sein früherer Besitzer in unserer ästhetischen Wahrnehmung nur selten eine Rolle, doch die Sammler sind im Hintergrund präsent. Solche Sammler und ihre Sammlungen vermitteln den Eindruck einer eleganten Maskerade – ein Versuch, sich über die profanen Niederungen der Alltagswelt zu erheben. Vielleicht ist es an der Zeit, daß sich die Kunstmuseen ein neues Markenzeichen zulegen, das der Ikonographie der westlichen Welt entlehnt ist: das Bildnis des Pilatus, der sich die Hände in Unschuld wäscht.“

Auf den Türmen des Hamburger Bahnhofs flattert nun leider doch nicht der Schriftzug "F.C. Flick", wie auf einem unserer Plakate. Statt dessen liest man das Wort "Raststätte". Wir hoffen natürlich, daß das Museum von Friedrich Christian Flick nicht als Rasthaus benutzt wird: kurz pinkeln gehen, auftanken, einen Happen essen und dann weiterfahren.

Herzlichen Dank

Fotos Renata Stih & Frieder Schnock



Sie gab Frauen eine Stimme

Nachruf Gerda Szepansky

Am 3. August 2004 ist Gerda Szepansky im Alter von 78 Jahren gestorben. Jahrzehntlang hat sie "aktives Museum" praktiziert. Mit ihren Ausstellungen, Büchern und Vorträgen hat sie einen wichtigen Beitrag zum Thema Frauen und Faschismus geleistet. Ihr Engagement und ihre Arbeit stehen beispielhaft für den Beginn einer neuen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in den 1970er und 1980er Jahren.

Geboren 1925 hat Gerda Szepansky als Kind und Jugendliche die Nazizeit selbst erlebt. Geprägt wurde sie vom Antinazismus der Kreuzberger Arbeiterfamilie, aus der sie stammte. Der Vater musste in den Krieg ziehen, die Mutter war dienstverpflichtet in einem Rüstungsbetrieb, zweimal wurde die Familie ausgebombt. 1945 fühlte Gerda Szepansky sich befreit. Die 19-Jährige dachte: "Jetzt muss alles anders werden." Sie engagierte sich im antifaschistischen Jugendausschuss und wurde Neulehrerin. Dabei lernte sie Wolfgang Szepansky kennen, einen Überlebenden des KZ Sachsenhausen. 1947 heirateten die beiden. Kalter Krieg und Restauration zerstörten bald ihre Hoffnungen auf einen gesellschaftlichen Neuanfang. Wegen ihrer kommunistischen Weltanschauung wurden Gerda und Wolfgang Szepansky Anfang der fünfziger Jahre aus dem Schuldienst entlassen.

Erst Ende der sechziger Jahre veränderten "Amis raus aus Vietnam", außerparlamentarische Opposition und Studentenbewegung das gesellschaftliche Klima. Und zumindest Teile der nachwachsenden Generation begannen nach der Geschichte zu fragen, die ihre Großeltern und Eltern zu verdrängen versuchten. Die Neue Frauenbewegung suchte nach Frauen, die anderes als ihre Mütter gelebt hatten. Als junge Frauen 1977 mit Erna Lugebiel, einer Überlebenden von Ravensbrück, die Gedenkstätte des ehemaligen KZ besuchten, begleitete Gerda Szepansky sie. Hierdurch angeregt, beschloss Gerda Szepansky die Geschichte von Widerstandskämpferinnen aufzuschreiben. Erna Lugebiel war ihre erste Zeitzeugin.

Mit den subjektiven Schilderungen der Frauen wollte Gerda Szepansky einen unmittelbaren Eindruck, "wie es war", vermitteln. Sie wollte emotionale Betroffenheit erreichen. Die Unangepassten, die sich widersetzt hatten, sollten zum Vorbild für die Jungen werden. Und denen, die im Westen nach 1945 erneut ausgegrenzt und verfolgt worden waren, sollte endlich Anerkennung zuteil werden.

1983, zum 50. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis 1933, erschienen die Geschichten der widerständigen Frauen von Gerda Szepansky nacherzählt. Es war ihr gelungen, den Fischer-Verlag dafür zu interessieren, der das Buch in seiner Reihe "Die Frau in der Gesellschaft" herausbrachte. Das brachte eine breite Resonanz und zahlreiche Nachdrucke. Dazu beigetragen auch die parallel eröffnete Ausstellung "Lösche nie die Spuren ...". Die Frauen hatten Gerda Szepansky nicht nur ihre Geschichte aufs Band gesprochen, sie hatten ihr Fotos, Dokumente, Zeichnungen, Briefe, Judenstern, KZ-Winkel gezeigt. So entstand eine Ausstellung, welche die Geschichten aus dem Buch veranschaulichte.

Die Ausstellung wanderte durch die ganze Bundesrepublik, wurde an mehr als hundert Orten gezeigt, in Schulen und Universitäten, Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Museen, Rathäusern, Kirchen usw. Immer eröffnete Gerda Szepansky sie selbst, führte Gruppen durch ihre Ausstellung, vor allem Schulklassen. An einigen Orten war die Ausstellung Anregung, nach der NS-Geschichte, nach Widerstandskämpferinnen in der eigenen Stadt zu forschen. Es gab Diskussionen, Fragen wurden gestellt: Was kennzeichnet NS-Politik? Wie sah die NS-Frauenpolitik aus? Wo fängt Widerstand an? Was war das Besondere am Frauenwiderstand? Welche Bedeutung hat dieses Thema für uns heute?

So folgte ein zweites Buch und eine zweite Ausstellung zum Frauenalltag während des Zweiten Weltkrieges. Wie Frauen den Krieg erlebt hatten, war nicht nur vor dem Hintergrund der neuen Aufrüstung für die Friedensbewegung Mitte der achtziger Jahre von Interesse. Inzwischen diskutierte die Frauenbewegung, ob die deutschen Frauen wirklich nur Opfer des Faschismus gewesen seien. Gerda Szepansky konnte "die geschundenen Frauen, die arm dran waren im Krieg und die ich mitfühlend in meiner Jugendzeit erlebte, nicht schlechthin als Täterinnen identifizieren" (2004, S. 158). Für sie waren die Frauen für eine schlechte Sache missbraucht worden. Den



Begriff der Täterinnen wollte sie begrenzt sehen auf die "KZ-Aufseherin, die SS-Ärztin, die Denunziantin, die aktive 'Nazisse', die in der Euthanasie und dem bürokratischen Apparat der Vernichtung Tätigen" (2004, S. 158). Sie prangerte an, wie die Nachkriegsgesellschaft mit den wirklichen Täterinnen umgegangen war. Allerdings vertrat sie auch, dass auch das Opfer patriarchalischer Strukturen eigenverantwortlich handelt.

Als sich nach der Wende zeigte, wie schwierig sich die Verständigung von Ost- und Westfrauen gestaltete, interviewte sie als Westfrau Ostfrauen und verschaffte ihnen Gehör.

Ihr letztes großes Projekt galt der Geschichte des Frauen-KZ Ravensbrück. Dieses Mal entstanden Buch und Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Da immer weniger Ravensbrückerinnen noch selbst berichten können, sollen persönliche Zeugnisse für sie sprechen. Und indem die Geschichte der Ravensbrückerinnen zu den Menschen kommt, sollen diese motiviert werden, die Gedenkstätte zu besuchen.

Gerda Szepansky hat vielen Frauen eine Stimme verliehen. Wir werden ihre Stimme vermissen, mit der sie ihre Erkenntnisse und Überzeugungen mit besonderem persönlichen Einsatz eindrucksvoll vermittelte.

Claudia v. Gélieu (Frauentouren/Galerie Olga Benario/VVN-VdA)

Ausgewählte Veröffentlichungen von Gerda Szepansky:

- Frauen leisten Widerstand: 1933-1945, Frankfurt/Main 1983
- "Blitzmädel, Heldenmutter, Kriegerwitwe". Frauen im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/Main 1986
- "Die stille Emanzipation". Frauen in der DDR, Frankfurt/Main 1995
- "... und dennoch blühten Blumen" – Dokumente, Berichte, Gedichte und Zeichnungen aus dem Frauen-KZ Ravensbrück, hrsg. Gerda Szepansky u. Helga Schwarz, Potsdam 2000
- Lauf schneller, mein Herz, die Zeit bleibt nicht stehen. Erzählungen, Berlin 2004

Das Foto zeigt Gerda und Wolfgang Szepansky im September 2003, Foto Claudia v. Gélieu.

Ausstellungsankündigung

"Wir waren Nachbarn" Biographien jüdischer Zeitzeugen

Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle, 28.01.2005 bis 03.04.2005

Eröffnung: 27. Januar 2005, 19 Uhr

Viele Mitglieder und Freunde des Aktiven Museums haben die Ausstellungen des Kunstamtes Schöneberg open-air auf dem Bayerischen Platz 1999 und 2000 gesehen (siehe Fotos), die in Kooperation mit dem Aktiven Museum realisiert wurden. Das Kunstamt stellte die seit Anfang der 1990er Jahre zusammengetragene Sammlung biografischer Zeugnisse von ehemaligen jüdischen Bewohnern vor, deren Geschichte – ähnlich wie in einem Familien-Foto-Album – nachzulesen war, das Aktive Museum hatte Ländertafeln zu den wichtigsten Exilländern mit biografischen Bezügen entwickelt. Das Interesse der Besucher und Schulklassen an den unterschiedlichen Biografien von Zeitzeugen, die in alle Welt emigrieren mussten, war auch über den Bezirk hinaus sehr groß.

In den darauf folgenden Jahren konnten die biografischen Dokumente weiter ergänzt werden, auch kamen über die open-air Ausstellungen weitere Zeitzeugen mit Mitarbeiterinnen des Kunstamtes in Kontakt, erzählten ihre Erinnerungen und übergaben biografisches Material. Ziel des Kunstamtes war es seitdem, die Geschichte der jüdischen Bürger und ihrer schrittweisen Ausgrenzung aus dem Alltag langfristig vorzustellen. Die persönlichen Dokumente und Bilder, die Exilanten aus aller Welt zur Verfügung gestellt haben, sind besonders eindringlich, weil sie zumeist auch das Schicksal der deportierten und ermordeten Verwandten beschreiben. Nach der Fusion von Schöneberg und Tempelhof zum jetzigen Bezirk Tempelhof-Schöneberg konnten zusätzliche Dokumente zu vertriebenen Tempelhofer Juden zusammengestellt und ergänzt werden, es entstanden neue Familienalben zu Tempelhofer Familien, die ebenfalls in der Ausstellung "Wir waren Nachbarn" gezeigt werden. Die Ausstellung wird am 27. Januar 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, um 19 Uhr eröffnet, es werden drei Zeitzeuginnen aus Israel und Russland und mehrere wieder in Berlin lebende Zeitzeugen anwesend sein.

Foto Kunstamt Tempelhof-Schöneberg



Die Ausstellung "Wir waren Nachbarn" im Rathaus Schöneberg wird im unmittelbaren Umfeld des viel diskutierten 80-teiligen Denkmals von Stih/Schnock im Bayerischen Viertel präsentiert und stellt damit einen Bezug zu dem Berliner Stadtteil her, der einst ein bevorzugter Wohnort jüdischer Bürger war. Die Darstellungsform der Familienalben wird wieder aufgegriffen, neben Alben zu vielen unbekanntem Bewohnern werden verschiedene zu bekannten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst wie Walter Benjamin, Albert Einstein, Gertrud Kolmar, George L. Mosse, Theo Pinkus oder Nelly Sachs ein Kaleidoskop jüdischen Lebens zeigen.

Die Ausstellung thematisiert – über das persönliche Schicksal vermittelt – zwei weitere Fragenkomplexe:

Was taten die Nachbarn?

Wie hat sich das Denken nach dem Krieg in Deutschland verändert, bzw. gibt es weiterhin Tabus beim Umgang mit Juden oder mit Fremden allgemein?

Diese beiden Fragestellungen werden in unterschiedlicher Form in den Familienalben thematisiert, ausführlich dokumentiert sie der Videofilm *"Geteilte Erinnerung"*, der in Interviews von 4 jüdischen und 11 nichtjüdischen Zeitzeugen das selbstverständliche Zusammenleben der christlichen mit den jüdischen Familien, der Nachbarn und der Schüler beschreibt. Im weiteren Verlauf des Films wird über die schrittweise Ausgrenzung der jüdischen Nachbarn bis zur erzwungenen Ausreise oder Deportation in sehr offener Weise gesprochen. Jugendliche stellen am Ende des Films Fragen an eine Zeitzeugin und kommentieren den Film aus ihrer Sicht. Dieser Film wird für die Ausstellung als interaktive DVD bearbeitet. Das heißt, die Besucher werden – neben den Interviews – auch Biografisches über die Interviewten, Hintergrundinformationen über das Bayerische Viertel und geschichtliche Details abrufen können. Eine Raum-Installation am Ende der Ausstellungshalle sichert die ungestörte Beschäftigung mit diesem Medium.

Die Ausstellungsmethode basiert auf dem von der Kuratorin und Kunstdamtsleiterin Katharina Kaiser in vielen Jahren entwickelten integrierten didaktischen Ansatz, der die Besucher einlädt, ihre Schwerpunkte selbst zu setzen. Die klassische Ausstellungsführung oder Anleitung ist hier nicht nötig, der Ansatz setzt allerdings bei den Besuchern ein gewisses Vorwissen über die NS-Zeit voraus. Die Ausstellung ist daher für Schüler ab der 9. oder 10. Klasse geeignet, die alle zumindest mit medialem Vorwissen kommen. Der biografische Schwerpunkt macht zudem weder eine Chronologie noch eine Hierarchisierung der Ausstellungsinhalte notwendig. Besonders geeignet ist diese Art von Ausstellung zum Einstieg und zur Motivation für eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema. Mit einer positiven Resonanz wurde diese Methode neben dem open-air Projekt auf dem Bayerischen Platz auch in anderen Ausstellungen im HAUS am KLEISTPARK erprobt, zuletzt 2003 in *"Verfolgung und Verwaltung. Die Rolle der Finanzbehörden bei der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung"*. (vgl. Buchempfehlung) Die Beobachtungen und Erfahrungen der früheren Ausstellungen haben gezeigt, dass in besonderem Maße die Reflexion der eigenen Erinnerungsformen, Einstellungen, Erfahrungen und Vorurteile angeregt wird. Daher sind bei Gruppen gemeinsame Nachbesprechungen sinnvoll. Da die Zeitzeugen Schulen in verschiedenen Bezirken Berlins besuchen werden, ist ein Begegnungsprogramm geplant, bei dem eine Schulklasse aus dem Westteil der Stadt die Ausstellung gemeinsam mit einer Klasse aus dem Ostteil besuchen wird. Die anschließende Nachbesprechung ermöglicht gemeinsame Reflexionen der Schüler zu ihren bisherigen Einstellungen zum Thema. Dabei tritt die Rolle der Pädagogen zurück, weil an dem für beide Gruppen gleichermaßen neuen und zugleich auch emotional nahe gebrachten Gegenstand – also einem gemeinsamen Dritten – die eigenen Einstellungen, Erfahrungen aber auch Vorurteile reflektiert werden können. Beim Aufeinandertreffen von Klassen aus östlichen und westlichen Bezirken ist mit unterschiedlichen "Erinnerungskulturen" beeinflusst durch das Elternhaus zu rechnen. Hinzu kommt bei den Klassen aus den westlichen Bezirken, dass die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund deutlich höher ist als bei den Partnerklassen aus der östlichen Stadthälfte, was die Reflexion der spezifischen deutsch/deutschen Gesichtsperspektiven im Verhältnis zu den Erfahrungen anderer nationaler Hintergründe notwendig machen wird. In Verbindung mit dem Denkmal im Bayerischen Viertel kann bei älteren Schülern damit auch die Thematisierung von Fragen zur "Erinnerungskultur" erreicht werden. Die Gruppengespräche sollen durch teilneh-

mende Beobachtung begleitet und ausgewertet werden.

Nachdem das ursprünglich angedachte Konzept einer Dauerausstellung, welche die biografischen Zeugnisse in die Geschichte des **Rathauses als Geschichtsort** mit überregionaler Bedeutung einbinden wollte, wegen baulicher Probleme zunächst nicht umgesetzt werden kann, wird das erweiterte und ergänzte Material nun in der Ausstellungshalle des Rathauses präsentiert. Die Bezirkspolitiker wünschen am Ende der 9wöchigen Ausstellungszeit eine "Evaluation", die klären soll, ob denn vor dem Hintergrund der großen Institutionen wie Jüdisches Museum und ab Mai "Ort der Information" unter dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas, eine regional begrenzte aber zugleich exemplarische Darstellung und Verortung insbesondere bei jungen Menschen überhaupt noch Interesse findet. Dazu wird **am 14. März 2005 um 20 Uhr eine Podiumsdiskussion** im Rathaus Schöneberg stattfinden.

Ruth Federspiel

Buchempfehlung:

Verfolgung und Verwaltung: Die Rolle der Finanzbehörden bei der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung in Berlin, Hrsg. Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und HAUS am KLEISTPARK, Berlin 2003. Der Band enthält neben der Dokumentation mehrere Basisaufsätze, so u.a. von Katharina Kaiser, *Texte als Gegenstand einer Ausstellung – eine Alternative zu den hierarchischen Leitsystemen des Blicks* und von Ruth Federspiel, *Entrechtung und wirtschaftliche Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung durch Verwaltungshandeln*. Zu beziehen über Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Tel. 030-80 50 01-1, email: info@ghwk.de.

Bild unten: Der lange Tisch auf dem Bayerischen Platz im Sommer 1999, Foto Jürgen Henschel





9. September 2004: Diskussionsveranstaltung "Die Debatte um die Geschichtsdenkmäler der DDR" in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Bild **oben**, v.l.n.r.: Volker Hobrack, Hans-Ernst Mittig, Stefanie Endlich, Claus-Dieter Sprink und Ute Weiss Leder.

Bild **unten**: Eva Mendl, Stadträtin des Bezirks Treptow-Köpenick in der Diskussion.

Fotos Martin Schönfeld



2005

Aus Pankower Fotoalben

Jüdische Kinder
und Jugendliche

in Heimen und Ausbildungsstätten

Ein Kalender für das Jahr 2005

Der Verein der Förderer und Freunde des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses in Pankow stellt mit seinem Kalender für 2005 Fotografien von jüdischen Kindern und Jugendlichen aus den Jahren 1910 bis 1938 vor. Die Abbildungen zeigen sie im Porträt und in der Gruppe, beim Spielen und bei der Beschäftigung, beim Musizieren und beim Theaterspielen, beim Tollen am Ostseestrand und beim Umzug in der Synagoge.

Die Fotos stammen aus jüdischen Heimen und Ausbildungsstätten. Von einigen Kindern sind die Namen bekannt, auch ihr Schicksal – die meisten bleiben anonym.

Der Kalender ist erhältlich im Pankower Buchhandel oder telefonisch unter 030-47531037 oder unter www.juedisches-waisenhaus-pankow.de.

Preis: 7 € und Versandkosten

Die **Abbildungen** sind dem Kalender entnommen:

Titel: Purimfest 1937 im Jüdischen Waisenhaus
links unten: Umzug der Kinder im Beetsaal zu Simchat Tora 1933

rechts mittig: Vor dem ersten Kindertransport am 1.12.1938 nach England

rechts unten: Unterwegs zur Gartenarbeit im "Umschichtungslager" Niederschönhausen

